

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:P1055656_\(48569084392\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:P1055656_(48569084392).jpg)

SOLIDARITÄT MIT DEN KÄMPFEN IN HONGKONG

die internationale

Geschichte

Zum deutschen Widerstand, Horst Hilde 3

Theorie

Von schwarzen Löchern und weißen Flecken, Paul Michel 6

Besprechung

Was kommt nach dem Kapitalismus? Johann-Friedrich Anders 9

Theorie

Zum Aufbau revolutionärer Organisationen heute, Manuel Kellner 17

Ökonomie

Von der sozialistischen Ökonomie hin zur ökologischen Planung, Michel Husson 25

Geschichte

Trotzki-Kongress in Havanna, Helmut Dahmer 29

inprekorr

Technologie

IT-Giganten, Algorithmen und die Linke, Silas L. Marker 35

Ökologie

Menschliche Zivilisation vor dem Aus? Daniel Tanuro 39

Griechenland

Syriza hat der Rechten das Nest gebaut, ein Dossier mit 2 Beiträgen 43

Nicaragua

Nicaragua 1979–2019, Eric Toussaint und Nathan Legrand 50

EU – MERCOSUR

Ein Abkommen des „ungleichen Tauschs“, Eduardo Lucita 59

Hongkong

Die Proteste in Hongkong verschärfen sich, Interview mit Au Loong Yu 62

Hongkong

Solidarität mit den Kämpfen in Hongkong, NPA 68

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz). *die internationale* erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Edith Bartelmus-Scholich, Tom Bogen, Wilfried Dubois, Jochen Herzog, Dr. Matte, Paul Michel, Björn Mertens, Maximilian Sarra, Jakob Schäfer, Michael Weis
V.i.S.d.P. Michael Weis

- Abonnements:
- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
EUR 25,-
 - Jahresabo: EUR 35,-
 - Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 40,-
 - Solidarabo: ab EUR 15,-
 - Sozialabo: EUR 10,-
 - Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
 - Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:
Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
https://sozialismus.ch/

ZUM DEUTSCHEN WIDERSTAND

Nur wenige Ereignisse der inneren deutschen Geschichte des Zweiten Weltkriegs waren von größerer Dramatik als der Versuch des Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg am 20. Juli 1944 Adolf Hitler zu ermorden. Der folgende Beitrag ist nicht zuletzt eine Kritik an der staatlich lizenzierten Erinnerungskultur.

■ **Horst Hilse**

Die chaotischen Zustände bei Beginn der Operation Walküre, die immer aussichtslosere Lage der letzten Stunden im Armeehauptquartier in der Berliner Bendlerstraße, die tiefe Tragödie der hastigen Hinrichtung Stauffenbergs, das Rätsel seiner letzten Worte: „Es lebe das geheiligte Deutschland!“ – all das gerät in der deutschen Medienöffentlichkeit zunehmend zu einem Action-Streifen nach Machart von Hollywood-Filmen, die gewöhnlich Geschichte im Rahmen von Gegensätzen zwischen Gut und Böse abhandeln.

Doch Stauffenberg eignet sich nicht für die Rolle des Actionhelden, der aus einem einfachen humanistischen Antrieb handelt, wie er dem Bestreben Hollywoods genügt. Stauffenbergs Moralverständnis war ein vielschichtiges Konglomerat aus katholischer Lehre, einem aristokratischen und militärischen Ehrenkodex, dem Ethos des antiken Griechenlands und deutscher romantischer Dichtung.

Vom Gedankengut des Dichters Stefan George inspiriert, ersehnte Stauffenberg ein idealisiertes mittelalterliches Reich, durch das Europa – unter deutscher Führung – ein neues Maß einer kulturellen Zivilisation erlangen würde. Eine Sinnsuche dieser Art war nicht untypisch für die utopistischen Strömungen, die am Rande der Weimarer Republik gediehen, von großem Optimismus und

Ehrgeiz bestimmt, aber auch abstrakt und unrealistisch.

Diese Motivation unterschied Stauffenberg von anderen, oft langjährigen älteren Mitgliedern des Widerstands innerhalb des Militärs. Deren Pläne, Hitler zu stürzen, reichten bei manchen bis 1938 zurück und beruhten auf der Überzeugung, dass der Krieg, den die Nationalsozialisten forderten, nicht zu gewinnen war.

Selbst gegen Ende der Dreißigerjahre war Stauffenberg merklich stärker der NS-Ideologie zugetan als viele ältere Offiziere. Verwandte beschrieben ihn als das einzige „braune“ Mitglied der Familie. Obwohl er später unter dem Eindruck des Vernichtungskrieges im Osten jegliche Begeisterung für den Nationalsozialismus verlieren sollte, hatte er für die parlamentarische Demokratie zeitlebens nur Verachtung übrig. Wie fast alle Strömungen des Widerstands war Stauffenberg der Meinung, der Parlamentarismus habe in der Weimarer Republik seine völlige Bankrotterklärung abgeliefert. Allein schon aus diesem Grund ist Stauffenberg als Vorbild für eine heutige Parlamentsarmee ungeeignet. Bei aller Begeisterung trat er nie in die Partei ein – für ihn war die wahre Partei der Kreis um Stefan George –, aber er glaubte, die Nationalsozialisten führten eine Bewegung der nationalen Erneuerung an. Eine Bewe-

gung, die mit den schäbigen parlamentarischen Kompromissen und Winkelzügen der Weimarer Zeit aufräumen würde.

Obwohl ihm offene Gewalt gegen Juden widerstrebt, protestierte er nur ein einziges Mal, nämlich als das antisemitische Hetzblatt *Der Stürmer* schrieb, Stefan Georges Dichtung sei von ihrem Wesen her jüdisch und dadaistisch.

Stauffenbergs Zweifel gegenüber einem kontinentalen Krieg wurden vom überwältigenden Erfolg der Wehrmacht 1939 und 1940 zerstreut. Er sah darin einen entscheidenden Schritt hin zur Schaffung jenes europäischen, von Deutschland dominierten Großreichs.

Seine Vorstellung eines neuen Europas, das unter gütiger deutscher Herrschaft gedieh, wurde völlig zerstört, als er die Massenerschießungen von Juden und die Ermordung von Millionen sowjetischer Kriegsgefangener erlebte. Anfangs nahm er an, hier würden die Ideale des Nationalsozialismus verraten, erkannte aber ab 1942, dass diese Menschenvernichtung das Wesen des NS-Krieges darstellte. Ihm wurde klar: Die Führung der Nationalsozialisten verriet Deutschland, sie verhinderte nicht nur die Umsetzung der spirituellen Werte des „Geheimen Deutschlands“ des George-Kreises, sondern sie negierte diese.

Wäre der Diktator getötet worden, so hätten sicherlich Teile der Armee, der SS und der NSDAP mit Waffengewalt geantwortet. In der Folge wäre Bürgerkrieg wohl das wahrscheinlichste Szenario gewesen. Sicherlich hätte das den Alliierten massive militärische Vorteile gebracht. Der Krieg wäre schon mehrere Monate früher beendet worden. Millionen Menschenleben hätten gerettet werden können. Das allein ist schon Rechtfertigung genug für Stauffenbergs Tat. Das Scheitern war jedoch ein Scheitern auf ganzer Linie.

Der verschwiegene Antifaschismus der Linken

In den Mainstream-Medien geht heute völlig unter, dass es einen breiten, massenhaften Widerstand der Linken gegen den Faschismus gegeben hatte. Hunderttausende setzten in Deutschland ihr Leben im Kampf gegen die Diktatur aufs Spiel. Europaweit kämpften Millionen gegen den Faschismus. Ihr Erbe ist einer Einigung des Kontinents wesentlich angemessener, als das aktuelle Brüsseler Theaterstück. Der konservative Mainstream ist bestrebt, die Linke wieder ins Dunkel der Geschichte zu verschieben. Damit bleibt sie für den Durchschnittsdeutschen ein „Buch mit sieben Siegeln“. Gegen diese Verdrängung schrieb letzters Werner Rügemeier recht gut an.¹

EIN IN DER FAZ NICHT GERN GESEHENER LESERBRIEF

Am 31. Juli erschien nach mehrmaligen Nachfragen schließlich doch noch folgender Leserbrief von Helmut Dahmer in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*:

Thomas Karlauf über den 20. Juli 1944
(*Frankfurter Allgemeine* vom 20.7.2019, S. 9)

Ja, es war ein gescheiterter Putsch adliger („preußischer“) Obristen, die moralisch mit ihrem Eid auf Hitler rangen. (Der Feldmarschall Erich von Manstein blieb ihm treu.) Sucht man nach einer Analogie, käme der ebenfalls gescheiterte Aufstandsversuch der russischen „Dekabristen“ von 1825 in Frage, deren Truppen so wenig wussten, worum es ging, wie die der „Vons“ (Hitler) des 20. Juli. Deren Problem umreißt Karlauf (S. 9) präzise: „Wie schaffen wir es, jetzt, wo ein deutscher Sieg nicht mehr realistisch ist, einigermaßen unbeschadet aus der Sache herauszukommen.“ Seine Frage, „Warum hat sich nach 1945 niemand gefunden, der [etwa an den Hitlerattentäter Georg Elser] erinnern wollte?“, ist einfach zu beantworten: Weil die übergroße Mehrheit der Nachkriegsdeutschen sich in tiefster Seele auch nach dem Desaster mit „Volk, Reich und Führer“ identifizierte. (Davon profitieren noch die Nazis von heute.) „Der Widerstand war lange genug ein Elitenprojekt gewesen“, schreibt Karlauf weiter. Ein „Elitenprojekt“?! Ja, will sich denn 2019 „niemand“ mehr des Widerstands der nach Zehntausenden zählenden Arbeiter, Angestellten, der „einfachen Leute“ und der Intellektuellen erinnern, die in den Jahren 1933–1938 (lange vor den kirchlichen und militärischen „Eliten“) im deutschen Untergrund Leben und Freiheit aufs Spiel setzten?
Prof. Dr. Helmut Dahmer, Wien

Auch die Linken scheiterten. Doch ihr Scheitern war von völlig anderer Art: Sie konnten keinen wirksamen antifaschistischen Kampf entwickeln. In den bereits von faschistischem Terror begleiteten Wahlen 1932 erhielten die beiden großen Parteien SPD und KPD dreizehn Millionen Stimmen. Dem standen 11,7 Millionen für die NSDAP gegenüber.

Kommunisten

Die KPD erhielt bei den Wahlen 1933 ca. sechs Millionen Stimmen und hatte also ab dem Einbruch der Krise 1930

fast 1,3 Millionen Stimmen hinzugewonnen. Eine rechtzeitig eingeschlagene intelligente Politik der antifaschistischen Einheit hätte den Einfluss der KPD beträchtlich erweitern können und somit den Druck auf die SPD zur Zusammenarbeit verstärkt.

Aber die Zerstörung der Debattenkultur, der Schwund theoretischer Analysefähigkeiten, die Bürokratisierung der Organisation, die bedingungslose Unterordnung unter die Manöver der Stalin'schen Leitung mitsamt ihren Dogmen machte die KPD unfähig, eine angemessene Politik zur Zerstörung des Faschismus zu entwickeln.

Auf dem linken Parteiflügel entstanden verschiedene Gruppen und Fraktionen, die sich gegen die Dogmatisierung und Bürokratisierung wehrten. Der Widerstand gegen die immer stärker werdenden Nationalsozialisten stand im Zentrum ihrer Aktivitäten. Die Faschismusanalysen der Linkskommunisten waren dabei den Verlautbarungen der KPD oft weit überlegen. In ihren Hochburgen gelang es ihnen oftmals, schlagkräftige lokale Bündnisse gegen die Nazis aufzubauen. Allerdings brachen diese Strömungen mit dem Dogma vom „Sozialfaschismus“, das die SPD zu einem „faschistischen“ Flügel erklärte. Die dann folgenden Ausschlüsse aus der KPD trafen diese Gruppen schwer. Als dann am 31. März 1934 mit einem *Prawda*-Artikel die Wende eingeleitet wurde („Nichts spricht gegen Vereinbarungen mit anderen Gruppen und Strömungen im antifaschistischen Kampf“), war es für die deutsche KPD zu spät, die erforderliche Korrekturen einzuleiten. In Frankreich, Italien, Spanien dagegen schwenkten die Kommunisten innerhalb weniger Tage wenigstens in dieser Frage um und konnten damit gewisse Erfolge erzielen.

Sozialdemokraten

Insbesondere die deutsche SPD beharrte auf strikter parlamentarischer Vorgehensweise bei der Bekämpfung der Nazis. Der Stimmzettel sollte den Faschismus besiegen. Die besonders in den Jusos verankerte „Seydlitz“-Gruppe forderte dagegen ein „Kampfbündnis mit den Kommunisten“ und wurde aus der SPD ausgeschlossen. International isolierte sich die SPD immer mehr, je erfolgreicher der Faschismus agierte. Bereits im Februar 1933, wenige Tage nach dem Machtwechsel in Deutschland, hatte die sozialdemokratische II. Internationale eine Erklärung abgegeben, dass sie zu Verhandlungen mit der KI bereit sei, um antifaschistische Kämpfe zu organisieren. Die spanische sozialistische Partei sprach sich 1934 für die Bildung bewaffneter antifaschistischer Milizen „gemeinsam mit den Kommunisten“ aus. Zugleich erhoben sich in Wien

bereits 1934 die bewaffneten sozialdemokratischen Schutzverbände.

Der Staatsopportunismus und der Legalismus der Sozialdemokraten sowie das Sektierertum der KPD verhinderten in Deutschland einen wirksamen antifaschistischen Kampf trotz guter Voraussetzungen. In beiden Parteien erkannten starke Minderheiten diese historische Aufgabenstellung, scheiterten jedoch an den jeweiligen in Routine erstarrten, entpolitisierten und bürokratisierten Parteiapparaten.

Da Politik kein Irrtumsrecht kennt, scheiterte damit auch die deutsche Arbeiterbewegung, die damals den Schlüssel in der Hand hatte, um das folgende barbarische Massenschlachten des Faschismus zu verhindern.

1 Werner Rügemeier: „Verschwörung in der Verschwörung“, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=53733>



VON SCHWARZEN LÖCHERN UND WEISSEN FLECKEN

Die Vorstellungen der Linken von einer gesellschaftlichen Alternative sind noch zu vage, um wirkmächtig zu werden.

■ Paul Michel

Die Debatte um die Äußerungen von Kevin Kühnert bieten der Linken die Gelegenheit, ihrerseits wieder offensiv Themen aufzuwerfen, die seit dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ im Rahmen von TINA („There is no Alternative“) unter Quarantäne gestellt worden waren. Allerdings müssen wir selbstkritisch einräumen, dass es noch viele weiße Flecken auf unserer politischen Landkarte gibt. Wir bleiben (noch) jene differenzierten, fundierten Antworten schuldig, die uns mehr Glaubwürdigkeit in breiteren Teilen der Bevölkerung verschaffen könnten.

Kein fertiges Kochrezept

Bekanntlich haben wir für die zu schaffende gesellschaftliche Alternative weder ein fertiges Kochbuch, das uns für jedes Problem die Antwort liefert, noch ein „Musterland des Sozialismus“, das wir einfach kopieren können. Allerdings gibt es eine Vielzahl von zum Teil in Vergessenheit geratenen Erfahrungen, an die wir anknüpfen können. Diese Erfahrungen sind aber weitgehend aus unserem Bewusstsein verschwunden. Es gilt, sie wieder auszugraben und für unsere politische Arbeit zu nutzen. Zu nennen wäre hier der „rote Sommer der Anarchie“ 1936 in Katalonien, die Arbeiter*innenselbstverwaltung in Jugoslawien in den 1950er Jahren, die portugiesische Revolution von 1974/75 oder die besetzten Fabriken in Argentinien in den 2000ern. Mit diesen Erfahrungen lässt sich belegen, dass Betriebe in Selbstverwaltung sehr gut funktionieren können. Allerdings sind sie – aus unterschiedlichen Gründen – keine

Beispiele für gelungene „demokratische Planwirtschaft“ auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Bei beiden Versuchen, der kollektivierten Wirtschaft im Katalonien von 1936 als auch in der jugoslawischen Arbeiter*innenselbstverwaltung, war die Koordination auf gesamtgesellschaftlicher Ebene eher der große Schwachpunkt.

Glaubwürdigkeitsprobleme mit der Planwirtschaft

Es gab in der Regierungszeit von Gorbatschow eine Debatte zwischen Alec Nove und Ernest Mandel über die Rolle von Plan und Markt im Sozialismus.¹ Im englischsprachigen Raum wurde die Debatte in der bedeutenden Zeitschrift „New Left Review“ geführt. Diese Debatte kann auch heute noch allerlei Erhellendes beitragen zu solchen Einwänden wie dem, dass angesichts der großen Anzahl zu produzierender Güter jeder Versuch der gesellschaftlichen Planung von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Fast parallel dazu entwickelte der britische Marxist Pat Devine ein Modell, das er „negotiated coordination“ nennt.² Damit ist gemeint, dass bei unterschiedlichen Interessen zwischen verschiedenen Branchen, verschiedenen Regionen, zwischen Produzent*innen und Konsument*innen in der Gesellschaft durch Aushandlung ein Konsens ermittelt wird. Auf diese Weise soll zentrale Koordination bei maximaler Dezentralisierung erreicht werden. Das Modell von Pat Devine wurde einige Jahre später von Alex Callinicos, einer Führungsfigur der britischen SWP, in seinem Buch „An Anticapitalist Manifesto“ aufgegriffen.³ Beide Bücher wurden nie ins Deutsche

übersetzt und spielten dementsprechend in der linken Diskussion in der BRD nie eine Rolle. Sie sind es aber wert, ebenso wie die Beiträge von Mandel in der Debatte mit Alec Nove, dem Dunkel des Vergessens entrissen zu werden. Sie können uns auch heute interessante Denkanstöße für unsere gegenwärtigen Probleme geben.

Einige Lichtblicke

Aus dem anglo-amerikanischen Raum gab es im letzten Jahr einige neue interessante Beiträge zum Thema Planwirtschaft. Die Autoren kommen aus dem Umfeld der Zeitschrift „Jacobin“. Leigh Phillips und Michal Rozworski, zwei kanadische Autoren, haben eine Studie vorgelegt, die sich weniger mit der Aufarbeitung des „realen Sozialismus“ befasst, sondern darauf verweist, dass gerade auch in den großen kapitalistischen Konzernen Planung eine große Rolle spielt. In ihrem Buch *The People's Republic of Wal-Mart* kommen sie zu dem Ergebnis, dass ausgerechnet das Beispiel von Walmart beweist, dass Planwirtschaft funktionieren kann.⁴

Der kanadische Marxist Sam Gindin hat in „Jacobin“ einen längeren Artikel mit dem Titel „We need to say What Socialism will look like“ veröffentlicht.⁵ In der Einleitung dazu schreibt er: „Sozialist*innen wehren sich oft gegen Einwände hinsichtlich der Machbarkeit der künftigen kapitalistischen Gesellschaft – aber wir müssen den Menschen glaubwürdige Antworten geben.“ Es ist Gindins Anliegen, möglichst konkret darzulegen, wie eine Gesellschaft mit demokratischer Planwirtschaft aussehen könnte. Sein Text behandelt z. B. die Frage, wie Branchenräte ausgestaltet sein könnten, welche verschiedenen Planungsebenen zu berücksichtigen sind, und wirft die Frage auf, ob Sozialismus genauso effizient sein kann wie der Kapitalismus. Natürlich liefert der Text keine abschließenden Antworten. Dennoch ist er es wert, in einer breiteren linken Öffentlichkeit diskutiert zu werden.

Ökologische Krise und Konversion

Die „demokratische Planwirtschaft“ ist beileibe nicht die einzige Schwachstelle der Linken. Wir reden – zu Recht – von Ökosozialismus und meinen damit, dass wir sehr genau darauf achten müssen, welche ökologischen Folgen eine bestimmte Technologie hat. Der Klimawandel führt uns drastisch vor Augen, dass gerade im Produktionsbereich einschneidende Maßnahmen erforderlich sind. Diese Aufgabe erfordert den vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung der wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft.

Nehmen wir das Beispiel der Verkehrspolitik. Es ist klar, dass die durch den Autoverkehr verantworteten CO₂-Ausstöße wohl für fast 18 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich sind. Wir brauchen eine Verkehrswende, bei der wir Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern müssen. Das beinhaltet, dass wir die Produktion von Pkw und Lkw drastisch reduzieren müssen und stattdessen viel mehr Züge, Straßenbahnen, Busse und Fahrräder brauchen. Was ist dafür an Umstrukturierung in der Wirtschaft erforderlich? Was bedeutet es für die bestehenden Autofabriken und die dort beschäftigten Menschen, wenn in Zukunft nur noch ein Fünftel der aktuell die Straßen verstopfenden Pkw benötigt werden? In der ISO haben wir diese Diskussion zumindest aufgenommen. Aber natürlich bleiben unsere Überlegungen noch sehr im Allgemeinen und sind bisher keineswegs so konkret, dass sie „die Massen ergreifen“ könnten.

Es sind nicht nur die Autos und der Strom ...

Wenn wir das unwiderrufliche Umkippen des Weltklimas verhindern wollen, brauchen wir aber nicht nur in der Autoindustrie, sondern noch in einer ganzen Reihe weiterer Industriesektoren deren Umstrukturierung, Rückbau oder gar deren komplette Stilllegung. Der US-amerikanische Marxist Richard Smith spricht davon, dass von solchen Umstrukturierungen nicht nur die fossile Industrie, sondern auch alle Sektoren betroffen sind, die fossile Produkte weiterverarbeiten oder bei der Produktion hohe Mengen von CO₂ erzeugen.⁶ Neben Autos und Lkw wären zum Beispiel Flugzeugindustrie, Schiffbau (Kreuzfahrt- und Containerschiffe), Bauwirtschaft, chemische Industrie, Kunststoffindustrie, Kosmetikindustrie, Düngemittelindustrie und industrielle Landwirtschaft zu nennen. Selbstverständlich muss die Rüstungsindustrie komplett dicht gemacht werden.

Generell steht die Konsumgesellschaft in ihrer aktuell in den Industrieländern existierenden Form auf dem Prüfstand. Es kann nämlich nicht sein, dass wir mit „sauberer“ Energie immer mehr Dinge produzieren, die wir nicht brauchen. Vance Packard hat schon vor 50 Jahren gezeigt, dass die meisten Dinge, die die Konzerne produzieren, nicht der Befriedigung konkreter Bedürfnisse dienen, sondern hergestellt und verkauft werden, weil die Konzerne damit Geld verdienen können. Das geht von Produkten wie Luxusautos, Luxusjachten, Privatjets oder sündhaft teuren Designerklamotten für die Superreichen bis hin zum nicht enden wollenden Strom von Dingen für den Massenverbrauch, wie Kleidung, Kosmetik, Möbel, Autos, Produkte der Unterhaltungsindustrie bis hin zu den

„Supersize“ Big Macs mit 1000 Kalorien. Daran hängen Einkaufszentren, Werbeagenturen, die Produzenten für Plastikverpackungen und natürlich der Finanzsektor, der dafür sorgt, dass auch Menschen, die sich wegen ihres geringen Einkommens den ganzen Kram sich eigentlich nicht leisten können, diesen jedoch dank der omnipräsenten Konsumentenkredite auf Pump erwerben und zielstrebig auf die Privatinsolvenz zustreben.

Langlebige Produkte, die reparierbar sind statt ex und hopp

Unsere Konsumgüterindustrie beruht auf der Produktion von Gütern mit möglichst kurzer Lebensdauer. Fernseher, Kühlschränke und Waschmaschinen sind oft so gebaut, dass sie gerade bis zum Ende der Garantiefrist halten. Die Werbung sorgt dafür, dass Moden immer kurzlebiger sind und die Produkte weggeworfen werden, noch bevor sie kaputt gehen können. Der unaufhörliche Drang, stets das neueste Modell mit den neuesten technischen Spielereien zu besitzen, macht Menschen hierzulande kirre und richtet in Ländern wie Kongo ökologische Verwüstungen an und schafft dort menschliches Leid.

Viele Produkte des täglichen Gebrauchs, vom Auto über den Fernseher, vom Drucker bis zum Smartphone, sind so gebaut, dass sie entweder gar nicht oder nur unter großen finanziellen Kosten repariert werden können. Dabei wäre es durchaus möglich, Geräte mit deutlich längerer Haltbarkeit herzustellen; Produkte, die so gebaut sind, dass Reparaturen ohne großen Aufwand und ohne hohe Kosten möglich sind. Apple könnte iPhones mit klassischem, zeitlosem Design bauen, die Jahrzehnte halten. Es wäre ohne Probleme möglich, sie so zu designen, dass auch Upgrades möglich sind, ohne gleich ein neues, teureres Modell kaufen zu müssen. Das würde unendlich viel an Ressourcen sparen. Es müsste schon bei der Herstellung der Produkte dafür Sorge getragen werden, dass sie gut zerlegbar sind und dass gerade wichtige Komponenten gut zugänglich sind. Dafür müssten viele Produkte redesigned werden. Es ist Sache der Herstellerfirmen, dafür zu sorgen, dass dann auch reichlich Ersatz für mögliche Verschleißteile zur Verfügung steht. Das beträfe Elektronikprodukte wie Laptops, Smartphones und Fernseher, Haushaltsgeräte wie Waschmaschinen oder Kühlschränke, aber auch Möbel. Rein technisch wäre es sicherlich möglich, die Lebensdauer solcher Produkte erheblich zu verlängern. Es ist die Aufgabe der Herstellerfirmen, das Know-how für die Reparatur der Geräte zur Verfügung zu stellen, eigene Reparatur- und Serviceabteilungen aufzubauen bezie-

ungsweise Handwerksbetriebe und Genossenschaften, deren Tätigkeitsfeld die Reparatur ist, zu qualifizieren und die nötigen technischen Daten zugänglich zu machen.

Die Arbeit im Reparaturssektor hätte auch für die Beschäftigten große Vorteile. Statt als Anhängsel des Fließbands würden die Leute in den Reparaturabteilungen hochqualifizierte Arbeit verrichten – also das genaue Gegenteil von monotoner, entfremdeter Fließbandarbeit. Es lässt sich gegenwärtig nicht genau quantifizieren, wie viele neue Arbeitsplätze dadurch entstehen würden. Aber sicherlich würde dadurch zumindest ein Teil jener Arbeitsplätze ersetzt, die in der Produktion entfallen, wenn schlicht weniger produziert wird.

Es gibt viel zu tun ...

Bisher hat die Linke sich nur wenig bis gar nicht damit befasst, wie diese Konversion hin zu einem umweltverträglichen Produktionssektor, der praktisch parallel mit Umstrukturierung der Gesellschaft in Richtung sozialistischen Eigentumsformen erfolgen muss, aussehen könnte. Dennoch ist es eine Aufgabe, die entweder von den radikalen Linken gemacht wird – oder gar nicht. Das ist zweifellos so etwas wie eine Herkulesaufgabe. Angesichts der gewaltigen Größe der Aufgaben ist es absolut undenkbar, dass irgendeine kleine Sektion der zersplitterten Linken das allein stemmen kann. Dazu bedarf es auf Seiten aller Beteiligten der Bereitschaft zur Kooperation auf gleicher Augenhöhe und eines solidarischen Umgangs miteinander.

12. August 2019

1 Siehe *inprekorr* 200: Ernest Mandel, Zur Verteidigung der sozialistischen Planwirtschaft, Die Debatte wurde fortgesetzt in *inprekorr* 209, S. 17 ff.

2 Pat Devine, *Democracy and Economic Planning*, Polity Press 1998

3 Alex Callinicos, *An anticapitalist Manifesto*, Polity Press 2003

4 Leigh Phillips / Michal Rozworski, *The People's Republic of Wal-Mart*, Verso Press 2019

5 Siehe <https://www.jacobinmag.com/2019/03/sam-gindin-socialist-planning-models>

6 Siehe Richard Smith, *Climate Crisis, the Deindustrialization-Imperative and the Jobs vs. Environment Dilemma*, <https://truthout.org/articles/climate-crisis-the-deindustrialization-imperative-and-the-jobs-vs-environment-dilemma/>

WAS KOMMT NACH DEM KAPITALISMUS?

Wiederholt hat Meinhard Creydt zur Vision einer neuen Gesellschaft geschrieben. Der folgende Artikel setzt sich kritisch vor allem mit Creydots aktuellem Beitrag¹ auseinander.

■ **Johann-Friedrich Anders**

„Viel zu häufig betätigen sich Linke“ – so kritisiert Meinhard Creydt – „als Technokraten, die an einzelnen Stellschrauben zu drehen beabsichtigen. Sie bewegen sich reaktiv und defensiv im Horizont von weniger Arbeitslosigkeit, mehr Gerechtigkeit, weniger Finanzkapital usw. Die Realutopie des guten Lebens oder eine neue Ordnung der Gesellschaft sind dann kein Thema.“² Aber – so Creydt: „Für eine Transformation, die zu einer nachkapitalistischen Gesellschaft und Lebensweise führt, bedarf es eines Leitbildes, das sich grundlegend vom Kapitalismus unterscheidet.“³

Den aktuellen Stand seines „Leitbilds einer nachkapitalistischen Gesellschaft“ stellt Creydt in seiner 2019 veröffentlichten Broschüre: *Was kommt nach dem Kapitalismus?* knapp vor.

Zwei von Creydots „Vorschlägen“⁴ zur Organisation einer nachkapitalistischen Gesellschaft scheinen mir kritikbedürftig: die Rolle, die Märkte in ihr spielen sollen, und die politische Organisationsform, die für sie angemessen sein soll⁵. Diese zwei „Vorschläge“ sind unklar bzw. nicht nachvollziehbar.

Man mag die Beiträge von Ernest Mandel und von der IV. Internationale, die ich in meiner Kritik zitieren werde, für fehlerhaft, für unzureichend oder für verfehlt halten und deshalb kritisieren. Aber kann man ernsthaft das

Leitbild einer nachkapitalistischen Gesellschaft entwickeln, ohne die trotzkistische Theorie-Tradition dazu⁶ zur Kenntnis zu nehmen?

(Auch eine andere Theorie-Tradition nimmt Creydt nicht zur Kenntnis: die Freudsche Theorie-Tradition, mit deren Hilfe sich die psychischen Voraussetzungen für die Umsetzung von nachkapitalistischen „Vorschlägen“ klären und Hindernisse für ihre Machbarkeit erkennen und vielleicht verringern ließen.)

1) Ökonomische und politische Institutionen, die laut Creydt für eine nachkapitalistische Gesellschaft angemessen sind

- 1)** Märkte in einer nachkapitalistischen Gesellschaft
- a)** Die „Verringerung des Stellenwerts von Märkten“

Damit ein „gutes Leben“ möglich wird, dürfen zentrale Entscheidungen – so Creydt – nicht von Märkten getroffen werden. Denn Märkte sind „unterkomplexe Informationskonzentrate“: „Märkte reagieren nur auf Bedürfnisse, die mit zahlungsfähiger Nachfrage verbunden sind. Auf Märkten zählt, wer zahlt. Preise sind zudem nicht in der Lage, den Verbrauch an Gesundheit, psychischer Stabilität oder persönlicher Integrität anzuzeigen. Marktpreise reagieren überdies auf aktuelle Knappheiten (z.B. beim Erdöl)

und berücksichtigen nicht zukünftige Knappheiten.“ „Auf Märkten lautet die Frage an jeden Einzelnen: ‚Willst Du ein Auto?‘ und nicht ‚Wollen alle, dass dem Pkw-Verkehr gesellschaftlich ein hoher Stellenwert zukommt und dass die Städte zu autogerechten Städten werden?‘“⁷

In der nachkapitalistischen Gesellschaft gibt es deshalb – laut Creydt – „starke Vorgaben für die ökonomischen Aktivitäten. Diese Vorgaben betreffen sowohl die grundlegenden Entwicklungsrichtungen der Bereiche (also z.B. eine Produktion eher für ein öffentliches Verkehrswesen als für massenhaften individuellen Autobesitz) als auch die Art und Weise der Arbeit.“ „Mit diesen Vorgaben – und dem Primat öffentlicher Güter gegenüber privat kaufbaren Gütern – unterliegt die Handlungsfreiheit der Marktakteure gravierenden Einschränkungen.“⁸

Wegen dieser „Verringerung des Stellenwerts von Märkten“ in der nachkapitalistischen Gesellschaft wird deshalb deren Ökonomie – so Creydt – „kaum noch als Marktwirtschaft gelten können.“⁹

b) Keine „Abschaffung von Märkten“

Die Betriebe in der von Creydt skizzierten nachkapitalistischen Gesellschaft werden sich „an qualitativen Indikatoren orientieren, die die ökologischen, gesundheitlichen u.a. Effekte des Arbeitens und der Produkte vergegenwärtigen“¹⁰.

Gleichwohl aber müsse die Gesellschaft feststellen: Wie wirtschaften die Betriebe mit ihren Ressourcen? Was ist die durchschnittlich notwendige Arbeitszeit, die auf die Waren entfällt? Und: In welchem Maße befriedigen sie Bedürfnisse?¹¹

Wie diese Ertragsrechnung ohne Märkte erfüllt werden könnte, ist laut Creydt unbekannt: „Mir ist bei aller notwendigen Kritik am Markt nicht bekannt, welche andere Institution dies leisten können soll.“¹²

Die einzige Alternative zu Märkten wäre eine zentrale Planbehörde, die dank „moderner Informations- und Kommunikationstechnologien Märkte unnötig“¹³ machte.

Doch – so Creydt: „Die Erfassung der Bedürfnisse und der Produkte, des technischen Standes der Produzenten und ihres Arbeitsaufwands überfordert die Planzentrale sachlich und zeitlich.“¹⁴ Deshalb „erscheinen Vorschläge dafür, Märkte abschaffen zu wollen, mit großen Problemen behaftet.“¹⁵

2) „Deliberative“ Demokratie als Organisationsform für die öffentliche Willensbildung

Damit ein zunehmend „gutes Leben“ möglich werden

kann, bedarf es geeigneter Beratungs- und Entscheidungsgremien. Dazu Creydt¹⁶:

„Notwendig werden erstens Institutionen, in denen gesamtgesellschaftlich entschieden wird über Proportionen (z.B. zwischen privatem Konsum und gesellschaftlicher Daseinsfürsorge) und Prioritäten (z.B. in Bezug auf den Ressourceneinsatz für Forschung, Entwicklung und Innovation). ...

Notwendig werden zweitens Institutionen, die es ermöglichen und unterstützen, dem Handelnden die indirekten Wirkungen seines Handelns rückzumelden und den Kunden zu vergegenwärtigen, was das Arbeiten mit den Arbeitenden macht. Erforderlich sind Institutionen, die die Kommunikation zwischen Arbeitenden und Konsumenten über Preise hinaus zustande bringen. Die weniger mächtige Seite in solchen Beziehungen gilt es zu stärken. Das bedeutet z.B., dass der Konsumentenverband eigene Anforderungen an die Produzenten bzw. Dienstleister formulieren kann, über die Produkte bzw. Dienstleistungen mitentscheiden und eigene Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zu initiieren vermag.

Drittens werden öffentliche Foren bzw. Institutionen notwendig, in denen die verschiedenen Aufgaben in der Gesellschaft (also bspw. die Industrie, die Erziehung, das Wohnen) zur Darstellung kommen. Letztere soll vergegenwärtigen, was die Voraussetzungen, Leistungen und Effekte der qualitativ verschiedenen Bereiche und Ziele sind. Es geht um die Aufmerksamkeit für die Relevanz der verschiedenen Momente und für ihre Wechselbeziehungen.“

Diese drei Erfordernisse werden laut Creydt durch eine „starke deliberative Demokratie“¹⁷ erfüllt, deren Organisationsform Creydt nicht darstellt. Creydt sagt über die deliberative Demokratie zusammenfassend: „Über den konkreten sinnvollen Bezug der verschiedenen Momente der Gesellschaft und der Lebensweise wird in der deliberativen Demokratie entschieden.“¹⁸ Und er veranschaulicht deren Leistung folgendermaßen:

In der „starken (deliberativen) Demokratie“ ist (im Unterschied zur „mageren“, zur repräsentativen Demokratie) „demokratisch zu entscheiden über grundlegende Entwicklungspfade“ z.B. der Landwirtschaft oder des Verkehrswesens. Ebenso über Proportionen der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesse. Zum Thema werden das Verhältnis zwischen individuellem Konsum und öffentlichen Gütern sowie die Proportion zwischen Arbeiten im Produktionsprozess und Care-Tätigkeiten. Konkret stellt sich hier z.B. die Frage: Inwie-

weit wollen wir besonders leistungsfähigen, weil jungen Arbeitskräften im Alter zwischen 25 und 40 Jahren viel Arbeitsleistung abverlangen? Inwieweit sollen sie gerade in dieser Lebensphase Zeit und Energie haben, sich um ihre Kinder kümmern zu können?“¹⁹

II) Zur Kritik

3) Märkte in der nachkapitalistischen Gesellschaft?

a) Planungsinstitutionen (in) der nachkapitalistischen Ökonomie?

Wenn man die Frage beantworten will: *Was kommt nach dem Kapitalismus?*, dann muss man sicherlich auch die Frage beantworten: Was soll wie in einer nachkapitalistischen Ökonomie geplant, statt durch Märkte entschieden werden?

Creydt schreibt zwar, Institutionen bzw. öffentliche Foren seien „notwendig“,

- „in denen gesamtgesellschaftlich entschieden wird über Proportionen [...] und Prioritäten“,

- „die es ermöglichen und unterstützen, dem Handelnden die indirekten Wirkungen seines Handelns rückzumelden und den Kunden zu vergegenwärtigen, was das Arbeiten mit den Arbeitenden macht“,

- „die die Kommunikation zwischen Arbeitenden und Konsumenten über Preise hinaus zustande bringen“,

- „in denen die verschiedenen Aufgaben in der Gesellschaft (also bspw. die Industrie, die Erziehung, das Wohnen) zur Darstellung kommen“²⁰.

Doch diese Darlegungen Creydots zur Organisationsform der nachkapitalistischen Ökonomie und Gesellschaft sind ziemlich unbestimmt.²¹ Wie diese Institutionen bzw. öffentlichen Foren gebaut sein und wie sie funktionieren sollen, dazu sagt Creydt nichts. (Sollen es vielleicht Räte sein?)

Klar wird in Creydots Ausführungen nur: Er lehnt eine zentrale Planbehörde ab. Denn sie wäre sachlich und zeitlich hoffnungslos überfordert, die in einer nachkapitalistischen Wirtschaft existierenden Aufgaben – die „Erfassung der Bedürfnisse und der Produkte, des technischen Standes der Produzenten und ihres Arbeitsaufwands“²² – zu lösen.

Creydt erläutert das mit drei Beispielen:

1. „Nehmen wir z.B. die Frage ‚Soll der Produktionszweig A expandieren?‘ Zur Beantwortung wird es notwendig, die Kosten und Erträge dieser Expansion zu ermitteln. Dafür muss geklärt werden, wie sich die Expansion der Branche A auf die Branchen B, C, D ff.

auswirkt. Entspricht dem Wachstum in Branche A eine Schrumpfung oder ein Wachstum der Branchen B, C, D? Muss man auf etwas anderes verzichten, wenn man mehr Produkte von einer Sorte haben will? Was sind die Effekte davon, dass ein Produkt ein anderes ersetzt? Jede einzelne Entscheidung hängt in einem Prozess gegenseitiger Determinierung von allen andern ab“²³

2. „Gewollt ist bspw. ein Krankenhaus, in dem die Pflegekräfte und Ärzte für die Patienten Zeit haben und medizinische Maßnahmen sich nicht an der betriebswirtschaftlichen Rentabilität orientieren. Ein solches Krankenhaus verbraucht mehr finanzielle Ressourcen[,] als es erwirtschaftet“²⁴. Es muss also querfinanziert oder subventioniert werden. [...] Die Gesellschaft muss sich Rechenschaft ablegen können über ihre finanziellen Ressourcen, wenn sie nicht ‚von der Substanz leben‘ will. Sollen die (in diesem Absatz ausgeklammerten) Leistungen des Gesundheitswesens für die Gesellschaft angemessen beziffert werden, erhöht das die Komplexität der Problematik.“²⁵

3. „Keine Planzentrale wird wissen, welches Restaurant bei den Kunden mehr Resonanz findet oder welches Produkt den Präferenzen der Konsumenten besser entspricht als andere.“²⁶

Dass eine zentrale Planbehörde mit der Lösung solcher Aufgaben überfordert wäre, mag zutreffend sein. Nur: Warum sollte für die Lösung solcher Probleme überhaupt eine zentrale Planbehörde erforderlich und zuständig sein?

Ob, und wenn ja, wo ein Restaurant oder ein patientengerechtes Krankenhaus einzurichten wäre oder ob die Expansion eines Produktionszweiges sinnvoll wäre, das ist, scheint mir, eine Frage, die vernünftigerweise zu entscheiden wäre von den jeweils Betroffenen, also von den Bewohner*innen eines Stadtteils, einer Gemeinde usw.²⁷ – und zwar in örtlichen bzw. regionalen Räte-Organisationen.

Für die Lösung solcher Aufgaben ist eine Plan-Zentrale – scheint mir – überhaupt nicht erforderlich. Sie wäre dafür sogar ziemlich ungeeignet, selbst wenn sie nicht überfordert sein sollte.

Warum meint Creydt, solche Fragen müssten von einer Behörde – von einer Schicht von berufsmäßigen Verwaltungsbeamten – entschieden werden und könnten bzw. sollten nicht von den Menschen, die von der jeweiligen Frage betroffen sind, um deren Interessen es jeweils geht, in Räte-Organisationen selber entschieden werden?

Klarerweise muss auch etwas zentral entschieden werden, nämlich: Ein wie großer Anteil der insgesamt

zur Verfügung stehenden Ressourcen kann bzw. soll dem jeweiligen Stadtteil usw. zur Verfügung für Konsum- und Gesundheitseinrichtungen gestellt werden? Aber solch eine Entscheidung hätte doch nicht eine Behörde, sondern ein demokratisch zentralisierter nationaler (bzw. internationaler) Rätekongress zu treffen, wie wiederholt Ernest Mandel klargemacht hat, zuletzt, wenn ich mich nicht täusche, 1992²⁸:

„Nur der allgemeine Rahmen (die grundlegende Aufteilung der nationalen Mittel) wäre national, sobald möglich sogar international, festgelegt. Alle anderen Entscheidungen würden an regionale, bezirkliche, branchenweite bzw. nachbarschaftliche Körperschaften delegiert, die alle nach freier Debatte gewählt sind. Diesbezüglich lassen sich zwei Faustregeln anwenden. Die Entscheidungen sollten auf der Ebene getroffen werden, auf der sie sich am leichtesten durchführen lassen. Und sie sollten auf der Ebene getroffen werden, auf der die größtmögliche durch sie betroffene Menschenmenge an den Entscheidungsfindungsprozessen beteiligt werden kann. Offensichtlich kann weder auf Stadtebene entschieden werden, wie die Verschmutzung der großen Flüsse der Welt verhindert und rückgängig gemacht werden kann, noch kann eine Region mit 15 Millionen Bewohnerinnen und Bewohnern über jede Fußgängerkreuzung in ihrem Gebiet entscheiden.“

Eine zentrale Planbehörde solle es in Creydt's nachkapitalistischer Gesellschaft nicht geben, weil sie „sachlich und zeitlich überfordert“²⁹ wäre; aber ein „Amt für die Regulierung der öffentlichen Unternehmen“ hält Creydt für erforderlich: „In der nachkapitalistischen Gesellschaft wird so etwas wie das ‚Amt für die Regulierung der öffentlichen Unternehmen‘ nicht wie die Behörden in den früheren Ostblockstaaten Produktionsziele festlegen und Produktionsmaterial verteilen, sondern bestimmte [? – J.-F.A.] demokratisch festgelegte Normen für die Nutzung öffentlicher Anlagen durchsetzen. [...] Der Regulator der öffentlichen Unternehmen würde im Namen der Gemeinschaft die Eigentumsrechte an den Unternehmen ausüben, während die Unternehmensangestellten auf Nutzerrechte beschränkt wären. Die Unternehmensaktivitäten finden im Rahmen ebenso enger wie durch gut ausgestattete Inspektoren überprüfter Umweltschutz-, Gesundheits-, Sicherheits- und Verbraucherschutznormen statt.“³⁰

Dieses Konzept eines „Amtes für die Regulierung der öffentlichen Unternehmen“ scheint mir wenig klar und wenig plausibel.

Warum heißt es „der Regulator der öffentlichen Unternehmen“ und nicht bloß: Regulator der Unternehmen?

Soll es in Creydt's nachkapitalistischer Gesellschaft auch nicht-öffentliche, also private, Unternehmen geben?

Aber das ist nicht der wesentliche Einwand gegen ein solches Amt. Entscheidend scheint mir: Auch für dieses Amt gilt, was gegen eine zentrale Plan-Behörde vorzubringen ist:

Wofür sollte so ein „Amt für die Regulierung der öffentlichen Unternehmen“ erforderlich sein? Warum sollte zur Durchsetzung „demokratisch festgelegter Normen“ eine Behörde nicht nur geeignet, sondern am besten geeignet sein? Eine Begründung finde ich bei Creydt nicht.

Welche Fragen müssten laut Creydt von dieser Behörde entschieden werden und könnten bzw. sollten nicht von den Menschen, die von der jeweiligen Frage betroffen sind, um deren Interessen es jeweils geht, in Räte-Organisationen selber entschieden werden? Gibt es nicht beteiligte und betroffene Bürger*innen/Produzent*innen/Konsument*innen, die an der vernünftigen Lösung solcher Aufgaben ein Interesse haben?

Zu solchen Nachkapitalismus-Ökonomie-Vorstellungen wäre ein Räte-System eine, wie mir scheint, gute demokratisch-sozialistische Alternative. Mandel schrieb 1986³¹ darüber:

„Ein solches System würde die Marxsche Vorstellung vom Absterben des Staates mit konkretem Inhalt füllen. Dadurch würde es möglich, daß mit einem Schlag die Hälfte der heute amtierenden Minister durch Selbstverwaltungsorgane ersetzt würde. Die Folge wäre außerdem eine radikale Verminderung der Zahl der Beamten, einschließlich derer in den Planungsbehörden. Das würde zugleich bedeuten, daß buchstäblich Millionen von Menschen nicht nur ‚konsultiert‘ werden, sondern tatsächlich an den Entscheidungen und an der direkten Leitung von Wirtschaft und Gesellschaft mitwirken. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen denen, die verwalten, und denen, die verwaltet werden – zwischen Bossen und Unterebenen – würde anfangen zu verschwinden.“

b) „Ertragsrechnung“ in der nachkapitalistischen Ökonomie?

Creydt schreibt: „Wirtschaft ist ohne eine genaue Rechenschaft über die anfallenden Kosten der Arbeiten und Dienstleistungen unmöglich“³²: „Die Betriebe müssen [...] eine Ertragsrechnung durchführen können. Eine Dimension der Beurteilung von Betrieben bezieht sich auf sie. Die Ertragsrechnung setzt voraus, dass man vergleichen kann, wie die Betriebe mit ihren Ressourcen wirtschaften und in welchem Maße sie Bedürfnisse befriedigen. (Wohlge-

merkt: in der nachkapitalistischen Gesellschaft entscheidet dieser Vergleich nicht allein über die Zukunft des Betriebs.) Die Ertragsrechnung des Betriebs setzt eine ‚Preisbildung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene‘³³ voraus.³⁴

Wie aber eine Preisbildung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ohne Märkte möglich sein könnte, ist laut Creydt unbekannt³⁵.

Über diese Frage schrieb Mandel 1962³⁶: „Das Geld bleibt [...] das einfachste Instrument, um den Ertrag der Betriebe auf dem Wege des Produktionskostenvergleichs zu messen. [...] Das auch in der Übergangsperiode (zwischen Kapitalismus und Sozialismus) noch fortbestehende Geld verliert aber eine Reihe seiner grundlegenden Funktionen, die typisch und kennzeichnend sind für das Geld in der kapitalistischen Wirtschaft“: Es lässt sich, so Mandel, nicht mehr in Kapital umwandeln, da kein privater Erwerb von Produktionsmitteln zulässig ist. Und: „Der private Kauf der Arbeitskraft als einer Mehrwert erzeugenden Ware scheidet gleichfalls aus“. Und: „Das Geld ist nicht länger eine automatische Zinsquelle, eine automatische Einnahmequelle.“

c) „Abschaffung der Märkte“?

Creydt hält Märkte in einer nachkapitalistischen Gesellschaft nicht für abschaffbar, auch wenn sie nicht nur positive, sondern auch negative Folgen haben (sollten): „Märkte sind etwas anderes als ein neutrales Medium gesellschaftlicher Synthesis³⁷. Zugleich kann letztere auf sie nicht völlig verzichten.“³⁸

Creydt versäumt es hier, zu prüfen, ob Märkte (also die Produktion von Waren statt von Gebrauchsgütern), auch wenn sie nicht „abgeschafft“ werden können, so doch vielleicht allmählich „absterben“ könnten.

Mandel schrieb dazu 1962³⁹: „Die Warenproduktion kann nicht künstlich ‚abgeschafft‘ werden. Sie kann nur schrittweise absterben, in dem Maße, wie die Wirtschaft in der Lage ist, die fundamentalen Bedürfnisse eines jeden Menschen zu befriedigen.“

Bekanntlich unterscheidet die marxistische Theorie zwischen drei Etappen einer „nachkapitalistischen“ Gesellschaft⁴⁰, bei der genau diese Möglichkeit eines Absterbens der Warenproduktion eine zentrale Rolle spielt: nämlich zwischen

- der Etappe des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die gekennzeichnet ist durch das teilweise Überleben der Warenproduktion und der Geldwirtschaft,
- der Etappe des Sozialismus, die gekennzeichnet ist durch das Absterben von Waren- und Geldwirtschaft:

„Innerhalb der sozialistischen Etappe wird jedoch die Verteilung an jeden einzelnen – ausgenommen die kostenlose Befriedigung der Grundbedürfnisse – weiterhin an die Quantität der für die Gesellschaft geleisteten Arbeit gebunden sein.“⁴¹

■ der „Etappe des Kommunismus, die durch die umfassende Verwirklichung des Prinzips ‚jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen‘ gekennzeichnet ist“⁴².

Gegen Mandels marxistische Vorstellungen, dass es möglich werden könne, „die fundamentalen Bedürfnisse eines jeden Menschen zu befriedigen“⁴³, lässt sich natürlich einwenden (was Creydt aber, soweit ich sehe, nicht macht), dass die Beendigung von Mangel – leider – utopisch sei. Da die menschlichen Bedürfnisse nun mal unbegrenzt seien, könne – angesichts der begrenzten und damit knappen Ressourcen – der Mangel niemals beendet werden.

Mandel selbst ging auf diesen Einwand wiederholt ein. Zum einen betonte er z.B. 1988⁴⁴, welche negativen Folgen es hat, wenn bzw. solange die Menschen versuchen (müssen), ihre Bedürfnisse über Märkte zu befriedigen:

„Solange die Kaufkraft – die globale Nachfrage – ungleich verteilt ist, richtet sich die Produktion nicht nach dem stärksten Bedarf, sondern nach jenen Bereichen, wo mehr Geld vorhanden ist und wo man schneller Profit machen kann. Niemand wird ernsthaft behaupten, daß der Bedarf an Zweitwohnungen dringender sei als der Bedarf derer, die keine Wohnung haben. Dennoch werden Zweit- und Luxuswohnungen in großer Zahl gebaut, während es selbst in den reichsten Ländern noch Millionen von Menschen ohne Wohnung gibt, vom Rest der Welt ganz zu schweigen. Und was soll man zum Nahrungsmittelbedarf der Armen in der Dritten Welt im Vergleich zur Intensität des Bedürfnisses nach einem zweiten Fernsehgerät oder einem Personal Computer bei den reichen Mittelklassen der westlichen Länder sagen? Aber die Mechanismen des Marktes sorgen dafür, daß viel mehr Mittel eingesetzt werden, um den letztgenannten Bedarf zu decken.“

Der marktwirtschaftliche Mechanismus fördert – so Mandel 1988 – „ein soziales Verhalten (auch gesellschaftliche Wertvorstellungen und, wenn man will, eine soziale Ethik), das auf Konkurrenz, Egoismus, Aggressivität, wachsender Entfremdung, kurz: auf dem Gesetz des Dschungels beruht. [...] Das kann solange unvermeidlich sein, wie die materiellen Verhältnisse ein radikales Absterben der Ware-Geld-Beziehungen nicht erlauben. Aber es ist unbestreitbar ein soziales Übel, das Millionen und

Abermillionen von Menschen ernsthafte physische, geistige und moralische Entbehrungen auferlegt.“⁴⁵

Zum anderen verwies Mandel darauf, dass die ökonomischen Möglichkeiten zunehmend größer werden, „jedem Individuum automatisch die Befriedigung seiner wesentlichen Bedürfnisse unabhängig von seiner Stellung oder von seinen persönlichen Anstrengungen (zu sichern)“⁴⁶.

Mandel schrieb 1986⁴⁷ dazu: „Die Statistik zeigt [...], daß trotz der zunehmenden Differenzierung der Geschmäcker und der Produkte (viele Arten von Brot und Kuchen, eine viel größere Auswahl an Nahrungsmitteln und Kleidern allgemein) der Gesamtverbrauch an Nahrungsmitteln, Kleidung und Schuhen tendenziell einen Sättigungsgrad erreicht hat und beginnt, sich rückläufig zu entwickeln, wenn man ihn in Kalorien, Quadratmetern Stoff und Paar Schuhen mißt.“

Bereits 1979⁴⁸ hatte er dazu geschrieben: „Schon haben die Fortschritte im Lebensstandard ein Niveau erreicht, das in den imperialistischen Ländern allen Menschen mit Ausnahme der ärmsten Brot, Kartoffeln, Gemüse, Obst und auch Milchprodukte und Fleisch sichert. Ähnliches gilt für Kleidung, Schuhe, Möbel usw., zumindest in den reichsten Ländern. All diese Güter könnten allmählich kostenlos verteilt werden ... Diese Möglichkeit gilt auch für Sozialleistungen wie Unterricht, Gesundheitswesen, öffentliche Verkehrsmittel.“

Und schließlich hatte er schon in der kubanischen Planungsdebatte von 1964 erklärt⁴⁹, woran zu erkennen ist, dass Bedürfnisse an Gütern und Dienstleistungen sich einer vollständigen Befriedigung nähern: „Die Elastizität der Nachfrage nach diesen Gütern und Dienstleistungen wird sich bis zum Nullpunkt entwickeln, und schließlich sogar negativ werden.“

d) Märkte in einer nachkapitalistischen Gesellschaft – „ein offenes Problem“?

Creydt fasst seine Überlegungen zur Frage von Märkten in einer nachkapitalistischen Gesellschaft folgendermaßen zusammen: „Das Verhältnis zwischen der nachkapitalistischen Gesellschaft und der selektiven Nutzung von Märkten bzw. Marktelementen bleibt ein (nicht voluntaristisch überwindbarer) Widerspruch und ein offenes Problem.“⁵⁰

In der Tat ist das ein Widerspruch – da ist Creydt zuzustimmen –, denn die Existenz von Märkten ist mit Sozialismus unvereinbar. Doch warum behauptet er, dieser Widerspruch sei ein offenes (theoretisches) Problem? Um das mit Recht sagen zu können, müsste er doch wohl die

Beiträge von Ernest Mandel dazu als sachlich unzureichend oder als verfehlt kritisiert haben. Aber die nimmt Creydt nicht zur Kenntnis, jedenfalls thematisiert er sie nicht.

4) „Deliberative“ Demokratie?

Laut Creydt geht es in der „starken“, der „deliberativen“, Demokratie – anders als in der „mageren“, der repräsentativen, Demokratie – „um öffentliches Sehen, nicht um das Erklären von Vorlieben, um gemeinsames Urteilen, nicht um das Sammeln persönlicher Meinungen“⁵¹.

Vermutlich ist es wichtig, sich Gedanken darüber zu machen, welche Einstellung die Menschen haben sollten, wenn sie beraten und entscheiden. Aber es schiene mir wichtiger, anzugeben, welche institutionellen Regelungen geeignet sein könnten, um möglichst vernünftige Beratungen und Entscheidungen überhaupt möglich zu machen.

Wegen ihrer großen Vagheit scheinen mir Creydt's Äußerungen zur öffentlichen Willensbildung in einer nachkapitalistischen Gesellschaft ein Rückschritt gegenüber Ausführungen wie etwa den folgenden, die aus einer Resolution des XII. Weltkongresses der IV. Internationale von 1985 über sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats: *Für Räte-demokratie und Arbeiterselbstverwaltung*⁵² stammen:

„Eine sozialistische Gesellschaft ist nicht möglich ohne kollektives Eigentum an den Produktionsmitteln und am gesellschaftlichen Mehrprodukt, ohne demokratische Planung und Verwaltung durch die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit mittels demokratisch zentralisierter Arbeiterräte, d.h. geplanter Arbeiterselbstverwaltung“. Diese „souveränen, demokratisch gewählten und demokratisch zentralisierten Arbeiterräte“ sind charakterisiert durch folgende „grundlegende Merkmale, wie Lenin sie in ‚Staat und Revolution‘ umrissen hat:

- Wahl aller Beamten, Richter, Führer von Arbeitermilizen (oder Arbeiter- und Bauernmilizen) sowie aller Delegierten, welche die Arbeiter in den staatlichen Institutionen vertreten; Beschränkung ihrer Einkommen auf das eines Facharbeiters;
- Recht der Wähler, sie jederzeit abzurufen;
- gleichzeitige Ausübung von legislativer und exekutiver Gewalt durch Institutionen vom Typ der Sowjets;
- radikale Herabsetzung der Zahl der Berufsbeamten und zunehmende Übertragung der Verwaltungsaufgaben auf direkt von den Arbeitenden gebildete Organe.“

„Das Recht der Arbeitenden einschließlich derjenigen, die nicht mit der Regierung einverstanden sind, auf Zugang

zu den materiellen Mitteln zur Ausübung der demokratischen Freiheiten (Presse-, Versammlungs-, Demonstrationenfreiheit, Streikrecht usw.) ist wesentlich, um eine solche Ausdehnung sicherzustellen.“ „Die Erfahrung hat jedoch auch bewiesen, daß dieser Mechanismus der im System der demokratisch zentralisierten Arbeitermacht die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Widersprüche des Aufbaus des Sozialismus nicht ohne zusätzliche, vom Rätestaat unabhängige Korrektivinstrumente bewältigen kann. Die Existenz unabhängiger Gewerkschaften und eines Arbeitsrechts, das das Streikrecht garantiert, sind in dieser Hinsicht ausschlaggebend, um die Verteidigung der Bedürfnisse der Arbeitenden und ihres Lebensstandards gegenüber den Beschlüssen der Arbeiterräte und insbesondere gegen jede bürokratische Willkür der Verwaltungsorgane sicherzustellen.“

Ist das, was ich hier von Ernest Mandel und der IV. Internationale zitiert habe, nicht immer noch klärender und hilfreicher als all das, was Creydt (und sicherlich nicht nur Creydt) für den fortgeschrittensten sozialwissenschaftlichen Erkenntnisstand zu diesen Problemen hält?

1 Meinhard Creydt: *Was kommt nach dem Kapitalismus?*, erschienen als Philosophische Gespräche 57 bei Helle Panke. Berlin

2 S. 41

3 S. 6

4 S. 16

5 Ich beziehe mich hauptsächlich auf den Text der Broschüre, bei Zitaten aus ihr gebe ich nur die Seitenzahl an. Wenn mir in der Broschüre etwas zu knapp dargestellt ist oder gar nicht, greife ich zurück auf Creydt's Buch: *46 Fragen zur nachkapitalistischen Zukunft. Erfahrungen. Analysen. Vorschläge*. Münster 2016

6 Z. B. das Manifest von Ligue Communiste von 1972: *Der Sozialismus, den wir wollen*. Berlin 1974, oder Michael Löwy: *Die Alternative zum Neoliberalismus*. in: Jürgen Hinzer u.a. (Hg.): *Perspektiven der Linken. Ein kämpferisches Leben im Zeitalter der Extreme*. Hamburg 2000, oder die Beiträge von Jakob Schäfer, zuletzt: *Rätedemokratie! Was sonst?* In: die internationale. Magazin der internationalen sozialistischen Organisation. 2/2019 (<https://intersoz.org/raetedemokratie-was-sonst/>) sowie die Beiträge von Paul B. Kleiser und Jakob Schäfer in den beiden nachfolgenden Heften des genannten Magazins.

7 S. 17

8 S. 42

9 S. 43

10 *46 Fragen ...*, S. 107

11 *46 Fragen ...*, S. 107/8

12 *46 Fragen ...*, S. 107/8

13 *46 Fragen ...*, S. 105

14 S. 44

15 S. 47

16 *46 Fragen ...*, S. 120/1

17 Benjamin Barber: *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg 1994

18 S. 12

19 S. 19

20 *46 Fragen ...*, S. 120/1

21 Auch die Lektüre von Barber führt nicht weiter. Zum Beleg dafür führe ich an, was Barber S. 286 ff. zur wirtschaftlichen Demokratie ausführt:

„*Demokratie in der Arbeitswelt*. In unserer grundlegenden Argumentation für starke Demokratie haben wir die Politik über die Wirtschaft gestellt und behauptet, daß nur nach einer Wiederbelebung der Bürgerschaft Hoffnung auf eine größere ökonomische Demokratie besteht. Aber es gibt bereits eine ganze Reihe von Vorschlägen für eine Demokratisierung der Arbeitswelt, die mit den Forderungen starker Demokratie übereinstimmen. Wirtschaftliche Maßnahmen der Regierung, die mit Aktivitäten im Privatsektor konkurrieren anstatt sie zu ersetzen, werden nicht mehr so stark als Einmischung empfunden werden und damit mehr Aussicht haben, ökonomische Einstellungen erfolgreich zu verändern.

Auf ganz ähnliche Weise bewirken arbeitereigene Betriebe nach dem Vorbild der Genossenschaften mehr für die Entwicklung bürgerschaftlichen Bewußtseins als die Regulierung der Industrie, wie notwendig solche Eingriffe auch immer sein mögen. Die Beteiligung von Arbeitern und Betriebsführung am Entscheidungsprozeß, Experimente nach dem Vorbild des deutschen Mitbestimmungsmodells, Gewinnbeteiligung und Aktionärsentscheidungen fördern nicht nur die ökonomische Gleichstellung, sondern auch den staatsbürgerlichen Geist.“

22 S. 44

23 S. 44. Creydt zitiert am Schluss Charles Lindblom: *Jenseits von Markt und Staat*. Ffm 1983.

24 Ein Krankenhaus erwirtschaftet finanzielle Ressourcen? Das soll nachkapitalistisch sein?

25 *46 Fragen ...*, 107

26 *46 Fragen ...*, 107

27 Wer bei Creydt's Produktionszweig A betroffen wäre, muss offen bleiben, weil Creydt seinen Produktionszweig A inhaltlich unbestimmt lässt.

28 auf Deutsch 2000: *Macht und Geld. Eine marxistische Theorie der Bürokratie*, S. 221

29 S. 44

30 S. 41. Creydt zitiert hier Diane Elson: *Markt-Sozialismus oder Sozialisierung des Markts*. In: Prokla 78, 1990.

31 auf Deutsch 1988: *Zur Verteidigung der sozialistischen Planwirtschaft. Eine Kritik der Theorie des „Marktwirtschaftlichen Sozialismus“*. In: Inprekorr. Internationale Pressekorrespondenz Nr. 200, S. 38/9

32 *46 Fragen ...*, S. 107

33 Hier bezieht Creydt sich auf Joachim Bischoff und Michael Menard: *Marktwirtschaft und Sozialismus*. Hamburg 1990.

34 *46 Fragen ...*, S. 107/8

35 Creydt: „Mir ist bei aller notwendigen Kritik am Markt nicht bekannt, welche andere Institution dies leisten können soll.“ *46 Fragen ...*, S. 107/8

- 36** auf Deutsch 1968: *Marxistische Wirtschaftstheorie*, Ffm, S. 601
- 37** Was soll so eine tief sinnig tuende Formulierung?
- 38** *46 Fragen ...*, S. 110/1
- 39** *Marxistische Wirtschaftstheorie*, S. 598. Ab S. 710 ff. erörtert er die ökonomischen Bedingungen und die konkreten Mechanismen eines solchen „Absterbens“.
- 40** Nachlesbar etwa in Mandel: *Einführung in den Marxismus*, zuerst 1979, auf Deutsch 2008 in 8. Auflage. S. 173/4
- 41** Ebd.
- 42** Ebd.
- 43** *Marxistische Wirtschaftstheorie*, S. 598
- 44** Auf Deutsch 1988: *Markt und Sozialismus. Fortsetzung der Debatte um Plan und Markt. Antwort von Ernest Mandel*. In: Inprekorr. Internationale Pressekorrespondenz, Nr. 209, S. 24
- 45** Ebd., S. 22
- 46** Ebd., S. 22
- 47** Auf Deutsch 1988: *Zur Verteidigung der sozialistischen Planwirtschaft. Eine Kritik der Theorie des „Marktwirtschaftlichen Sozialismus“*. In: Inprekorr. Internationale Pressekorrespondenz Nr. 200, S. 11
- 48** *Einführung in den Marxismus*, S. 169
- 49** Auf Deutsch 1969: *Die Warenkategorien in der Übergangsperiode*. In: Bettelheim, Castro, Guevara, Mandel, Mora: *Wertgesetz, Planung und Bewusstsein. Die Planungsdebatte in Cuba*. Ffm, S. 121
- 50** *46 Fragen ...*, S. 111
- 51** S. 12. Creydt zitiert hier Benjamin Barber. Mehr als das, was ich hier und weiter vorn zur öffentlichen Willensbildung und Entscheidung zitiert habe, findet sich auch in Creyds beiden Büchern *46 Fragen...* und: *Wie der Kapitalismus unnötig werden kann*. Münster, 2014 – und auch bei Benjamin Barber – nicht.
- 52** isp-Verlag Ffm 1985, S. 10, 7, 12, 14/5

Neu bei ISP



Ernest Mandel
**Karl Marx –
Die Aktualität seines Werkes**

191 S., kartoniert, 17.80 €
2018, ISBN 978-3-89900-152-5

Lieferbar seit 25. Mai 2018

Neuer ISP Verlag GmbH
Belfortstr. 7, D-76133 Karlsruhe
Tel.: (0721) 3 11 83
neuer.isp.verlag@t-online.de
www.neuerispverlag.de

ZUM AUFBAU REVOLUTIONÄRER ORGANISATIONEN HEUTE

Zum Aufbau revolutionärer Organisationen heute. Eine persönliche
Wortmeldung.

■ **Manuel Kellner**

Vorbemerkung: Das ist kein akademischer Beitrag. Es gibt also keine Nachweise. Es geht auch nicht um Rechthaberei. Wir so wenig wie Karl Marx wollen hören oder sagen: „Hier ist die Wahrheit, hier knie nieder!“ Ich bin darauf angewiesen, mit freundlicher Aufgeschlossenheit gelesen zu werden. Anders gesagt: Ich würde mich freuen, wenn nicht die allfälligen Patzer herausgeklaut, sondern die Anregungen aufgegriffen werden. Das hier ist auch nicht „intern“. Wir brauchen die öffentliche kritische Debatte wie die Luft zum Atmen.

1. Selbstmissverständnisse

Es gibt Organisationen mit revolutionärem Anspruch von einigen hundert oder auch tausend Mitgliedern, die sich für die oder zumindest für eine revolutionäre Partei halten. Es gibt solche organisierten Zusammenhänge, die sich für den Kern der angestrebten künftigen revolutionären Partei halten. Andere verstehen sich hingegen „nur“ als einen der Kerne, aus denen in Zukunft die ersehnte revolutionäre Partei entstehen soll.

Alle diese Gruppen irren sich – wenn in dieser Reihe auch in abnehmendem Maße – in Hinblick auf das, was sie sind. Das hat negative Konsequenzen für ihre Praxis und ihr Organisationsleben. Ihre erste Aufgabe ist demnach,

ihr Selbstverständnis besser an das anzupassen, was sie in Wahrheit sind.

2. Rollen und Kostüme

Karl Marx hat im *Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte* sehr unterhaltsam die Neigung von Revolutionär*innen beschrieben, in Rollen und Kostüme der Vergangenheit zu schlüpfen. „Le mort saisit le vif“ – die Vergangenheit lastet wie ein Alp auf den Köpfen der Lebenden.

Menschen, die sich auf dieselbe oder auf eine sehr ähnliche Ideentradition beziehen wie wir, fühlen sich oftmals nicht einfach als Hans oder Franz. Mal sind sie ein Trotzki aus der Tube, ein Lenin aus der Westentasche oder ein Liebknecht im Reichstag. Bezeichnenderweise sind die Hannas und Franziskas sehr viel seltener Marxinen, Zetkins oder Luxemburgs.

Das Modell sind die russischen Bolschewiki bzw. die Kommunistische Internationale der ersten vier Weltkongresse. Immerhin haben die Bolschewiki eine Revolution geschafft und die Räte – zumindest vorübergehend – an die Macht geführt. Immerhin hat die Kommunistische Internationale der ersten vier Weltkongresse mit ehrlichem Eifer versucht, die sozialistische Weltrevolution voranzutreiben.

Gerade deshalb bemühen sich einige auch heute noch, ihnen nachzueifern und so zu sein wie sie. Aber hat sich seit dieser Zeit nicht sehr viel geändert? Sicher, aber das hat die eigene Gruppe ja immer wieder korrekt analysiert – im Gegensatz zu den anderen Gruppen. Das ist ja eben die „raison d’être“, die Daseinsberechtigung, das Überlegenheitszertifikat, das Schibboleth jeder Sekte im Sinne von Karl Marx.

Die Interpretation der Überlieferung als einer Enzyklopädie von zutreffenden Behauptungen tut ihr Übriges (die Lenins usw. hatten recht, weil die Oktoberrevolution ja geklappt hat) und ersetzt genau jene Art selbständigen kritischen Denkens, das die Lenins, Trotzki und Vergleichbare zu Lebzeiten an den Tag gelegt hatten. Von Karl Marx zu schweigen, der nie zufrieden war mit dem, was er vor einem Jahr, einem Monat, einer Woche bzw. gestern zu Papier gebracht hatte. Die erste Aufgabe der heutigen Lenins und Trotzki ist demnach, die eigene Ideentradition nochmal kritisch zu überdenken.

3. Konsequenzen für das Organisationsleben

Die angesprochenen Bezüge auf die Vergangenheit haben Folgen für die Art und Weise, wie solche Organisationen Politik machen und ihr Organisationsleben gestalten.

Da die Bolschewiki gegen die Menschewiki, Otsowisten und Liquidatoren Recht hatten, haben sie immer wieder munter gespalten, und eben das muss man tun, um letztlich eine siegreiche Revolution anzuführen. Da Trotzki und andere illustre Vordenker und Vorkämpfer die reformistischen und zentristischen Weicheier und Warmduscher gnadenlos brandmarkten, tun Samuel Sekterich und Kunibert Kleingruppenhüuptling dergleichen heute auch.

Da der Feind stark ist und die im Irrtum befindlichen Strömungen beklagenswert viel Einfluss haben, ist der Zweifel unangebracht. Der richtige Revolutionär weiß, wo’s langgeht, und die richtige Revolutionären genauso. Er/sie ist von des Zweifels Blässe nicht angekränkt. Seinen redegewandten Führer*innen hält er/sie in jedem Fall die Treue und weiß darum sehr gut, wie er/sie abzustimmen hat, wenn es mal kontrovers werden sollte. Marx und andere komplizierte Sachen müssen sie nicht lesen, kennen sie doch die zutreffenden Kurzfassungen, die ihre Gruppe formuliert hat und schult. Von anderen Gruppen halten sie nichts, denn die irren sich ja. Man kann das notfalls sogar begründen: Es ist dieserhalber und dessentwegen.

Gibt es Differenzen, müssen die vor allen Dingen intern bleiben, denn der Feind hört mit. Fehlt Geld (und davon hat man immer zu wenig, das liegt in seiner Natur), gehört der Organisation jeder Groschen. Notfalls macht man dafür

Blutspenden. Für die Gefallenen des „Freiheitskriegs der Menschheit“ (Heinrich Heine) war das Leben schließlich auch kein Ponyhof. Man muss das organisationseigene Presseergebnis verkaufen, sich an Ständen die Füße platt stehen, den Leuten auch ungefragt einen vom Pferd erzählen und seine freie Zeit mit Sitzungen und Schulungen verbringen, egal was der Arzt dazu meint.

Intern geht alles demokratisch zu. Bloß, wenn die Sache aus dem Ruder läuft, ist der eigene Laden in Gefahr. Man darf die Kontrolle nicht verlieren. Notfalls schmeißt man welche raus oder spaltet. Hauptsache, die eigene Selbstproduktion geht nicht hops und die eigenen Hauptamtlichen bleiben im Brot. Auch aus humanitären Gründen: sie haben ja sonst nichts groß gelernt.

Wer eine solche Gruppe führt, der oder die muss den Zusammenhang von Kohärenz und Kohäsion verstehen. Solange dein Fußvolk dir aufs Wort glaubt, dass du alles erklären und insgesamt richtig beantworten kannst – wohl-gemerkt im Gegensatz zu allen anderen –, wird es dir auch die Stange halten.

4. Der sogenannte demokratische Zentralismus

Ah ja, das ist doch was von Lenin! Pustekuchen. Das ist von Kautsky. Auch die Idee, das voll entwickelte Klassenbewusstsein müsse, da wissenschaftlich fundiert, „von außen“ in die Arbeiterklasse hineingetragen werden, ist nicht Lenin zuerst gekommen (siehe die Prinzipienklärung vom Hainfelder Gründungsparteitag der österreichischen Sozialdemokratie 1888/89). Lenin hatte beides von den deutschen und österreichischen Vordenkern aufgeschnappt und nach der Erfahrung der russischen Revolution von 1905 zumindest die Idee der Missionierung der Arbeiterklasse von außen revidiert, aber Schwamm drüber.

Der „demokratische Zentralismus“, wie Lenin ihn nach dem Vorbild der klassischen sozialdemokratischen Massenparteien verstanden hatte, funktioniert in der angestrebten Form nur dann, wenn demokratische Rechte und Freiheiten ein lebhaftes Organisationsleben erlauben: Die Mitglieder können sich treffen und diskutieren, um Kongresse bzw. Konferenzen vorzubereiten, sie wählen Delegierte, sie wählen leitende Körperschaften, die ihnen rechen-schaftspflichtig und selbstverständlich abwählbar sind. Die Beschlüsse der Kongresse sind verbindlich (und zwischen zwei Kongressen die Beschlüsse des Vorstands). Beschlossene Linien und praktische Vorhaben werden aufgrund der gemeinsamen Erfahrung mit ihrer Umsetzung neu zur Diskussion gestellt, wobei bisherige Mehrheiten zu Minderheiten werden oder auf andere Weise neue Mehrheiten

entstehen können. Meinungsströmungen gelten in einer revolutionären Partei als normal, solange die Möglichkeit des gemeinsamen Handelns davon nicht untergraben wird. Das alles ist nicht besonders kompliziert und alles andere als eine irgendwie ausgeklügelte „Theorie“.

Doch wird dieser „Demozent“ und „Leninismus“ leider oft so interpretiert, als müssten alle Mitglieder irgendeiner Propagandagesellschaft in ihren öffentlichen Äußerungen immer einer Meinung sein. Darum wirkt der „echte Revolutionär“ im Gegensatz zu uns wirklichen Revolutionären und Revolutionärinnen auf normale Menschen wie ein Zombie: Er sagt egal was, unabhängig von seiner eigenen Meinung, Hauptsache, es entspricht der grade beschlossenen Wahrheit seiner Gruppe.

Die Disziplin solcher Organisationen gehört zu ihrer Kultur des „als ob“. Deren reale historische Grundlage ist der elementare Klassenkampf. Wenn zum Beispiel ein Streikbrecher kommt, dann kriegt er einen Knüppel auf den Kopf. Das ist lautere Wahrheit, angewandter Humanismus und Klassenkampf von unten geht nun mal nicht anders. Wenn du aber deiner Gruppe keinen Beitrag zahlst, dann ist das Streikbruch. Als ob du im Betrieb arbeiten gehst, wenn deine Kolleginnen und Kollegen beschlossen haben, den Boss eben dadurch in die Knie zu zwingen, dass sie gemeinsam aufhören zu arbeiten.

Diese Art des „als ob“ zieht sich über viele Stufen durch. Zwar hatten die Bolschewiki grade dann, wenn alles Spitz auf Knopf stand, auch schärfste Meinungsverschiedenheiten öffentlich ausgetragen, aber Schwamm auch darüber: Es ist überliefert, dass sie damit nie sonderlich glücklich waren. Das ist verständlich. Bloß – heute werden Mitglieder scheinrevolutionärer Gruppen in das Hemd von Verrätern gesteckt, wenn sie sich mal anders äußern, als ihre Führer das in ihrer Gruppe höchst demokratisch mehrheitlich haben beschließen lassen.

Bloß, wie kommt man dazu zu glauben, dass innerparteiliche Demokratie im Sinne der „leninistischen“ oder „trotzkistischen“ Überlieferung nur als „intern“ galt? Was ist das mit der lohnabhängig arbeitenden Klasse oder der Mehrheit der Ausgebeuteten überhaupt, mit denen man doch kommunizieren, die man politisch überzeugen wollte? Sie haben sowieso schon wenig Rechte genug, wieso soll ihnen auch noch das Recht genommen werden, selber darüber zu urteilen, was die Leute so meinen, die ihnen ihre Selbstbefreiung von Ausbeutung und Unterdrückung in Aussicht stellen?

Rational ist der Grundsatz des gemeinsamen Handelns gegen den Klassenfeind. Der Rest ist ein unverdaulicher Käsekuchen.

Unter den Bedingungen der Illegalität bzw. der eingeschränkten Legalität überwiegt naturgemäß der Zentralismus. Unter den bismarckschen Sozialistengesetzen war die Reichstagsfraktion fast die einzige legale Körperschaft der Partei. Entsprechend überwiegenden Einfluss in der Partei hatte sie. Daneben gab es die Apparate im Exil und im Untergrund. Sowa ist nie wirklich demokratisch kontrollierbar. Analog und desto mehr gilt das für die Sozialdemokratie im zaristischen Russland.

Doch wenn heute der Demozent der Bolschewiki kleinen Gruppen als Vorbild dient, wird meist nicht bedacht, dass die Bolschewiki bis 1912 keine Partei, sondern eine Fraktion innerhalb der russischen Sozialdemokratie (SDAPR) waren. Und die Disziplin einer Fraktion ist immer viel strikter als die Disziplin einer Partei: Die Fraktion ist eine Gesinnungsgemeinschaft von Parteimitgliedern, die eine Reihe von Ansichten zur Ausrichtung der Partei gemeinsam haben. Ihre Disziplin ist naturgemäß strikter als die einer Partei. So schloss die bolschewistische Fraktion Mitglieder aus ihren Reihen aus, die in der Partei nicht mehr die Positionen der Fraktion vertraten (und betonten zugleich, dass die Parteiverantwortlichkeiten der betreffenden Personen davon nicht berührt waren). Könnte es sein, dass heutige sich auf den Demozent berufende Gruppen unbewusst eigentlich „Fraktionen“ sind (wenn auch nicht innerhalb einer Partei oder nur in einer virtuellen, die es noch nicht gibt)?

Mit dem Verbot der Fraktionen 1921, dazu noch in der einzig legal gebliebenen Partei in den Räten, war die autoritäre Herrschaft der Stalin-Bürokratie – das ist im Rückblick sonnenklar – ziemlich weitgehend vorweggenommen. Ich fürchte, die Betonung des Zentralismus in heutigen sich auf den Demozent berufender Gruppen (formal soweit noch alles demokratisch, aber die Mitglieder müssen strammstehen), speist sich auch aus dieser Quelle. Denn sogar Vordenker wie Trotzki (die vorher wie nachher ganz anderes vertraten) theoretisierten 1921 die aus der Not geborenen Maßnahmen und setzten zum Beispiel die „Diktatur des Proletariats“ mit der Diktatur seiner Vorhutpartei und ihrer Führung gleich.

5. Der Umgang mit der Überlieferung

Ich habe eine Schwäche für Geschichte, denn die hat den großen Vorzug, dass wir wissen, wie es letztlich ausgegangen ist. Man darf sich davon aber nicht täuschen lassen. Je intensiver man sich – sagen wir als Beispiel – mit der deutschen Revolution 1918 bis 1923 beschäftigt, desto klarer wird, dass die Protagonist*innen verschiedener Positionen,

Linien, Vorschläge und Meinungen in der sozialistischen Arbeiterbewegung nicht einfach „recht“ oder „unrecht“ hatten. Es war für die Zeitgenoss*innen genauso schwierig wie für uns heute, darüber zu urteilen, was richtig und was falsch war bzw. was eher richtig und was eher falsch war.

In den revolutionären Organisationen mit sektiererischen Zügen wird das anders gesehen. Sie kennen gleichsam kanonisierte Texte, die ihnen den Schlüssel für die Einschätzung der vergangenen Erfahrungen ebenso liefern wie die Blaupause für das, was heute zu vertreten und zu machen ist. Diese Überlieferung einschließlich der Schriften der wichtigsten Vordenker*innen und Vorkämpfer*innen erscheinen bei ihnen als die ganze Wahrheit im Bücherschrank.

Wenn die Crispian und Dittmann 1920 ähnlich wie die russischen Menschewiki argumentierten – z. B. eine Parteidiktatur nach russischem Vorbild und eine von den an der Spitze der russischen Bolschewiki stehenden Lenins, Trozki, Sinowjews, Radeks usw. geführte Internationale fürchteten – sind ihre Bedenken und Argumentationsmuster für heutige doktrinaire vorgebliche „Trotzkisten“ damit abgetan, für wirkliche heutige Revolutionär*innen aber nicht. Man weiß doch, wie die Sache – leider – ausgegangen ist.

Natürlich empfinden wir gleichwohl die Argumente und Positionen der damaligen Revolutionäre und Revolutionärinnen – der KPD(S), danach der VKPD, des EKKI der KI usw. – für in der Tendenz als die besseren. Aber meine Güte, was gab es doch auch in diesen Kreisen für Irrungen, Wirrungen und ebenso heftige wie nickelige Differenzen!

Paul Levi – von dem Lenin sagte, er habe zwar den Kopf verloren, aber wenigstens einen zu verlieren gehabt – ist wenig später zur Sozialdemokratie übergelaufen. Tragischerweise, denn wenn das Denken von überhaupt jemandem dieser Zeit auch heute noch danach schreit, gewissenhaft zur Kenntnis genommen, studiert und in Hinblick auf Probleme, die sich Linken heute stellen, ausgewertet zu werden, dann seines. Wo sind unsere heutigen Schriften und Materialien für die Bildungsarbeit zu diesem Thema? Bei den ins Doktrinaire und Sektenhafte abgleitenden Gruppen gibt es sowas sowieso nicht. Denn die glorreiche KPD samt KI hatte Levi ja rausgeworfen, nachdem er 1921 die VKPD wegen der gescheiterten „Märzaktion“ in einer Broschüre öffentlich (und zu Recht) kritisiert hatte (deren Führung hatte sich zuvor standhaft geweigert, ihn überhaupt anzuhören). Nicht einmal bei uns gibt es Bildungsarbeit, die sich mit dem geistigen Erbe von Levi befasst. Dem sollte endlich mal abgeholfen werden.

Die Aneignung der revolutionär-marxistischen Ideengeschichte ist sehr wichtig. Sie ist aber nur produktiv, wenn

sie mit kritischer Neugierde erfolgt. Als Gegenmodell dazu dient mir die Schrift von Sinowjew zur Geschichte der Bolschewiki von 1923 (ursprünglich Vorlesungen zum Thema), wo wir den unsäglichen Stalinschen *Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)* von 1938 – im Ei – vorweggenommen sehen. Lenin hatte gegen seine Widersacher und Rivalen Recht, setzte sich gegen sie alle durch, und darum ist er Moses und die Propheten. Die anderen waren im Irrtum und haben deshalb gottlob verloren.

Nach ähnlichem Muster sind die Schriften der vorgeblich „trotzkistischen“ – was immer das heißen mag – doktrinen Gruppen über die eigene Geschichte im Verhältnis zu derjenigen rivalisierender Gruppen gestrickt. Die Lichtgestalten der eigenen Gruppe hatten gegen die notorisch irrenden Protagonisten der anderen Gruppen immer Recht, und deshalb taugen diese anderen Gruppen nichts, aber die eigene ist die richtige. Als ein 100%iger Genosse der SAV (er ist übrigens schon lange nicht mehr SAV-Mitglied) vor vielen Jahren meine *Einführung in den Trotzkismus* gelesen hatte, sagte er mir, er hätte meine Behauptung besonders unsinnig gefunden, dass illustre Vordenker seiner und meiner internationalen Strömung in gewissen Fällen beide Unrecht gehabt hätten. Das überstieg seinen Horizont. Einer muss Recht haben, der andere Unrecht, *tertium non datur*, ein Drittes gibt es nicht.

Das erinnerte mich an ein Mitglied der ehemaligen ex-maoistischen KPD (ex-ML), mit dem ich mich privat ein wenig herumzankte, weil er die Vereinigung mit unserer GIM zur VSP nicht mitmachen wollte. Er entkorkte mir folgenden philosophisch bemerkenswerten Lehrsatz: „Wenn es doch einen Weltimperialismus und ein Weltproletariat gibt, dann muss es auch einen Marxismus-Leninismus geben, der die richtige Linie für die sozialistische Weltrevolution vorgibt.“ Ah ja!

Ähnlich argumentiert ein psychotischer säbelschwinger Chinese bei Tim und Struppi: „Lao-tse hat es doch gesagt. Man muss den Weg finden. Ich habe ihn gefunden. Sie müssen ihn deshalb nun auch finden. Darum muss ich Ihnen den Kopf abschlagen. Infolgedessen werden Sie den Weg gefunden haben.“ Dem Dialogpartner gelingt gottlob die Flucht. Man beachte übrigens die Rolle der logischen Verbindungswörter in solchen paranoiden Lehrformeln.

6. Die Art und Weise der Mitgliedergewinnung

In der Präambel unserer Statuten steht sinngemäß – und darauf bin ich sehr stolz –, dass der nächste Zweck unserer Organisation nebst der Vorbereitung der sozialistischen Revolution darin besteht, unseren Mitgliedern dabei zu

helfen, selbständig denkende Revolutionär*innen zu werden und ihre Fähigkeit zu wirksamer politischer Arbeit zu befördern.

Wir haben oft zu viele Skrupel, neue Mitglieder zu gewinnen. Wir wollen kein Fußvolk, das unsere Äußerungen nachplappert und bejubelt, sondern wir wollen Mitglieder, die uns von Anfang an helfen, die Dinge besser zu verstehen und unsere Positionen zumindest halbwegs vernünftig weiterzuentwickeln. Natürlich ist das eine hohe Anforderung.

Anders die Gruppen, die sich doktrinär auf eine mit der unseren vergleichbare theoretische und programmatische Ideentradition beziehen. Sie erziehen neue Rekrut*innen so, dass sie den Führer*innen zustimmen. Sie haben „interne“ Diskussionen und öffentliche Diskussionsveranstaltungen, bei denen es das höchste Bestreben gerade der neuen und neueren Mitglieder ist, mit ihren Diskussionsbeiträgen ein billiges Kopfnicken der Häuptlinge auszulösen. Die Inhalte hingegen interessieren sie nicht die Bohne – Gott bewahre, das wäre ja „kleinbürgerlicher Mandelismus“, und der führt bekanntlich, wie Ted Grant zu sagen pflegte, „nirgendwo hin“.

Diese Gruppen pflegen mit ihrer Schulungsarbeit ein hagiographisches Geschichtsbild. Es fehlt nur, dass sie das ewige Leben versprechen. Sie erziehen ihre Mitglieder zu Konformist*innen. Mit ihren Häuptlingen können wir uns, wenn sie sich mal darauf einlassen, austauschen wie mit normalen Menschen. Mit ihren gehirngewaschenen Unteroffizieren und Jüngern und Jüngerinnen zu reden, ist hingegen alles andere als vergnügungssteuerpflichtig. Die sprechen nicht, die plappern autistisch irgendwas Aufgeschnaptes nach.

7. Revolutionäre Partei und Internationale

Eine revolutionäre Partei im vollen Wortsinn ist nicht eine Gruppe von Erleuchteten, die in Zungen reden, weil der Heilige Geist über sie gekommen ist. Die Kommunistische Partei Chinas zum Beispiel ist der Legende nach von sieben Männern gegründet worden, die aus irgendwelchen Gründen den richtigen Marxismus-Leninismus draufhatten. Deshalb führte diese Partei später eine erfolgreiche Revolution an. Eben diese Art von idealistischen Vorstellungen ist in der Welt der Sekten weit verbreitet.

In Wirklichkeit ist eine revolutionäre Partei im vollen Wortsinn die politische Selbstorganisation eines erklecklichen Teils der real existierenden Vorhut eines gegebenen Landes. Eben weil sie das ist, hat sie die Möglichkeit, die Verhältnisse ihres Landes weitgehend zutreffend zu analy-

sieren und selbständig politische Initiativen zu ergreifen, die zu einer Zuspitzung des Klassenkampfes führen und an die Frage der Eroberung der politischen Macht durch die abhängig Beschäftigten zusammen mit der Mehrheit aller Ausgebeuteten und Unterdrückten heranzuführen können.

Diese breite Vorhut hat nichts Ominöses. Sie besteht aus allen, die auch beim Rückfluten von Massenbewegungen aktiv bleiben, die vergangenen und neuen Erfahrungen verarbeiten und auch im Wellental kontinuierlich zur Vorbereitung neuer Massenbewegungen und Aufschwüngen der Selbstorganisation von unten beitragen.

Analog gilt das für eine revolutionäre Internationale. Schon Karl Marx war dafür, revolutionäre Klassenorganisationen zugleich im nationalen Rahmen wie international aufzubauen, egal wie groß oder klein diese zu gegebenen Zeiten sein konnten. Natürlich hielt er nichts davon, internationale Organisationen jenseits von Raum und Zeit außerhalb der real existierenden internationalen Klassenbewegung aufzubauen. Eine revolutionäre Internationale im vollen Wortsinn ist eine Internationale der Tat, die internationale Kämpfe, internationale solidarische Klassenaktionen fördert, koordiniert und politisch im Sinne der angestrebten sozialistischen Weltrevolution orientiert.

Ist es denn nötig zu betonen, dass es bislang weder eine wirkliche revolutionäre Partei in Deutschland noch eine wirkliche revolutionäre Internationale weltweit gibt?

Das Erbe der jungen Kommunistischen Internationale, auf das wir uns zu Recht beziehen, ist ein außerordentlich schwieriges. Nach dem Zusammenbruch der „II.“ Sozialistischen (sozialdemokratischen) Internationalen wollten die Gründer*innen der Kommunistischen „III.“ Internationale die Fehler der Vergangenheit nicht gerne wiederholen. Statt einer „Briefkasten“-Internationale, deren Führungen miteinander diplomatische Beziehungen unterhalten, analog zu den diplomatischen Beziehungen unter bürgerlichen Staaten, wollten sie eine Weltpartei, eine internationale Kampforganisation, einen Generalstab der sozialistischen Weltrevolution.

Dieser Generalstab mischte sich systematisch in die Positionsentwicklung und Politik ihrer nationalen „Sektionen“ ein. Wer eine ehrliche Bilanz seiner entsprechenden Politik von 1919 bis 1923 zieht, etwa in Deutschland, sieht alles andere als eine ungebrochene Erfolgsgeschichte und dafür manche Vorboten der späteren Entwicklung, als die Kommunistische Internationale unter Stalin zum Instrument der sowjetischen Außenpolitik, zerstört und schließlich auch formell aufgelöst wurde.

Nur Hohlköpfe können glauben, das Erfolgsrezept sei heute, die junge Kommunistische Internationale nachzu-
öffnen.

Die Bilanz des Scheiterns der I., der II. und der III. Internationale sowie der bisherigen Versuche, eine handlungsfähige revolutionäre Internationale des 21. Jahrhunderts aufzubauen, zwingt uns – *horribile dictu* – dazu, den eigenen Kopf zu gebrauchen und herauszufinden, wie man es heute vielleicht richtiger machen könnte.

8. Linke Neuformierung

Spätestens seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989–1991 spielt sich vor unseren Augen ein originärer Prozess der linken Neuformierung ab. Ihr wirkungsmächtigster Vorbote war die Gründung der brasilianischen Arbeiterpartei (PT) 1979/1980 auf den Schwingen der beeindruckenden Massenbewegung, die zum Sturz der Militärdiktatur geführt hatte.

Seitdem ist das Bewusstsein vom historischen Scheitern von Sozialdemokratie, Stalinismus und „linkem“ Sektierertum normaler Bestandteil des entwickelten politischen Klassenbewusstseins. Charakteristisch für die PT war unter anderem, dass sie eine Vielfalt linker Strömungen zum gemeinsamen politischen Handeln und zur gemeinsamen Meinungs- und Positionsentwicklung zusammenführte.

Bekanntlich ist auch die PT gescheitert. Seitdem erleben wir immer wieder neue Anläufe der linken Neuformierung, sehen ihr Scheitern, sehen neue Versuche, die ebenfalls scheitern, usw. Das Demoralisierungspotenzial dieses immer wiederkehrenden – und, fast hätte ich gesagt, immer rascher passierenden – Scheiterns ist enorm. Wir alle leiden darunter. Es ist ebenso schwierig wie bitter notwendig, die Gründe für dieses wiederholte Scheitern zu analysieren. Das scheint mir sogar die wichtigste Aufgabe linker Reflexion heute zu sein. Allzu wenige machen sich darüber Gedanken, die diesen Namen verdienen. Und wir finden bei Marx, Engels, Luxemburg, Lenin, Trotzki und wie sie alle heißen, in dieser Hinsicht zwar einige Anregungen, aber keine Antworten. Da wir der historisch-materialistischen Dialektik frönen, würde uns das auch sehr wundern: Kein/e noch so illustre/r Verstorbene/r und kein von Gott inspirierter Prophet kann uns die Arbeit abnehmen, selber zu analysieren, was sich vor unseren Augen abspielt.

Leider glauben manche Leute, die sich auf einen sogenannten „Trotzkismus“ berufen, Trotzki habe die Rezepte ausgebrütet, die uns die Antwort auf die heutigen Probleme frei Haus liefern.

Hierfür ein Beispiel. Mit Bezug auf die Arbeit in der Partei Die Linke in Deutschland sprechen solche Leute

immer noch von „Entrismus“. Sie liefern damit den anti-trotzkistischen Spöttern eine Steilvorlage für ihre billigen Scherze und diskreditieren unsere Strömung aufs Dämlichste.

Was war der historische „Entrismus“ in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts? In eine größere zum Beispiel sozialdemokratische Partei als offen agierende Fraktion hineinzugehen, in Tuchfühlung mit sich radikalisierenden und politisierenden Elementen zu kommen und nach vergleichsweise kurzer Zeit möglichst gestärkt wieder herauszugehen. War das damals richtig? Da bin ich eher skeptisch. Eins weiß ich aber sicher: So etwas heute zum Beispiel in Deutschland zu machen, wäre der sicherste Weg, in breiteren linken Kreisen in kürzester Frist ein Maximum an Unbeliebtheit zu erringen.

Oder sprechen wir vom „tiefen“ Entrismus oder *Entrismus sui generis* (eigener Art) der 50er und 60er Jahre? Das war die konspirative oder halb konspirative Arbeit in der feindseligen Umgebung sozialdemokratischer oder „stalinistischer“ Parteien, um in Zusammenarbeit und Dialog mit sich radikalisierenden und politisierenden mehr oder weniger klassenbewussten Arbeiterinnen und Arbeitern zu kommen.

Die Konspiration war nötig, weil die Führungen dieser Parteien offen auftretende „trotzkistische“ organisierte Strömungen keine 48 Stunden in ihren Reihen geduldet hätten. Die Konspiration war zugleich höchst problematisch, weil sie um diese Gruppen ein Klima des Misstrauens, der verborgenen Motive usw. schuf.

Je tiefer und langandauernder dieser „Entrismus“ war (eher in sozialdemokratischen als in „stalinistischen“ Parteien sicherlich), desto mehr hatte er immer wieder die Anpassung der eigenen Mitglieder an das jeweilige sozialdemokratische Milieu zur Folge. In Frankreich zum Beispiel finden sich recht viele in jungen Jahren zu „Trotzkisten“ oder „Trotzkistinnen“ ausgebildete Menschen in teils recht hohen politischen oder gewerkschaftlichen Ämtern. Das hängt damit zusammen, dass der Schwanz recht selten mit dem Hund wackelt, während das Gegenteil recht häufig erfolgt.

Aber was bitte sollte Revolutionär*innen heute in der Partei Die Linke zur Konspiration veranlassen? Es gibt dafür keinen realen Grund. Die Partei Die Linke, und natürlich ganz besonders ihre antikapitalistisch und mehr oder weniger revolutionär gesonnenen Strömungen, sind keine „feindliche Umgebung“, sondern einfach Teil der zeitgenössischen Neuformierung der Linken, wenn auch unter starkem Anpassungsdruck. Wer dazu beitragen

möchte, diesem Anpassungsdruck zu widerstehen, tut gut daran, die Partei und diese Strömungen mit aufzubauen und zugleich in deren Mitgliedschaft kritische Reflexion zur genannten Problematik anzuregen und zu befördern. Alles andere ist untauglicher Kinderkram.

Die Ära der linken Neuformierung hat nebenbei auch zur Folge, dass der Gründungsanspruch der Bolschewiki-Leninisten (so nannten die „Trotzkisten“ sich selbst) und der IV. Internationale endgültig passé ist, nämlich den offiziellen Kommunismus („Stalinismus“, „Post-Stalinismus“) als die authentisch revolutionär-marxistische Führung abzulösen. Kein Wunder, dass diejenigen, die das bis heute nicht begriffen haben, orientierungslos in der Gegenwart herumtappen wie neugeborene blinde Kätzchen.

9. Was sie bestenfalls sind

Wenn wir uns nun diesen Flohzirkus vorgeblich „trotzkistischer“ und vergleichbarer Gruppen anschauen und diesen Gruppen ihre charakteristischen Selbstmissverständnisse vorhalten – was sind sie denn in Wahrheit?

Sie sind nichts anderes als vorläufig existierende kleine Fragmente der laufenden linken Neuformierung. Was können sie bestenfalls werden?

Sie können bestenfalls organisierte Strömungen werden, die einen bescheidenen konstruktiven Beitrag zum Aufbau einer zukünftigen revolutionären Partei und Internationale leisten.

Nicht mehr – aber selbstverständlich durchaus sehr viel weniger. Zum Beispiel missionierende Eiferer mehrerer Geschlechts, die normale Menschen nerven und noch ein paar Dutzend oder Hundert junge, sich neu politisierende Menschen verderben, die nach ein paar Jahren in ihren Reihen auf ewig für die Sache der sozialistischen Revolution verbrannt sind.

10. Stärken und Schwächen der IV. Internationale heute

Unsere Vierte Internationale heute schafft es, Genossen und Genossen vieler Länder und aller Weltregionen zur gemeinsamen Reflexion, Positionsbildung und Bildungsarbeit auf hohem Niveau zusammenzuführen. Sie produziert auch eine ansprechende internationale Presse. Sie organisiert in Europa Jahr für Jahr ein prima Jugendcamp.

Sie hat keine „Muttersektion“, nach deren Pfeife alle anderen zu spüren haben. Sie verbrennt keine jungen Leute, verbreitet nicht die Fiktion, ihre führenden Mitglieder hätten die marxistische Wahrheit mit Löffeln gefressen, und diese rennen auch nicht in der Weltgeschichte herum,

um den Leuten zu erklären, was sie in ihren respektiven Ländern zu tun und zu lassen haben. Wir haben keine Obermacker, deren Worte und Schriften uns Moses und die Propheten sind. Gerade unsere neueren asiatischen Mitglieder, die vorher in maoistischen Organisationen oder in der CWI waren, empfinden das als sehr wohlthuend.

Die Vierte Internationale ist gleichwohl schwach. Sie hat zurzeit kein funktionierendes internationales Büro. In Sachen der internationalen Koordinierung von Aktiven der verschiedenen Bereiche ist ihre Arbeit nahe am Nullpunkt. Dasselbe gilt annähernd für internationale politische Initiativen.

Es gibt keinen Grund, diese Schwächen zu verbergen. Wir sprechen es offen aus: Wir brauchen die Hilfe sich neu politisierender Generationen, um besser zu funktionieren und eine positive Rolle beim weltweiten Zusammenrücken verschiedener revolutionärer Strömungen und zur Organisation der nächsten Schritte in Hinblick auf den Aufbau einer neuen revolutionären Internationale zu spielen.

11. Zur Assoziierung revolutionärer organisierter Strömungen

Wir haben drei Jahre dafür gebraucht, isl und RSB zu einer vereinigten Sektion der Vierten Internationale in Deutschland zusammenzuführen.

Dabei handelte es sich um kleine Organisationen, deren führende – ältere – Mitglieder haargenau dieselben theoretischen und programmatischen Grundüberzeugungen und seit Ende der 60er Jahre oder Anfang der 70er Jahre haargenau dieselbe politische Sozialisation haben. Trotzdem dauerte es Jahre, eine gemeinsame programmatische Erklärung, einen gemeinsamen Text zum Selbstverständnis, ein Statut und noch allerlei mehr zu produzieren.

Eine Lachnummer? Nur wer mit dem Fernglas drauf schaut, kann so denken. Wer die Lupe zur Hilfe nimmt, sieht was Anderes. Die verschiedenen Teilgruppen hatten sich seit 1994 auseinandergelebt, vor allem ein recht verschiedenes Organisationsleben und eine recht verschieden konzipierte politische Arbeit entwickelt, mit jeweils unterschiedlichen Stärken und Schwächen. Es bedurfte also erheblicher geduldiger Anstrengungen, bis der Drops gelutscht war.

Das soll aber kein Vorbild für die nächsten Schritte der Zusammenführung revolutionärer Kräfte in Deutschland sein und würde auch nicht zu unserer verbliebenen mittleren Lebenserwartung passen.

Lenin meinte, man müsse auch träumen können, und zumindest in dieser Hinsicht bin ich ein orthodoxer Leninist. Heute beginnen vielleicht verschiedene kleine Strömungen der revolutionär gesonnenen Linken sich der ISO peu à peu anzunähern, enttäuscht von den sektiererischen Zügen und von der abtunenden Organisationskultur ihrer bisherigen Organisationen.

Vielleicht sind Formen der Assoziierung solcher organisierten Zusammenhänge möglich, die die Besonderheiten der verschiedenen Gruppen respektieren, allen die Möglichkeit eigener Publikationen und internationaler Beziehungskisten lassen und die gemeinsame Reflexion zur Weiterentwicklung unseres theoretischen und programmatischen Erbes mit den ersten Schritten der praktischen Zusammenarbeit unter einem gemeinsamen Dach verbinden.

Ich bin ziemlich „identitär“ Mitglied der Vierten Internationale, aber in einer nichtidentitären Weise – ich überschätze sie nicht. Vielleicht wird mir in unseren Reihen vorgehalten: Wer soll sich denn auf uns einlassen und wieso? Wir haben doch nichts zu bieten? Das eben sehe ich anders.

Die aus den genannten anderen Strömungen neigen in der Regel dazu, uns falsch einzuschätzen. Weil wir nicht in doktrinärer Selbstgewissheit auftreten und zum Beispiel „Reformismus“ für uns kein selbsterklärendes Schimpfwort zum Zwecke der politischen Denunziation ist, weil wir uns dem äußeren Anschein nach eher am rechten Rand vergleichbarer Gruppen bewegen, fürchten sie alle, im Kontakt mit uns das Missgeschick jenes jüdischen Kriegers zu erleiden, der seine gewaltigen Kräfte nächtens mit seinem Haupthaar verlor. Da kann ich nur sagen: Hört auf, euch über euch selber und über uns zu täuschen!

Wir nehmen die Rolle der in nicht-revolutionären Zeiten scheinbar eher rechtslastigen, immer wieder zweifelnden Marxist*innen desto williger an, als wir zugleich unbeugsam sind, freundlich und aufgeschlossen gegenüber anderen Linken, erbarmungslos im Kampf, großmütig wieder im Sieg, hart wie Pudding eben. Wir geben nie auf und kämpfen bis zum letzten Atemzug. Darum sind wir im Sinne des bekannten Brecht-Worts „unentbehrlich“. Denjenigen, die ohne uns gewinnen wollen, rufen wir zu: „Wieso? Mit uns geht das doch viel besser!“

Juli/August 2019

Neu bei ISP



Daniel Bensaïd

Der unzeitgemäße Marx

Glanz und Elend eines kritischen Abenteurers im 19. und 20. Jahrhundert

424 Seiten, Hardcover, 29,80 Euro

2019, ISBN 3-89 900-154-9

erscheint September 2019

Der unzeitgemäße Marx ist eine Herausforderung: 1995 erschienen, will Daniel Bensaïd nach dem Ende des Realsozialismus Marx von seinen dogmatischen und orthodoxen Gespenstern befreien. Er legt die theoretische Kohärenz seines kritischen Denkens frei und macht seine Aktualität deutlich: denn hat der Warenfetischismus nicht den ganzen Planeten erfasst? Bensaïd geht mit einer negativen Dialektik vor und analysiert zunächst, was das Marx'sche Denken nicht darstellt: keine Philosophie vom Ende der Geschichte, noch eine empirische Klassensoziologie, die den unwiderruflichen Sieg des Proletariats ankündigt, noch eine Wissenschaft des Fortschritts. Marx' drei Kritiken: der historischen Vernunft, der ökonomischen Vernunft und des wissenschaftlichen Positivismus gehen aufeinander ein und ergänzen sich.

Der Autor liest Marx neu und interpretiert seine Theorie als Antworten auf gegenwärtige Fragen über den Sinn der Geschichte, die Repräsentation der Zeit, das Verhältnis zwischen den sozialen Widersprüchen und anderen Konflikten wie Gender, Nationalismus, Religion.

Der philosophisch-literarische Text misst die zeitgenössische Marx-Rezeption an Marx' Theorie.

Neuer ISP Verlag GmbH

Belfortstr. 7, D-76133 Karlsruhe

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

VON DER SOZIALISTISCHEN ÖKONOMIE HIN ZUR ÖKOLOGISCHEN PLANUNG

Bei der Debatte über die Wirtschaftsrechnung unter Berücksichtigung der Umweltbelange kann es durchaus nützlich sein, auf ältere Beiträge zur Ökonomie des Sozialismus zurückzugreifen. Anlässlich der bevorstehenden Neuauflage der *Neuen Ökonomik* von Jewgeni Preobraschenski auf Französisch befasst sich der Autor des folgenden Beitrags mit der möglichen Kontinuität zwischen den alten Theorien des Sozialismus und der theoretischen Ausarbeitung eines Ökosozialismus.

■ **Michel Husson**

■ In seinem 1926 erschienenen Buch versucht Preobraschenski, die Funktionsweise einer sozialistischen Wirtschaft theoretisch darzulegen. Er gebraucht dabei die schöne Formel: „Im Bereich der Wissenschaft weicht die politische Ökonomie der Sozialtechnologie, d. h. der Wissenschaft der gesellschaftlich organisierten Produktion“. Preobraschenski bezieht sich dabei auf die wenigen Passagen, in denen Engels im *Anti-Dühring* und Marx im *Kapital* eine gesellschaftliche Organisation skizzieren, in der „die assoziierten Produzenten diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den, ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen.“¹

Aber ein Wirtschaftssystem, das sich im Übergang zum Sozialismus befindet und auf das sich Preobraschenski bezieht, befindet sich noch immer im „Reich der Notwendigkeit“. Die „Gesetze des gesellschaftlichen Tuns“ werden

nicht abgeschafft, sondern im Sinne einer Kontrolle der Gesellschaft über ihre Ziele und Prioritäten verändert.

Zu kurz gesprungen

Das konkrete Beispiel, das Preobraschenski anführt, um die unterschiedliche Funktionsweise dieser Gesetze zu illustrieren (gegenüberzustellen), greift zweifelsfrei ein wenig zu kurz. Er geht dabei von einer erhöhten Nachfrage nach Lederschuhen aus. In einem kapitalistischen System, so erklärt er, wird die Anpassung zwischen Angebot und Nachfrage post factum erfolgen, aber nach dem Zufallsprinzip, „wobei das Missverhältnis in dieser oder jener Richtung die Regel ist“. In einer Planwirtschaft hingegen wird dieser Nachfrageanstieg „im Voraus“ kalkuliert, nicht über den Markt, sondern über die „Zahlenkolonnen der sozialistischen Buchhaltung (...), über die die Planungszentren unterrichtet werden“.

Diese Darlegung ist komplett unzureichend und beinahe wäre man versucht, sich angesichts der leeren Regale in den sowjetischen Geschäften über derlei Illusionen zu amüsieren.

Diese Lesart ginge in ihrem stereotypen Anachronismus natürlich an der eigentlichen Aussage vorbei und täte Preobraschenski unrecht, weil sein Werk durchaus sehr bereichernd ist.

Die Diskussion hierüber lässt sich besser führen, wenn man von den Mängeln ausgeht, die dieses Fallbeispiel des Autors darlegt, und wenn man die späteren Debatten über den Sozialismus einbezieht. Die Schwäche seiner Argumentation liegt vor allem darin, dass er sich auf ein Konsumgut bezieht. Dass dessen Preis auf dem Markt schwanken kann, ist im Grunde nur ein ziemlich nachrangiger Aspekt der möglichen Kritikpunkte am Kapitalismus. Der zentrale Kritikpunkt müsste tiefer greifen und darauf zielen, dass eine soziale Klasse aus der Aneignung des Mehrwerts das Privileg zieht, die gesellschaftlichen Prioritäten zu bestimmen. Indem sie ihre Investitionen in diesen oder jenen Bereich lenken, entscheiden die Kapitalist*innen über die gesellschaftliche Entwicklung und können sie entlang ihrer eigenen Interessen steuern. Das andere grundlegende Charakteristikum der kapitalistischen Gesellschaft liegt natürlich darin, die Arbeiter*innen zum Proletariat zu machen und sie den Bedürfnissen der Unternehmer*innen zu unterwerfen. Trotz alledem verwundert es, dass sich die Veranschaulichung bei Preobraschenski auf das kurzfristige Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage beschränkt, wo doch der eigentliche Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus in ihrer potentiell unterschiedlichen Dynamik liegt.

Markt und Preise in der Wirtschaftsrechnung

Man kann das Problem jedoch durchaus am Beispiel der Konsumgüter abhandeln. Preobraschenski spricht ein heikles theoretisches Problem an, indem er sich fragt, ob es in einer voll entwickelten sozialistischen Wirtschaft noch Preise und Märkte geben müsse. Diese Frage ist für ihn gleichbedeutend mit der Frage, ob das Wertgesetz weiterhin in Kraft ist oder ersetzt werden wird.

Diese zweifache Fragestellung wirft auf, was unter dem Wertgesetz eigentlich genau zu verstehen ist. Die grundlegendste Antwort darauf lautet, dass das Wertgesetz, so wie Marx es versteht, festlegt, dass der Wert einer Ware von der für ihre Herstellung gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit abhängt. Im weiteren Sinne bedeutet dies, dass die Kapitalakkumulation vom Streben nach maximaler Kapitalverwertung geleitet wird.

Die logische Schlussfolgerung ist, dass das Wertgesetz nur „in einer Überflusgesellschaft“ absterben kann, um eine Formulierung von Ernest Mandel in seiner Einführung in Preobraschenskis Buch zu verwenden. Sofern die

Entwicklung eines sozialistischen Modells nicht auf der Annahme einer Überflusgesellschaft beruhen kann, bedeutet dies, dass das Wertgesetz nicht abgeschafft ist und dass noch immer eine Wirtschaftsrechnung erforderlich ist, die allerdings auf einer anderen Art und Weise beruht, gesellschaftliche Prioritäten festzulegen.

Preobraschenski hätte auch eine andere Passage aus dem *Anti-Dühring* zitieren können, wo Engels nähere Hinweise liefert: „Allerdings wird auch dann die Gesellschaft wissen müssen, wieviel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf. Sie wird den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten »Werts«.“²

Die „Abwägung der Nutzeffekte“ wird also den „vielberühmten Wert“ überflüssig machen, aber man wird dennoch wissen müssen, „wieviel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf“. Die Wirtschaftsrechnung wird also nicht verschwinden und der „vielberühmte Wert“, von dem hier die Rede ist, bezeichnet die Art und Weise, wie der Kapitalismus seine Ressourcen entlang seiner Privatinteressen zuteilt.

Insofern kann man dem polnischen Ökonomen Włodzimierz Brus nur zustimmen, der vorschlug, der Gleichsetzung von Markt- und Geldkategorien mit dem Wertgesetz „entschieden entgegenzutreten“: „Wenn der Staat mittels eines Plans das Verhältnis zwischen der gesellschaftlichen Produktion und den Preisen festlegt, kann die Tatsache, dass dabei Markt- und Geldkategorien zum Ausdruck kommen, nicht mehr als „Gebrauch des Wertgesetzes“ definiert werden, insbesondere wenn die Preisverhältnisse von den Wertverhältnissen abweichen, und zwar nicht zufällig und temporär, sondern als Effekt einer bewussten Politik“.³

Ein Maximum an gesellschaftlichem Wohlergehen

Leonid Witaljewitsch Kantorowitsch (1912–1986) war ein russischer Mathematiker und Ökonom (der einzige Russe, der den Nobelpreis für Wirtschaft, 1975, erhalten hat). Er hat in mathematischen Begriffen die Modalitäten einer neuen Wirtschaftsrechnung gefasst: Ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm zielt darauf, unter Berücksichtigung der verfügbaren Ressourcen den größtmöglichen Umfang eines Gütersortiments zu produzieren, und zwar in einem Mengenverhältnis, das direkt von der Gesellschaft entlang ihrer

Präferenzen festgelegt wird. Das Rentabilitätsprinzip und damit das wirtschaftliche Kalkül verschwinden zwar nicht, spielen aber nur eine untergeordnete Rolle: „In einer sozialistischen Gesellschaft, darf Rentabilität kein Selbstzweck sein (so wie im Kapitalismus), sondern nur ein Mittel, das beste Ergebnis oder ein Minimum an Kosten für die gesamte Gesellschaft zu erreichen. Folglich wird die Anwendung dieses Prinzips den Erfordernissen der bestmöglichen Umsetzung der Ziele des Gesamtplans untergeordnet sein.“⁴

Dieser Optimierungsprozess führt zur Berechnung von Pseudopreisen, die Kantorowitsch „objektiv bestimmte Evaluationen“ nennt und die eine andere Rolle spielen als die Preise im Kapitalismus. Im Kapitalismus ist der „Signalpreis“ (Schwellenpreis) ein Indikator für die Rentabilität, im Sozialismus hingegen ein Gradmesser für den sozialen Nutzen. Der wesentliche Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus liegt daher in der Zuteilungsweise der Ressourcen und hauptsächlich in der Verwendung des Überschusses (Surplus). Diesen Unterschied hat man nicht verstanden und Kantorowitsch wurde zu Unrecht als eine Art Theoretiker der wirtschaftlichen Optimierung (Maximierung) unter sowjetischen Vorzeichen gesehen, etwa von Pierre Naville.⁵

Die Wirtschaftsrechnung findet nicht nur unter veränderten Modalitäten statt, sondern verfolgt auch einen anderen Zweck. Im Kapitalismus geht es um die Profitmaximierung und sie allein bestimmt, in welche Wirtschaftsbereiche die Investitionen vorrangig fließen, während die Belange der gesellschaftlichen Entwicklung eher hinderlich für diese Wirtschaftsrechnung sind (wiewohl die produzierten Waren einer gesellschaftlichen Nachfrage entsprechen müssen). Dem Sozialismus hingegen geht es darum, dass die gesamte Gesellschaft über ihre eigenen Prioritäten befinden kann, denen die Wirtschaftsrechnung untergeordnet ist.

In einer vernünftigen Gesellschaftsordnung wäre das Bedürfnis keine Bedingung mehr ohne wirklichen Inhalt und nur dazu bestimmt, die Realisierung des Werts zu garantieren: Die unterschiedliche Bedeutsamkeit der verschiedenen wirklichen Bedürfnisse bestimmt hier die Hierarchie gemäß den Prioritäten der Gesellschaft. Im Kapitalismus hingegen ist das Ziel die Profitmaximierung und in welchem Verhältnis die verschiedenen Waren angeboten werden, ergibt sich als Nebenprodukt aus diesem Maximierungsprozess, und nicht aus einer gesellschaftlichen Festlegung.

Das Steuerungsprinzip einer sozialistischen Wirtschaft

Trotz seines Formalismus hat Kantorowitschs Darlegung den Vorteil, die ganz unterschiedliche Funktionsweise der

sozialistischen Wirtschaft hervorzuheben. Deren Ziele werden sozusagen außerökonomisch definiert und stehen im Gegensatz zu den kapitalistischen Marktgesetzen, die einerseits den Markt regulieren und andererseits – entlang eines nicht gesellschaftlich kontrollierten Prozesses – ihre eigenen Ziele schaffen.

Dass man sich eine so anders geartete Funktionsweise vorstellen kann, liegt in der Grundannahme einer sozialistischen Demokratie begründet. Um gemäß dieser höheren Logik zu funktionieren, muss sich die Gesellschaft die Mittel verschafft haben, ihre eigenen kollektiven Ziele über einen demokratisch festgelegten Plan anzusteuern, da ansonsten die Wirtschaftsberechnung auf falschen Tatsachen beruhen würde. Abgesehen von der Entstehung einer bürokratischen Diktatur lag das wirtschaftliche Scheitern der „realsozialistischen“ Staaten hauptsächlich daran, dass dort zwar die Mechanismen unterdrückt worden sind, die den Kapitalismus am Leben erhalten, ohne stattdessen aber die für die Existenz des Sozialismus essentielle Bedingung zu schaffen, nämlich die soziale Demokratie.⁶

Der Grund, weswegen die Wirtschaft im kapitalistischen System eine alles überragende Rolle spielt, liegt darin, dass sie nicht nur die Mittel bestimmt, sondern zugleich wesentlich dazu beiträgt, die Zwecke zu definieren, auszuwählen und zu justieren, während der Sozialismus quasi einer Verengung des wirtschaftlichen Funktionierens entspricht und sich rigoros darauf beschränkt, die Mittel an anderweitig festgelegte Ziele anzupassen. Preobraschenski hat auf diesen Umkippprozess ausdrücklich aufmerksam gemacht: „Mit der Abschaffung des Wertgesetzes in der wirtschaftlichen Realität wird zugleich die alte politische Ökonomie abgeschafft. Ihr Platz wird von einer neuen Wissenschaft eingenommen, der Wissenschaft, die die wirtschaftliche Notwendigkeit in einer organisierten Wirtschaft vorherzusehen und das Nötige durch Produktion und andere Mittel besser zu beschaffen gestattet. Dies ist eine ganz andere Wissenschaft, das ist eine soziale Technologie, die Wissenschaft von der organisierten Produktion, von der organisierten Arbeit, die Wissenschaft von einem System der Produktionsverhältnisse, in dem die ökonomische Gesetzmäßigkeit sich in neuen Formen zeigt, in dem es keine Verdinglichung der menschlichen Beziehungen mehr gibt, in dem zusammen mit der Abschaffung der Ware auch der Warenfetischismus verschwindet ...“⁷

Das Problem der Effizienz einer sozialistischen Wirtschaft ist insofern kein wirtschaftstechnisches, sondern in ganz besonderem Maße und ganz direkt ein politisches. Die Prioritäten, die sich die Gesellschaft gibt, werden dort

auf außerökonomische Art und Weise festgelegt und setzen sich als Ziele gegen die Gesetze der Wirtschaftstechnik durch, während gegenteilig die sozialen Zwecke des Kapitalismus erst nachträglich und als ein Nebenprodukt des Warenhandels auftauchen. Demokratie ist insofern die Grundvoraussetzung für das Funktionieren einer solchen Gesellschaftsorganisation und diese Vorstellung zwingt dazu, den Zusammenhang zwischen Plan und Markt anders zu gestalten.

Für eine ökologische Planung

Diese Herangehensweise erfordert heute eine zusätzliche Legitimationsgrundlage, indem man ökologische Kriterien einbezieht. Man könnte hier wieder einen linearen Zusammenhang herstellen und sagen, dass das Kriterium der Profitmaximierung Wertformen schafft, die mit der Einhaltung ökologischer Normen nicht vereinbar sind. Der Kapitalismus gibt vor, sie zu berücksichtigen, indem er Pseudomärkte schafft oder die Signalpreise verändert.

Die Wirtschaftsmodelle sind, selbst wenn sie „Klimaorientiert“ sind, in Begriffen der Kosteneffizienz gefasst. Sie „schätzen die gesellschaftlichen Nettovorteile des klimawirksam verausgabten Geldes und vergleichen diese Vorteile dann mit denen, die die Menschheit hätte erzielen können, wenn sie dieses Geld in ein anderes, weniger riskantes Finanzinstrument investieren würde, etwa in Staatsanleihen.“⁸ Eine solche Kalkulationsweise führt zu folgenden Einschätzungen: „Der wirtschaftliche Nettoschaden einer Erwärmung um 3 Grad liegt in der Größenordnung von 0,25 % des Nationaleinkommens der USA.“ Wohl stammt diese irriige Annahme von 1992⁹, aber ihr Autor William Nordhaus hat seine fehlerhafte Herangehensweise niemals revidiert und trotzdem 2018 den Nobelpreis in Ökonomie erhalten.

Diese Pseudomonetarisierung der Umwelt kann das Prinzip der Profitmaximierung am Rande beeinflussen, aber längst nicht in dem Umfang der erforderlichen Emissionssenkungen. Daher hat Servaas Storm in seinem Beitrag, der eine lesenswerte Zusammenfassung der Thematik liefert¹⁰, doppelt Recht, wenn er den Wirtschaftswissenschaftlern vorwirft, der Bekämpfung des Klimawandels im Wege zu stehen, und daneben unterstreicht, dass grünes Wachstum eine Illusion ist.

Das Anliegen dieses kurzen Überblicks ist es, zu zeigen, dass die inzwischen nahezu inexistente Debatte über die sozialistische Planung wieder aufgenommen werden muss, weil der Klimawandel ihr wieder Aktualität verschafft hat. Die dringende Bekämpfung

der Klimaerwärmung wirft die Frage nach einer anderen Wirtschaftsrechnung auf, die die Umweltbelange angemessen berücksichtigt, auch wenn eine solche theoretische Debatte abstrakt bleiben mag. Daher ist es wohl angebracht, auch auf frühere Beiträge zurückzugreifen und dabei festzustellen, dass die Ignoranz der gegenwärtigen Politik gegenüber diesem Thema unmittelbar auf einer ideologisch begründeten Ablehnung einer Wirtschaftsplanung beruht, die die Profitlogik angreifen würde.

Aus *A l'encontre* vom 12.7.2019

■ Übersetzung: MiWe

1 MEW, Bd. 25, S. 828

2 MEW, Bd. 20, S. 288

3 Włodzimierz Brus, *Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft*, edition Suhrkamp 1971

4 Leonid Witaljewitsch Kantorowitsch, *The best uses of economic resources*, Harvard University Press 1965

5 Pierre Naville, „Kantorowitch et le retour à Pareto“, in *Le nouveau Léviathan*, Bd 3, 1970.

6 Catherine Samary, *Plan, marché et démocratie. L'expérience des pays dits socialistes*, Cahiers d'études et de recherche, IIRF, 1988. (<http://tankona.free.fr/samary1988.pdf>)

In seinem Roman *Rote Zukunft* (Rowohlt, 2010) beschreibt Francis Spufford, wie die bürokratischen Strukturen verhindert haben, dass die theoretischen Entwürfe von Kantorowitsch – einer der Romanfiguren – Wirklichkeit werden konnten.

7 Jewgeni Preobraschenski *Die neue Ökonomik*, Neuer Kurs, 1971, S.69 f.

8 Servaas Storm, *Are Economists Blocking Progress on Climate Change*, INET 24. Juni 2014

9 William D. Nordhaus, *An optimal transition path for controlling greenhouse gases*, *Science*, 20. November 1992.

10 Enno Schröder & Servaas Storm, *Why "Green Growth" Is an Illusion*, INET, 5. Dez. 2018, eine Zusammenfassung von: *Economic Growth and Carbon Emissions: The Road to 'Hothouse Earth' is Paved with Good Intentions*, *Science and Engineering Ethics* n°23, 2017.

TROTZKI-KONGRESS IN HAVANNA

Vom 6.–8. Mai 2019 fand in Havanna der erste Kongress zu Leben und Werk des russischen Revolutionärs Leo Trotzki statt. Für Kuba war das immer noch etwas ganz Besonderes.

■ **Helmut Dahmer**

Im Zusammenhang mit dem 100. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Internationale (im März 1919) planten das „Juan Marinello Cuban Institute of Cultural Research“ und das Philosophische Institut der Universität Havanna in Zusammenarbeit mit dem Trotzki-Museum in Coyacan (Mexiko) – der „Casa Museo León Trotski“¹ bzw. dem „Instituto del Derecho de Asilo“ – und dem „Karl Marx Center for Socialist Studies“ (ebenfalls in Mexico City) einen nicht-öffentlichen „Internationalen akademischen Kongress zu Leben und Werk Leo Trotzki“, der dann infolge „bürokratischer Probleme“ auf Anfang Mai verschoben werden musste. Die Reaktionen auf die Ankündigung einer Trotzki-Konferenz auf Kuba (durch verschiedene sozialistische Mitteilungsblätter) fielen unterschiedlich aus. Manche Leser*innen dieser Nachricht reagierten mit ungläubigem Staunen, andere fragten „Wo sonst?“

Ungläubiges Staunen

Kuba ringt seit 120 Jahren um seine Unabhängigkeit. Ende des 19. Jahrhunderts intervenierten die USA nach einer Reihe von Aufständen gegen die spanische Kolonialherrschaft und hielten seitdem die formell unabhängige Republik faktisch in Abhängigkeit – politisch-militärisch mit Hilfe ihres Interventionsrechts, ihres Stützpunkts Guantánamo und der Unterstützung wechselnder kubanischer Präsidenten, ökonomisch durch eine Abnahme-Garantie für die Produkte der Zucker-Monokultur.

Die 1925 gegründete kommunistische Partei Kubas geriet alsbald in den Sog des stalinistischen Lagers, kollaborierte auch mit den jeweiligen Regimen und firmierte seit 1944 als „Sozialistische Volkspartei“. Fidel Castros Unternehmen, mit ein paar Dutzend Gefolgsleuten ein – durch Massenstreiks unterstützten – Guerillakrieg gegen die Armee des Diktators Batista zu führen, stand sie zunächst ablehnend („Abenteurertum“), dann abwartend gegenüber.

Der ungeheure Schatten des Stalinismus² lag (und liegt noch immer) über vielen Versuchen, aus dem Bannkreis der kapitalistischen Weltwirtschaft auszubrechen.

Rufen wir uns drei Beispiele aus der Geschichte des Sozialismus auf Kuba in Erinnerung:

Sandalio Junco, ein schwarzer Gewerkschaftsführer, seit 1928 im Exil, kam Anfang der 30er Jahre in Moskau in Kontakt mit Andreu Nin und wurde nach seiner Rückkehr zum Begründer der trotzkistischen Bewegung Kubas, die 1933 eine bedeutende Rolle in der Organisation des Generalstreiks gegen das blutige Regime des Diktators Machado spielte. Junco soll Stalin ins Gesicht gesagt haben, er halte ihn für einen „Betrüger der Welt-Arbeiterbewegung“. Er wurde im Mai 1942 bei einem politischen Meeting von stalinistischen Agenten umgebracht – wie zuvor seine Genossen J. A. Mella (1929), A. Nin (1937) und L. Trotzki (1940). – Zur Bedeutung von Junco vgl. Garland Mahler, Anne (2018): „The Red and the Black in Latin

America: Sandalio Junco and the >Negro Question< from an Afro-Latin American Perspective.“ *Journal for American Communist History*, Bd. 17, Heft 1, S. 16–32.

Nach dem kampflosen Sieg der Nazis 1933 verschlug es – mit ein paar Tausend Hitlerflüchtlingen – auch einige dissidente deutsche Kommunisten (Brandler, Thalheimer, Boris Goldenberg...) nach Kuba, wo sie auf eine Möglichkeit zur Einreise in die USA warteten. 1941 stieß der Theoretiker des linken Flügels des deutschen Kommunismus, Arkadij Maslow, zu ihnen. Er hatte 1928 den „Leninbund“ gegründet und in den Jahren 1934–37 in Paris mit der Gruppe um Trotzki zusammengearbeitet. Mit der (bisher unveröffentlichten) Fiktion „Stalins Memoiren“ suchte er zum Verständnis des Despoten im Kreml beizutragen. Maslow gehörte zu den Leuten, „die zu viel wussten“. Die nationalen Sektionen der von Stalin gleichgeschalteten Komintern hatten sich in den dreißiger Jahren nicht nur in eine Hilfstruppe der Außenpolitik des Kremls verwandelt, sondern auch in eine Hilfstruppe zur Ermordung von Dissidenten, die der Stalinclique als gefährlich erschienen. Im November 1941 fand man Maslows Leichnam auf einer Straße in Havannas „schlechtem Viertel“. In dem von Hermann Weber und A. Herbst herausgegebenen biographischen Handbuch *Deutsche Kommunisten* heißt es: „Die These von [seiner] Ermordung ist nach heutigen Kenntnissen der Stalinschen Praktiken und Verbrechen durchaus wahrscheinlich.“ Berlin (Dietz), 2. Aufl. 2008, S. 581. Ähnlich urteilt der Ruth Fischer-Biograph Mario Kessler (2013): *Ruth Fischer*, Köln (Böhlau), S. 372–391.

Die stalintreuen Spanien-Kämpfer und KGB-Agenten Leonid Eitingon (der berüchtigte „General Kotow“), Ramón Mercader und seine Mutter Caridad Mercader hatten sich nach dem Sieg Francos nach Mexiko abgesetzt und bildeten 1940 ein Killerkommando, dem es im August 1940 gelang, Stalins Befehl auszuführen, Trotzki (der seit 1937 im Vorort Coyoacan der mexikanischen Hauptstadt Asyl gefunden hatte) umzubringen. (Juan Marinello, der bedeutende, politisch engagierte kubanische Dichter, hatte 1937 in Madrid Caridad Mercader noch als „katalanische Pasionaria“ gefeiert.) Eitingon und die beiden Mercaders wurden zum Lohn für ihre Dienste mit den höchsten Orden, die der Kreml zu vergeben hatte, ausgezeichnet. Als Ramón Mercader 1960 aus mexikanischer Haft entlassen wurde, fand er in Havanna freundliche Aufnahme. Seine Mutter Caridad, die straffrei blieb, wurde (in den Jahren 1960–1967) mit der Öffentlichkeitsarbeit der Pariser kubanischen Botschaft betraut...

Noch immer glauben viele Antikapitalist*innen an den

Mythos vom „Sozialismus“ in *einem* Land (oder in *einem* Block), an die „Lösung“ widerstreitender gesellschaftlicher Interessen durch Massenterror und an die von Stalin und seinen Ideologen jahrzehntelang propagierten Geschichtsllegenden. Das galt auch für die Führung der fidelistischen Guerillatruppe, der es in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre gelang, die Armee des Diktators Fulgencio Batista zu besiegen und ihn aus dem Land zu jagen. Für Fidel und seinen Bruder Raul wie für ihren berühmten Kampfgefährten Ché Guevara galt der 1953 verstorbene Stalin, dessen Entzauberung auf den Parteitag der sowjetischen KP von 1956 und 1961 bereits begonnen hatte, noch immer als eine Autorität und die Sowjetunion als ein nachahmenswertes sozialistisches Musterland. Trotzki und die IV. Internationale hingegen hielten sie, Stalins fabulösem (1938 veröffentlichten) „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU“ entsprechend, für Konterrevolutionäre, ihre Theorien für gefährliche Ketzereien. (Das bedeutete auch, dass sie weder den Charakter der (spät-)stalinistischen Sowjetunion, ihrer Schutzmacht, noch die Risiken, die ihr eigenes revolutionäres Projekt lief, zureichend verstanden.³) Daran änderte sich auch nichts, als kubanische Trotzkiisten sich frühzeitig der Guerilla anschlossen.⁴

Ironischerweise schlugen die fidelistischen Nationalrevolutionäre, die sich auf Martí und Marx (oder Stalin) beriefen, Trotzki (1906 veröffentlichte, 1929 erweiterte) Theorie der „Permanenten Revolution“ aber gar nicht kannten, innen- wie außenpolitisch einen Kurs ein, der dem einst von Trotzki prognostizierten Übergang nationaler Unabhängigkeitsbewegungen in sozialistische zu entsprechen schien. Innenpolitisch verstaatlichten sie kubanisch-amerikanisches Privateigentum und planten nicht nur eine Diversifizierung der Landwirtschaft, sondern auch eine umfassende Industrialisierung des Landes. Außenpolitisch versuchten sie, ihre antiimperialistische Revolution international zu verbreiten. Ché Guevara setzte sein Leben ein, um – jeweils nur mit ein paar Dutzend Kampfgefährten – nach kubanischem Muster zuerst (1965) im Kongo, dann (1966/67) in Bolivien, durch kühne Guerilla-Aktionen Massenaufstände anzustoßen.⁵

Je stärker unter amerikanischem Druck die Abhängigkeit von der Sowjetregierung wurde, die, wie zuvor die USA, in Kuba vor allem einen Zuckerlieferanten und einen militärischen Stützpunkt sah, desto stärker wurde in den sechziger Jahren auch die politische und „kulturelle“ Anpassung an „sowjetische“ Standards.⁶ Der bedenkenlosen Wiedergründung, Neugründung oder Übernahme der KP Kubas als Staatspartei im Jahr 1965 (die Organisation

verfügt gegenwärtig über 800 000 Mitglieder) korrespondierte die Einrichtung eines Cordon sanitaire gegenüber der internationalen, antistalinistisch-marxistischen Diskussion⁷. Künstler, die auf ihre Autonomie pochten, wurden ebenso verfolgt wie sexuelle „Dissidenten“. Die kleine Gruppe der Trotzisten (50 oder 60 Aktive) landete schließlich im Gefängnis.⁸

Wo sonst?

Vor diesem Hintergrund erscheint der nicht-öffentliche „Akademische Kongress zu Leben und Werk Trotzki“ vom 6. bis 8. Mai dieses Jahres als ein politisches Wunder. 60 Jahre nach dem Sieg über Batista und der sozialistischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft Kubas, nach vergeblichen Versuchen, durch die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in Afrika und Südamerika Bundesgenossen zu gewinnen, nach unausgesetzten Versuchen wechselnder US-Regierungen, das nachrevolutionäre kubanische Regime, wenn nicht zu stürzen, dann doch zu strangulieren, hält sich der nichtkapitalistische Inselstaat noch immer, weil er sich auf die Loyalität der Bevölkerungsmehrheit stützen kann, der er Wohnung und Arbeit, kostenlose Ausbildung und medizinische Versorgung garantiert.⁹ Treibstoff und ein Großteil der Lebensmittel müssen importiert (und gegenwärtig auch wieder rationiert) werden; die einstmals prächtige Altstadt Havannas präsentiert sich heute teilweise als eine Ruinenstadt; es mangelt an vielen elementaren Gütern (wie etwa Hygienemitteln), die für zahlungskräftige Konsumenten in vergleichbaren Drittwelt-Staaten, die nicht jahrzehntelangen Blockaden ausgesetzt waren, selbstverständlich sind. Havanna wirkt entmilitarisiert. Die Massendemonstration, zu der sich am 1. Mai um 7 Uhr früh auf dem Revolutionsplatz eine Million Menschen versammelten (und die unter der Losung „Einheit, Engagement, Sieg!“ stand) glich einem Volksfest; es gab keine Waffenschau, und die teilnehmenden, unterschiedlich uniformierten Gruppen von Polizisten gingen in der Massendemonstration auf. Gegenwärtig gibt es praktisch keinen Personenkult. Ché Guevara freilich ist (wie auch international) längst zu einem Mythos geworden, zu einem oft besungenen Volkshelden, der die revolutionären Traditionen Kubas verkörpert.

Nach dem Kollaps der Sowjetunion zu Beginn der 90er Jahre, mit der 85 Prozent des kubanischen Außenhandels abgewickelt worden waren, und nach Naturkatastrophen Mitte der Neunziger sah die Regierung sich zur einer Revision der Planwirtschaft genötigt. Zögernd wurde kleines Privateigentum im Bereich des Service-Sektors

zugestanden (und 2019 auch in der Verfassung legitimiert), zudem wurden Investitions-Möglichkeiten für ausländisches Kapital und für Joint-Ventures (etwa im Hotelgewerbe) eröffnet. Der Tourismus (mit gegenwärtig 5 Millionen Besuchern pro Jahr) wurde angekurbelt und eine Parallelwährung (CUC) für Touristen eingeführt.¹⁰ Die „kleinen“ Privatwirtschaften, die sich allmählich zu „mittleren“ entwickeln, die Überweisungen wohlhabender Kubaner aus Miami (die jährlich etwa den staatlichen Einnahmen aus der Tourismus-Branche entsprechen) und die Etablierung einer speziellen Konsum-Welt für Touristen haben zur Reproduktion jener Formen sozialer Ungleichheit geführt, die die Revolutionäre vor sechzig Jahren beseitigen wollten.¹¹

Die „Alte Garde“ der kubanischen Revolutionäre ist im Abtreten. Der Parteimarxismus verblasst, weil er weder zur Gegenwartsanalyse beiträgt, noch politische Perspektiven eröffnet. Die linksnationalistisch-halbsozialistischen Regime in Lateinamerika (die potentiellen Verbündeten Bolivien, Venezuela und Nicaragua) kämpfen mit größten Schwierigkeiten. Die Trump-Regierung versucht mit aller Macht, sie zu eliminieren. Von der jungen Generation heißt es in einem der von Héctor Puente Sierra jüngst geführten Interviews: „Geht es um die Beteiligung an politischen Debatten, stößt man auf fehlendes Engagement. Sie sind apathisch und fürchten die Folgen, wenn sie ihre Meinung offen kundtun. Die meisten jungen Kubaner verfolgen die politischen Ereignisse nicht. Sie sind [der Politik] entfremdet, entideologisiert.“¹²

Unter diesen Umständen beginnt eine Minderheit von jungen Intellektuellen die Suche nach einem zureichenden Verständnis der aktuellen kubanischen wie der internationalen Situation. Das Milieu dieser Suche bilden natürlich – wie einst in Berkeley, Paris und Frankfurt – die auf Reflexion ausgelegten, potentiell „unruhigen“ Fakultäten (vor allem die Institute für Philosophie und Soziologie). Hatte Isaac Deutschers große Trotzki-Biographie vor sechs Jahrzehnten der Generation von 1968 die Augen für Alternativen zum Stalinismus geöffnet, so hat auf Kuba der vor 10 Jahren erschienene Roman von Leonardo Padura, *Der Mann, der die Hunde liebte*, eine Bresche ins Eis der herrschenden politischen Ideologie geschlagen.¹³ Der 36jährige Frank García Hernández, der an einer Dissertation über Trotzki arbeitet und den Kongress in Havanna organisierte, berichtet, dass sich 2016 in der Universität von Santa Clara ein studentischer Diskussionskreis gebildet hat – das „Kubanische Kommunistische Forum“ –, das dringend um die Zusendung von Zeitschriften und Büchern „von Theoretikern wie Daniel Bensaïd, Pierre Broué, Isaac

Deutscher, Ernest Mandel, Victor Serge, Alex Callinicos, Cornelius Castoriadis, Alan Woods, Tariq Ali, Michael Löwy ... bittet.“ „Sie brauchen dringend Theorie!“¹⁴ Und sie werden nun auch Trotzki, den Verteidiger der Arbeiterdemokratie, für sich und ihre kubanische Gegenwart wiederentdecken...

Nach der bloßen Ankündigung eines („akademischen“) Trotzki-Kongresses in ein paar sozialistischen Mitteilungsblättern gingen bei den Veranstaltern an die 200 Teilnahme-Anträge (und 51 Vortragstexte) ein. Auch das ist ein Politikum!¹⁵ Schließlich wurden 30 Referenten ausgewählt, die – im gastgebenden mexikanischen Kultur-Institut (dem „Museo de Benito Juárez“) – einem Publikum von 80-100 Hörern, darunter auch einigen kubanischen Student*innen, an drei Tagen in dichter Folge die Ergebnisse ihrer Studien vortrugen. Die Zeit reichte nicht für Diskussionen der verschiedenen Texte und Positionen, wohl aber gab es zu einzelnen Themen höchst interessante ad-hoc-Interventionen. Die Referent*innen und Hörer*innen, politisch Aktive, Veteranen und „Gelehrte der Bewegung“ (A. Labriola) im Alter von 30 bis zu 80 Jahren gehörten verschiedenen, zumeist trotzkistischen Organisationen an – nicht nur aus Nord- und Südamerika, sondern auch aus Belgien, Frankreich, Österreich und der Türkei. Zu den Besonderheiten trotzkistischer Organisationen – die eine lange Tradition der Diskriminierung und Verfolgung hinter sich haben – gehört es, dass ihre aktiven Mitglieder und Sympathisanten unweigerlich zu professionellen oder Laien-Historikern ihrer Bewegung und ihrer Gegner werden. Der Kongress bot – nicht nur für die kubanischen Gäste, sondern auch für die Aktivisten und Spezialisten unterschiedlicher revolutionär-marxistischer Couleur – eine einmalige Gelegenheit, einander kennenzulernen und Neues über die Geschichte verschiedener nationaler Sektionen und ihrer internationalen Verbindungen zu erfahren. Das Themenspektrum hat Alex Steinberg in seinem Kongress-Bericht umrissen: Es ging um Trotzki's wichtigste Beiträge zur marxistischen Theorie und zur revolutionären Politik; um seinen Kampf gegen den Stalinismus; um seine Kontroversen mit nicht-stalinistischen linken Theoretikern in den dreißiger Jahren; um seine Positionen zu Literatur, Psychoanalyse und Alltagsleben; um Kontroversen und Spaltungen innerhalb der IV. Internationale und um die historische Einschätzung der trotzkistischen Bewegung verschiedener Länder.¹⁶

Das Trotzki-Museum (Coyoacan) hatte eine großartige Fotoausstellung (mit einer Reihe von bisher unbekanntem Dokumenten) nach Havanna geschickt. Eine für die

Kongressteilnehmer*innen bestimmte Buchsendung des mexikanischen Instituts wurde vom kubanischen Zoll bedauerlicherweise nicht durchgelassen. Vorgestellt wurde der Essayband des peruanischen Trotzki-Experten Gabriel García Higuera: *Trotsky en el espejo de la historia*, Mexiko (Fontamara). Höhepunkte der Veranstaltung waren ferner die Vorführung einiger bereits fertiggestellter Teile einer neuartigen Trotzki-Dokumentation (*Trotsky: the most dangerous man in the world*), an deren Kombination aus seltenen historischen Filmaufnahmen und aus von ihr aufgefundenen Zeitzeugen-Interviews aus den achtziger Jahren Lindy Laub arbeitet, sowie die Aufführung einer (an Hanns Eisler und Gustav Mahler anklingenden, von Trotzki's „Testament“ inspirierten) Komposition einer fünfköpfigen Gruppe junger Musiker.

Die Texte der (in spanischer oder englischer Sprache) für den Kongress geschriebenen Beiträge (von denen einige nicht vorgetragen wurden), werden in absehbarer Zeit in Havanna in Buchform veröffentlicht. Hier folgt eine Übersicht der Autoren und ihrer Themen:

Acosta, Rafael (Havanna): Die letzten Tage des kubanischen Trotzkismus.

Bernabé, Rafael (Puerto Rico): Trotzki und das Aufkommen des nordamerikanischen Imperialismus: Der Fall Puerto Rico.

LeBlanc, Paul (USA): „Je dunkler die Nacht, desto heller die Sterne.“ Trotzki's Kampf gegen den Stalinismus.

La Botz, Dan (USA): Die Debatte zwischen Trotzki und Victor Serge; die Debatte zwischen Trotzki und Boris Souvarine.

Bovieri, Kaveh (Kanada): Über Trotzki's Geschichtsschreibung.

Brenner, Robert (USA): Trotzki, die Linke Opposition, die Bauernfrage und die Bürokratie.

Dahmer, Helmut (Österreich): Walter Benjamin und Trotzki als Revolutionshistoriker.

Fleury, Marcela (Brasilien): Eisensteins Filmkunst und die permanente Revolution.

Fonseca Ornelas, José Alberto (Mexiko): Trotzki in Mexiko: Der Anti-Imperialismus und der Kampf für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse.

Freitas Figueiredo, Clara (Brasilien): Die permanente Revolution in der Kultur und die Kritik des Lenin-Kults.

García Higuera, Gabriel (Perú): Das Bild Trotzki's in der Geschichtsschreibung der Perestroika (1986-1991).

Gittlitz, A. M. (USA): Der „Katastrophismus“ im Trotzkismus, die kubanische Raketenkrise und der kommunistische Milenarismus von heute.

Loewy, Michael (Frankreich): Trotzki's Begegnung mit André Breton und ihre gemeinsame Redaktion des Manifests „Für eine unabhängige revolutionäre Kunst“ (1938).

Luiz de Oliveira, Edson (Brasilien): Mário Pedrosa und die sozial engagierte Kunst der Käthe Kollwitz.

Moazzami, Niloofar (Kanada): Trotzki's Revolutions-Begriff im Licht einer Theorie sozialer Bewegungen.

Marão Villela, Thyago (Brasilien): Der russische Konstruktivismus, die Linke Opposition und die Umstrukturierung des Alltagslebens.

Marazzi, Antonella (Italien): Trotzki in Italien.

- Marazzi, Roberto (Italien): Trotzki und Gramsci.
- Márquez, Ricardo (Mexiko): Julio Antonio Mella und der kubanische Trotzkiismus.
- Massón, Caridad (Kuba): Sandalio Junco.
- Mena, Yunier (Mexiko): Kunst und Literatur in Trotzki's *Verratener Revolution*.
- Menezes, Flo (Brasilien): Trotzki's Theorie der Kunst und Kultur und ihr Einfluss auf den brasilianischen Trotzkiismus Mário Pedrosas.
- Lauria Monteiro (Brasilien): Die internationale trotzkistische Bewegung und die Nachkriegsrevolutionen: Die Fragmentierung der IV. Internationale.
- Pérez Noriega, Gabriela (Mexiko): Geschichte des Trotzki-Museums in Coyoacan.
- Persegui, Daniel (Brasilien): Trotzki in der Neuen Welt: Die mexikanische Phase des *Bulletins der Opposition*.
- Palmer, Bryan (Kanada): Geschichte des nordamerikanischen Trotzkiismus.
- Puente Sierra, Héctor (England): Trotzkiismus nach Trotzki: eine Neubewertung von Tony Cliffs „Staatskapitalismus“-Theorie.
- Romao, Morgana (Brasilien): Trotzki und Hillel Ticktins Deutung der sowjetischen Bürokratie.
- Saccarelli, Emanuele, und Latha Varadajan (USA): Lenin, Trotzki und die Imperialismus-Theorie.
- Sándor John, S. (USA): Der bolivianische Trotzkiismus.
- Sayim, Burak (Schweiz): Leo Trotzki, Ché Guevara und die Permanente Revolution.
- Steiner, Alex (USA): Trotzki als marxistischer Theoretiker: Das Zeugnis der *Notebooks (1933-35)*.
- Tate, Ernest (Kanada): Verne Olson und die kubanische Revolution.
- Toussaint, Éric (Belgien): Lenin und Trotzki gegenüber der Bürokratie und Stalin. Die russische Revolution und die Übergangsgesellschaft.
- Tulunay, Armagan (Türkei): Trotzki auf Prinkipo und der Trotzkiismus in der Türkei.
- Weissman, Suzi (USA): Die gespaltene linke Opposition: Die Auseinandersetzungen zwischen Trotzki und V. Serge.

Wien, 18. 6. 2019

- 1** Den Kontakt zur „Casa Trotsky“ hatte die „Internationale Marxistische Tendenz“ hergestellt. Ein kurzes Gespräch zwischen Esteban Volkov [Trotzkis Enkel] und A. Woods samt einer Grußadresse an die Teilnehmer des Kongresses wurde in Havanna eingespielt.
- 2** Stellvertreterherrschaft einer nationalistischen Fraktion über eine gleichgeschaltete Massen-Partei; Usurpation der Kontrolle über die verstaatlichten Produktionsmittel durch die Staats- und Wirtschaftsbürokratie; Kriegführung gegen Bauern und „illoyale“ Nationen; Ausrottung der revolutionären Generation und ihrer Anhänger; Massenterror.
- 3** Trotzki „fehlte uns, um zu verstehen, was in der Sowjetunion vor sich ging, denn keiner von denen, die sich auf den Marxismus beriefen – wie Ché Guevara oder Fidel Castro – konnte eine kohärente, überzeugende Erklärung für die [dortigen] Ereignisse geben. Trotzki war schon seit 1936 mutig genug gewesen, eine soziologische Analyse [der Sowjetunion] zu entwickeln, von der wir keine Ahnung hatten und für die wir Kubaner uns sehr interessieren.“ Frank García A. Hernandez, der 36jährige Organisator

der Konferenz, in einem Interview. Zit. nach dem Kongress-Bericht von Suzi Weissman („Neither kings nor bureaucrats“) in *Weekly Worker*, Nr. 1252. – Den Teilnehmern des Kongresses wurden Exemplare der neuen (vom „Institut für das Asylrecht“ im Trotzki-Museum in Coyoacan und vom mexikanischen „Karl-Marx-Zentrum für sozialistische Studien“ herausgegebenen) spanischen Ausgabe von Trotzki's *Verratener Revolution* mit einem Vorwort von Alan Woods zur Verfügung gestellt: L. T. (1936): *La revolucion traicionada*. Coyoacan 2019.

4 „Als Fidel 1956 nach Kuba zurückkehrte und den Guerillakrieg begann, unterstützten wir ihn und beteiligten uns am bewaffneten Kampf.“ „Als Castros ‚Bewegung vom 26. Juli‘ zum Generalstreik aufrief, wurde dieser zum Teil von trotzkistischen Aktivisten organisiert [...]; sie waren in vielen Bereichen stark und einflussreich – wie bei den Eisenbahnarbeitern von Guantánamo.“ „Als wir für die Verstaatlichung eintraten, beschimpfte uns die KP-Zeitung auf ihrer Titelseite als ‚Agenten des Imperialismus‘... Juan de León Ferrera Ramirez, Veteran der kubanischen trotzkistischen Bewegung, der am Kongress teilnahm, im Interview mit Héctor Puente Sierra; *Socialist Review*, Nr. 447 (Juni 2019).

5 Celia Hart zufolge (die sich auf das Zeugnis Juan León Ferrers beruft) lernte Ché Guevara schließlich, in seinem letzten Lebensjahr, auch Schriften Trotzki's kennen. Hart, C.: „Welcome... Trotsky.“ *Revolutionary Marxism 2019*. A Journal of Theory and Politics. (Special annual English edition.) Istanbul, S. 111-118. Eine redaktionelle „Introduction to Celia Hart“, ebd., S. 109 f.

6 „Die Feindseligkeit der USA gegenüber Castros Unabhängigkeitsprogramm beförderte die Radikalisierung seiner Regierung. Um aber das – bis heute aufrechterhaltene – Wirtschaftsembargo der USA zu überleben, bat Castro die Sowjetunion um Hilfe. Der Traum der Unabhängigkeit wurde abermals zunichte, als die kubanischen Interessen drei Jahrzehnte lang den geopolitischen Interessen der UdSSR untergeordnet wurden.“ Héctor Puente Sierra (2019): „Debating critical Marxism in Cuba today.“ *Socialist Review*, Nr. 447, Juni 2019.

7 „Nicht nur Trotzki ist hier unbekannt, sondern ebenso eine lange Reihe von Theoretikern, die aus der Lektüre seiner Schriften gelernt haben. So kommt zum Beispiel die *New Left Review* nicht nach Kuba. Alex Callinicos, Cornelius Castoriadis, Ernest Mandel, Nicos Poulantzas, Slavoj Žižek, Tariq Ali und Eric Toussaint, Marxisten, die den Marxismus weiterentwickelt haben, um zu einem Verständnis des späten 20. und des 21. Jahrhunderts zu kommen, sind [hier] weitgehend unbekannt.“ Frank García Hernández im Interview mit Puente Sierra, a. a. O. (Anm. 6).

8 „In den sechziger Jahren traten wir für den Übergang zum Sozialismus ein, für Arbeiter-Milizen, für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom Staat, für die Verstaatlichung der Großunternehmen unter Arbeiterkontrolle und für die Abberufbarkeit gewählter Delegierter.“ „1973 wurden alle [Mitglieder der trotzkistischen Gruppe] verhaftet, und das war das Ende. Sie klagten uns wegen konterrevolutionärer Tätigkeit, wegen Kritik an Fidel und deswegen an, weil wir sagten, in der UdSSR [herrsche] eine ranzige Bürokratie und die Arbeiterklasse habe dort keine Macht. Sie beantragten 9 Jahre Haft für mich, 14 für meinen Vater und ähnliche Strafen für andere Genossen.“ „Mein Vater starb 1976 – er sagte mir: ‚Ich bin sicher, dass unsere Ideen siegen werden und dass die Bürokratie nachgeben wird.‘ Und schließlich gibt sie ja auch nach.“ „Der globale Kapitalismus hat

sich von der Krise von 2008 nicht erholt, sie intensiviert sich. Schauen Sie auf Algerien oder auf die ‚Gelben Westen‘ in Frankreich. Die Menschen auf Kuba können das heutzutage sehen. Sie nutzen Fernsehen und Internet.“ Juan de León Ferrera Ramirez-Interview, a. a. O. (Anm. 4).

Zur Geschichte der Trotskisten auf Kuba vgl. Alexander, Robert J. (1991): *International Trotskyism 1929-1985. A documented analysis of the movement*. Durham, London (Duke University Press), S. 228–231. García Hernández, Frank (2017): „Cuba: la mala hora del trotskismo.“ *Cultura: debate y reflexión*. Anuario Instituto Cubano de Investigación Cultural Juan Marinello, hg. von Caridad Massón Sena. Havana, S. 30–42. Ferri, Claudia (2019): „Breve historia del trotskismo cubano.“ *La Izquierda Diario* (<http://www.laizquierdadiario.com>).

9 „In den Achtzigerjahren betrug die größte Spanne der Lohnunterschiede im öffentlichen Sektor 1 zu 4,5. Die Regierung garantierte zudem freien und gleichen Zugang zu den Ausbildungsinstitutionen, gleiche Grundversorgung mit Lebensmitteln für alle, ein öffentliches Gesundheitssystem, um das die Kubaner von allen Entwicklungsländern beneidet wurden, und freien Zugang zu Kunst und Kultur. Dem entsprechend hatte die kubanische Gesellschaft in den Achtzigern ein beispielloses Niveau von Gleichheit unter Menschen verschiedener [Hautfarbe und verschiedenen Geschlechts] erreicht – sowohl hinsichtlich der Lebenserwartung, der Schulausbildung, der Jobverteilung und sogar der Repräsentanz in den Machtstrukturen.“ Alejandro de la Fuente (2019): „Losing out in Cuba.“ *International New York Times*, 29. 5. 2019, S. 16.

10 Ein CUC entspricht gegenwärtig etwa 25 Pesos.

11 „Kubas egalitäre Gesellschaft war das Resultat von mehreren Jahrzehnten einer auf Gleichheit ausgerichteten Politik. [...] Die Löhne wurden gesetzlich reguliert und ohne jeden Unterschied – nach Geschlecht, Hautfarbe, sozialer Herkunft oder Zugehörigkeit zu diesem oder jenem sozialen oder familialen Netzwerk ausgezahlt.“ Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich aber „auf Kuba eine Art Zweiteilung ergeben: Der öffentliche Sektor folgt noch immer einer egalitären Logik, ermöglicht aber [den dort Beschäftigten] keinen sozialen Aufstieg. Nach offiziellen Angaben sind 32 Prozent der Beschäftigten im nichtstaatlichen Sektor tätig. Dieser wachsende private Wirtschaftssektor erzeugt diskriminierende Beschäftigungsstrukturen und trägt zu einer wachsenden Einkommens-Disparität nach Hautfarben bei.“ Alejandro de la Fuente, a. a. O. (Anm. 9).

12 So die Studentin „Lisbeth“ (Havanna) im Interview mit Puente Sierra, a. a. O. (Anm. 6).

13 *El hombre que amaba a los perros*. Barcelona (Tusquets Editores). Eine deutsche Übersetzung wurde 2011 im Zürcher Unionsverlag veröffentlicht.

14 „Sie brauchen dringend Theorie!“ Frank García Hernández im Interview mit Héctor Puente Sierra, a. a. O. (Anm. 6).

15 Die Kongress-Beiträge sollen in absehbarer Zeit in Buchform veröffentlicht werden. Zudem ist an zwei Nachfolge-Konferenzen in Sao Paulo und in Mexiko-City gedacht.

16 Steinberg, A. (2019): „First International Academic Meeting on Trotsky – Part I“, *Permanent Revolution* (Mountain View, California), May 2019, S. 3.

Helmut Dahmer im Verlag Westfälisches Dampfboot



Freud, Trotzki und der Horkheimer-Kreis

2019 – 525 Seiten – 45,00 € – ISBN 978-3-89691-271-8

2. Auflage

Die unnatürliche Wissenschaft

Soziologische Freud-Lektüren

2., unveränderte Auflage

2019 – 273 Seiten – 30,00 € – ISBN 978-3-89691-895-6

2. Auflage

Pseudonatur und Kritik

Freud, Marx und die Gegenwart

2., korrigierte & erweiterte Auflage

2013 – 415 Seiten – 39,90 € – ISBN 978-3-89691-943-4

3. Auflage

Libido und Gesellschaft

Studien über Freud und die Freudsche Linke

3., erweiterte Auflage

2013 – 599 Seiten – 39,90 € – ISBN 978-3-89691-939-7

Soziologie nach einem barbarischen Jahrhundert

2013 – 92 Seiten – 14,90 € – ISBN 978-3-89691-944-1

Interventionen

Revolutionen, Regressionen, Interpretationen

2012 – 194 Seiten – 19,90 € – ISBN 978-3-89691-916-8



WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

IT-GIGANTEN, ALGORITHMEN UND DIE LINKE

Große IT-Unternehmen wie Google und Facebook haben es sich zur Aufgabe gemacht, uns besser zu kennen als wir selbst, und nutzen das, um das Archiv des Weltwissens sowie unser soziales und politisches Leben zu organisieren. Das klingt groß und anspruchsvoll, aber das Motiv ist altbekannt: Es geht darum, Geld zu verdienen. Dieser Artikel versucht, eine Einschätzung darüber geben, was uns als Linke erwartet und was wir dagegen tun können.

■ **Silas L. Marker**

■ „Was es gibt, gibt es hier“. So der berühmte Werbespruch des [dänischen] Telefonbuchs „Die Gelben Seiten“.

Lass mich das für Dich googeln

Es hätte jedoch genauso gut das Motto für die Suchmaschine Google oder das soziale Medium Facebook sein können – zwei große Internet-Medienmonopole, die unser soziales und politisches Leben täglich durch eine Vielzahl von Algorithmen formen. Algorithmen in diesem Zusammenhang sind mathematische Codes, die unsere Suchergebnisse (für Google) und unseren Newsfeed (für Facebook) auf der Grundlage der Erfassung von Benutzerdaten zusammenstellen.

Zu „googeln“ ist ein ganz normales Verb geworden und in der Alltagssprache gleichbedeutend mit der Suche nach Informationen im Internet. Jede Sekunde verarbeitet Google dem Online-Medium *Internet Live Stats* zufolge über 40 000 Suchanfragen, d. h. 3,5 Milliarden Suchanfragen am Tag, und die verschiedenen Webseiten und Dienste von Google sind die am häufigsten besuchten im Internet (Halavais 2018). Eine Suche z. B. nach dem Wort „Algorithmus“ ergibt, während wir dies schreiben, ca. 3 020 000 Ergebnisse, verteilt auf eine unüberschaubare Anzahl von

Seiten. Studien zeigen jedoch, dass 80 % der Benutzer über die erste Seite nicht hinauskommen und nur sehr wenige über die dritte Seite hinausblättern (Cassin 2018: 46). Weiterhin zeigen Experimente mit Eye Tracking, dass unsere Augen zum oberen Rand der ersten Seite eines Suchergebnisses gerichtet sind und die weiter unten liegenden Ergebnisse häufig ignoriert werden (Guan & Cutrell 2007). Was oben oder auf der ersten Seite steht, bewerten wir als wahr, als Antwort auf unsere Frage oder als das Produkt, das wir am besten kaufen sollten.

So organisiert Google das Wissen der Welt im Internet. Ein ähnliches Projekt für unser politisches und soziales Leben finden wir bei Facebook, auf das sich der Rest dieses Artikels konzentrieren wird.

Facebook ist unser Fenster zur Welt; eine Linse, durch die wir unser soziales Leben erleben, an der öffentlichen Debatte teilnehmen und als politische Wesen agieren. Hier prüfen wir, „was passiert“, und wenn es auf Facebook nicht floriert, dann passiert es nicht. Fast 80 % der Dän*innen nutzen die sozialen Medien täglich und ein großer Teil der Nachrichtenverteilung und damit der öffentlichen Debatte und Meinungsbildung findet hier statt. Eine Studie der Denkfabrik Kraka ergab im Sommer 2018, dass immer mehr Dän*innen ihre Nachrichten vor allem aus

den sozialen Medien beziehen, was insbesondere für junge Menschen gilt (Wandsøe-Isaksen et al. 2018). Die Studie zeigte auch, dass junge Menschen sich mehr als andere auf das verlassen, was sie in den sozialen Medien lesen.

Wer in der Ehnedlisten¹ oder in der SUF aktiv ist, weiß, in welchem Umfang die interne Debatte und Mobilisierung in Gruppen stattfindet wie z. B. „Setz auf das rote Ø“ oder „SUF Info&Debatte“ – und wie man abgehängt ist, wenn man in keiner dieser Gruppen oder womöglich überhaupt nicht auf Facebook ist. Oft besteht der erste Schritt beim Starten einer Kampagne darin, eine Facebook-Seite zu erstellen, und ein wichtiger Teil der Mobilisierung für ein Meeting, eine Demonstration oder ein Sommercamp ist die Erstellung eines Facebook-Events mit einem schönen Event-Titelbild. Sogar die Kampagne #DeleteFacebook, die als Reaktion auf den Skandal von Cambridge Analytica im Jahr 2018 gestartet wurde, musste auf Facebook organisiert werden, was ein gutes Bild der Vormachtstellung der sozialen Medien als politischer Arena gibt. Dies hat mit dem Phänomen zu tun, das man in den Informationswissenschaften „Netzwerkeffekt“ nennt: Du musst auf Facebook sein, weil alle anderen da sind. Man spricht auch von der „fear of missing out“, der Angst, Diskussionen, Einladungen, Bilder usw. zu verpassen. So entstehen SoMe-Monopole, was Boykottaktionen gegen Facebook sehr schwierig macht.

Die politische Ökonomie der Algorithmen

All dies bedeutet offensichtlich, dass die Öffentlichkeiten des Internets in hohem Maße Orte der Macht sind. Einerseits gibt es klassische Machtkämpfe zwischen politischen Gegnern, weil unsere öffentlichen Debatten, wie ich bereits sagte, jetzt hier stattfinden, aber es wird auch eine Macht über uns, die Benutzer, ausgeübt, die sich in der Gestaltung unseres Wissens, unserer Erfahrungen, unseres Bewusstseins und unserer Einstellungen zeigt. Mit anderen Worten kann man nicht von einer Macht sprechen, die uns mit Drohungen, Strafen oder Pistolen zu etwas zwingt, sondern eher von einer unsichtbaren Macht, die das verteilt, was für unsere Augen sichtbar ist. Ich habe die Algorithmen an anderer Stelle mit einem Licht verglichen, das bestimmte Bereiche des Informationsdschungels beleuchtet und andere Stellen unsichtbar lässt (Markus 2018). Die Algorithmen zeigen uns, was zu sehen ist und was passiert, während der größte Teil des Restes unsichtbar bleibt.

Ebenso geheim und kompliziert, wie die Algorithmen der IT-Giganten sind (auf die ich noch einmal zurückkehre), genauso einfach ist ihr Geschäftsmodell, egal ob wir

von Facebook oder Google sprechen. Zunächst wird den Benutzer*innen ein Medium ohne Bezahlung zur Verfügung gestellt. Anschließend werden die Benutzer*innen überwacht, indem Daten über alles vom Standort bis zu ihren Verhaltensmustern, über ihre Online-Einkäufe, ihre E-Mail- und Chat-Korrespondenz sowie private Gespräche erfasst werden.

Man schafft mit anderen Worten eine veritable Überwachungsgesellschaft, für die selbst George Orwell die Phantasie gefehlt hätte, sie sich vorzustellen, wo Benutzer*innen sozusagen kostenlos für das Unternehmen arbeiten, indem sie Daten generieren. Drittens werden diese Daten Unternehmen und politischen Organisationen zur Verfügung gestellt, die gegen eine Gebühr die Möglichkeit haben, die gewünschten Gruppen durch psychologisches „Profiling“ und „Microtargeting“ mit den richtigen Botschaften zu erreichen: gezielte Ausrichtung bestimmter Botschaften, die auf bestimmte Gruppen zugeschnitten sind, basierend auf ihren psychologischen und Verhaltensprofilen. Die Zeitung *The Guardian* berichtete zum Beispiel 2017, dass Facebook seinen Werbetreibenden erzählt, dass der Algorithmus Teenager identifizieren kann, die sich wertlos oder unsicher fühlen, damit Werbetreibende Produkte und Botschaften genau diesen Jugendlichen verkaufen können (Levin 2017).

Es hat sich gelinde gesagt als gutes Geschäft erwiesen: Im Jahr 2018 endete Facebook mit einem Umsatz von 55,8 Mrd. US-Dollar, während Google im selben Jahr nicht weniger als 136,22 Mrd. US-Dollar umsetzte. Facebook und Google werden nicht umsonst als *IT-Giganten* bezeichnet. Die amerikanische Harvard-Professorin Shoshana Zuboff geht sogar so weit, von einem dezidierten Überwachungskapitalismus als einer völlig neuen Stufe im Kapitalismus zu sprechen (Zuboff 2019). Mit einer Fortschreibung von Marx könnte man hinzufügen, dass sich der Reichtum der kapitalistischen Länder (auch) als immense Ansammlung von Daten zeigt.

Fragmentierte Öffentlichkeiten

Eine der auffälligsten Konsequenzen der Targeting-Tools und der Algorithmen von Facebook im Allgemeinen sind die hoch personalisierten Newsfeeds, die die Benutzer*innen erhalten. Jedes Mal, wenn man sich anmeldet, wird ein Stream mit Suchanfragen, Bildern, Nachrichten usw. aus den eigenen Daten generiert. Wie die Personalisierung vor sich geht, wissen wir nicht im Detail, aber mit unserer Kenntnis des Geschäftsmodells von Facebook wissen wir, wofür der Algorithmus entwickelt

wurde: Uns so lange wie möglich auf der Plattform zu halten, damit wir so lange wie möglich Werbung ausgesetzt sind. Daher zeigt uns der Algorithmus das, wovon er glaubt, dass es uns festhält, ob es sich nun um Katzenvideos, politische Debatten oder rechtsgerichtete Fake-News handelt.

Wie gesagt ist Facebook unser Fenster zur Welt. Wenn unsere jeweiligen Fenster zur Welt vom Algorithmus personalisiert werden, muss das auch bedeuten, dass unsere Bilder von der Welt unterschiedlich sind. In diesem Zusammenhang spricht man in der Informationswissenschaft insbesondere von einem Phänomen namens „Filterblasen“, das eben diese Sortierung von Informationen, die der Algorithmus den Benutzer*innen liefert oder nicht liefert, beschreibt (Pariser 2011). Verwandt mit den Filterblasen sind „Echokammern“; das sind Enklaven, typischerweise in Form von (oft geschlossenen) Gruppen oder Netzwerken, in denen die Benutzer ihre Einstellungen einander ständig bestätigen und sich gegenseitig extremisieren (Sunstein 2011).

Das Interessante und Sensationelle an diesen beiden Phänomenen ist ihre Fähigkeit, Weltbilder zu schaffen und Meinungen zu bilden. Wenn man Filterblasen und Echokammern erzeugen oder manipulieren kann, kann man die Sicht der Menschen auf die Welt formen. Darüber hinaus stellt dies eine besondere Herausforderung für sozialistische Aktivist*innen dar, die „die breite Öffentlichkeit“ ansprechen möchten, wie es oft genannt wird, wenn eine Botschaft herausgegeben und eine Agenda festgelegt werden soll – was soll man tun, wenn es nicht eine einzige Öffentlichkeit gibt, sondern ganz viele verschiedene ohne Verbindung miteinander?

Wie wird man gesehen und gehört?

Soziale Medien sind für politisch Aktive besonders interessant, weil sie jedem die Möglichkeit geben, eine Botschaft zu senden. Wichtig ist aber nicht nur, eine Botschaft veröffentlichten zu können, sondern auch, dass sie gehört wird, und möglichst von den Richtigen. So lautet die Frage für sozialistische SoMe-Aktivist*innen: Wie stellen wir sicher, dass wir mit unseren Botschaften andere erreichen als diejenigen, die schon vorher mit uns einig waren?

Wie gesagt, der Algorithmus ist streng geheim. Es gibt viele Faustregeln und Platzierungstipps, von der besten Zeit bis zur besten Art von Inhalten, wenn man eine große Reichweite für seine Veröffentlichung erreichen möchte. Das Problem mit dieser Art von Tipps ist, dass sie schwer zu überprüfen sind, weil Facebook seinen Algorithmus

genauso geheim hält wie Coca-Cola das Rezept für seinen Sirup, denn das müssen sie. Darüber hinaus wird Facebook den Algorithmus von Zeit zu Zeit ändern, ohne es zu sagen. Der Algorithmus ist, mit den Worten des amerikanischen Rechtsprofessors und Algorithmenexperten Frank Pasquale, eine „Black Box“ (Pasquale 2015).

Wir wissen jedoch mit einiger Gewissheit, dass Facebooks Algorithmen *Engagement* belohnen – Teilen, Liken und Kommentare. Dies liegt hauptsächlich daran, dass der Algorithmus so konzipiert ist, dass wir so lange wie möglich auf der Plattform bleiben. Aus der Sozialpsychologie wissen wir, dass Engagement vor allem durch die sogenannten *negativen handlungsmobilisierenden Emotionen*, insbesondere die Gefühle von Wut, Angst und Hass, erzeugt wird (Berger 2013). Ein Link mit einem Titel wie „ASYLANTENKIND ZÜNDET SCHULBUS AN – HIER DIE BILDER, DIE DIE MEDIEN NICHT ZEIGEN“ schafft daher mehr Engagement als ein idyllisches Bild der eigenen Gartenlaube, egal wie schön es auch sein mag. Dies scheint die Rechte besser verstanden zu haben als die Linke, obwohl der Linken eigentlich nicht die Themen fehlen, die die Menschen auf die Barrikaden treiben könnten.

Was tun?

Die Linke kann natürlich nicht einfach die Rhetorik der Rechten und ihren Einsatz von Ärger und Angst erzeugenden Falschinformationen kopieren. Aber was dann? Im Allgemeinen ist dies relativ unerforschtes Land für die Linke, und es ist alles in allem nicht sicher, was für uns funktionieren wird. Daher muss man als Sozialist*in verschiedene Konzepte und Methoden ausprobieren, um herauszufinden, was funktioniert und Engagement bei denen schafft, die man erreichen möchte. Natürlich sollten wir die Forschungen sowohl in der Sozialpsychologie als auch in der Natur der Algorithmen nutzen, aber wir können uns nicht auf Experten, Fachleute und Tricks verlassen, die irgendwer im Internet gelesen hat. Wir sollten anerkennen, dass es sich nicht um eine exakte Wissenschaft handelt, und ständig unser eigenes Wissen auf diesem Gebiet produzieren, unsere Methoden entwickeln und bewerten und unsere Ergebnisse diskutieren.

Mit Medien wie Solidaritet (und dazugehörigen Plattformen), Konfront, Efertryk, Socialistisk Information, Friktion und Arbejderen wird ein Bild einer echten linken Gegenöffentlichkeit in Dänemark gezeichnet, die als Sammlung von Privatpersonen verstanden wird, die über öffentliche Angelegenheiten diskutieren (Habermas

2009), in *Opposition* zu den dominierenden Meinungen und Normen der bürgerlichen Öffentlichkeit (Warner 2014). Eine solche Gegenöffentlichkeit ist wichtig, weil sie eine Sphäre gemeinsamer linker Erfahrungsbildung, Meinungsaustausch, Geschichtsschreibung, Horizontbildung sowie Entwicklung von Sprache und Bewusstsein ist (Negt & Kluge 2016). Die weitere Aufgabe besteht darin, mehr Menschen in diese Sphäre zu bringen, und hier spielen die sozialen Medien eine entscheidende Rolle als Fenster der Menschen zur Welt. Die Frage ist nur, wie sichergestellt werden kann, dass die linke Öffentlichkeit in diesem Fenster auch gesehen wird.

29. Juni 2019

Quelle: <http://socinf.dk/venstrefloejjen-algoritmerne-og-tech-giganterne>

■ *Übersetzung aus dem Dänischen und Anmerkungen:*
Björn Mertens

Literaturhinweise

- Berger, J. 2013. *Contagious. How to build word of mouth in the digital age.* London/New York/Sydney/Toronto/New Delhi: Simon & Schuster.
- Cassin, B. 2018. *Google Me. One-Click Democracy.* New York: Fordham University Press.
- Guan, Z. & Cutrell, E. 2017. „An eye tracking study of the effect of target rank on web search,“ i CHI '07 Proceedings of the SIGCHI Conference on Human Factors in Computing Systems, San Jose, Calif. April 28–May 3. New York: ACM Press, pp. 417–20.
- Habermas, J. 2009. *Borgerlig offentlighed.* København: Informations Forlag. (Deutsches Original: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*).
- Halavais, A. 2018. *Search Engine Society.* Cambridge: Polity Press.
- Internet Live Stats: Google Search Statistics. Link: <http://www.internetlivestats.com/google-search-statistics/> (Tilgâet 26.06.2019)
- Levin, S. 2017. „Facebook told advertisers it can identify teens feeling ‘insecure’ and ‘worthless.’“ *The Guardian*, 01.05.2017.
- Marker, S. L. 2018. „Det er ikke dig, der styrer dit newsfeed.“ *Information*, 5.10.2018.
- Negt, O. & Kluge, A. 2016. *Public Sphere of Experience. Analysis of the Bourgeois and Proletarian Public Sphere.* London: Verso. (Deutsches Original: *Öffentlichkeit und Erfahrung*).
- Pariser, E. *The Filter Bubble. What the Internet is Hiding from You.* London: Penguin Books.

Pasquale, F. 2015. *Black Box Society.* Cambridge: Harvard University Press.

Sunstein, C. 2011. *Going to extremes. How like minds unite and divide.* Oxford: Oxford University Press.

Wandsøe-Isaksen, R., Vasiljeva, K. og Pedersen, F. D. 2018. Ingen truende medieudvikling – men bekymringspunkter. Link: http://kraka.org/sites/default/files/public/6.1_bagg-grundsnotat_medieanalysen.pdf (tilgâet 26.06.2019).

Warner, M. 2014. *Publics and Counterpublics.* New York: Zone books.

Zuboff, S. 2019. *The age of surveillance capitalism. The fight for a human future at the frontier of power.* New York: Public Affairs.

Opplâet i Facebook <<http://socinf.dk/emner/facebook/>>, Kultur

<<http://socinf.dk/emner/kultur/>>

1 Die „rot-grüne Einheitsliste“ (Enhedslisten – de Rød-Grønne) ist ein Bündnisprojekt verschiedener Organisationen der radikalen Linken. Bei der Parlamentswahl 2019 erhielt sie 6,9 % der Stimmen. Ihr Kennbuchstabe auf den Stimmzetteln ist „Ø“. Die ihr nahestehende Jugendorganisation heißt „Sozialistische Jugendfront“ (*Socialistisk UngdomsFront*, SUF).

MENSCHLICHE ZIVILISATION VOR DEM AUS?

„Wie alles zusammenbrechen kann“, so lautet der Titel eines 2015 erschienenen Buches. Darin knüpfen die Autoren, Pablo Servigne und Raphaël Stevens, an die These vom Zusammenbruch der Zivilisation an, die von dem Erfolgsautor Jared Diamond gestreut worden ist. Mit dem Anspruch, sich auf die Feststellung eines unvermeidlichen Zusammenbruchs im Lichte wissenschaftlicher Diagnosen zu beschränken, schufen die beiden Autoren den Begriff der „Kollapsologie“, also die Wissenschaft der ökologischen Katastrophe, die zum Zusammenbruch der menschlichen Gesellschaft führt. Im folgenden Text setzt sich der Autor kritisch mit dieser „Theorie“ auseinander.

■ **Daniel Tanuro**

Die „Kollapsologie“ und der Ökosozialismus haben einige Gemeinsamkeiten, aber auch gravierende Unterschiede. Es ist zu hoffen, dass die Debatte es ermöglichen wird, sie zu glätten oder wenigstens zu klären. Dazu wollen wir hier einen Beitrag leisten. In einem wichtigen Punkt besteht Einigkeit: Dies ist keine Krise im Sinne einer Wirtschaftskrise oder akuter Bauchschmerzen, also eines temporären Phänomens. Was wir hier erleben, ist unendlich viel ernster. Aber trotz alledem ist die künftige Entwicklung weiter offen und der Kampf steht auf der Tagesordnung, nicht Trauer und Resignation.

Nach dem Internationalen Geosphären-Biosphärenprogramm (IGBP) hängt die Nachhaltigkeit der menschlichen Zivilisation von neun ökologischen Parametern ab. Für jeden einzelnen ist eine Gefahrgrenze festgelegt, die nicht überschritten werden darf. Die fortschreitende Erholung der Ozonschicht ist dabei der einzige positive Punkt. Für zwei weitere Parameter ist diese Gefahrgrenze unbekannt. Für drei der sechs anderen ist sie bereits überschritten: der Verfall der Biodiversität, die Beeinträchtigung des Stick-

stoffkreislaufs und die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre.

Beschränken wir uns auf einen Indikator für den Klimawandel: Wissenschaftler schätzen den Kipppunkt auf +1 °C bis +4 °C (im Vergleich zur vorindustriellen Ära), ab dem die grönländische Eiskappe auseinanderbrechen wird, was letztlich dazu führt, dass der Meeresspiegel um sieben Meter steigt. Seit 2016 liegt die globale Erwärmung über 1 °C, so dass wir uns in der Gefahrenzone befinden. Auf jeden Fall ist ohne drastische Maßnahmen ein Anstieg des Meeresspiegels um 60 bis 80 cm in den kommenden Jahrzehnten sehr wahrscheinlich. Mehrere hundert Millionen Menschen werden dann gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen.

Wir wären nicht in dieser tragischen Situation, wenn im Gefolge der Konferenz von Rio 1992 eine ernsthafte Reduzierung der Treibhausgasemissionen beschlossen worden wäre. Aber die Emissionen sind schneller als je zuvor gestiegen. Im Jahr 2017 wurde sogar ein Rekord gebrochen: eine Zunahme um 3,7%! Beim derzeitigen Rhythmus wird das Kohlenstoffbudget, das eine Zweidrittel-Chance auf

eine Erwärmung von nicht mehr als 1,5 °C bietet, im Jahr 2030 ausgeschöpft sein; das „2°C-Budget“ wird im Jahr 2050 ausgeschöpft sein.

Die „Kollapsologen“ kommen zu dem Schluss, dass ein Zusammenbruch unvermeidlich ist und bereits begonnen hat¹. Sie folgen dabei der Analyse von Jared Diamond: Die Gesellschaft sägt den (ökologischen) Ast ab, auf dem sie sitzt; daher wird sie zusammenbrechen, so wie andere Zivilisationen in der Vergangenheit zusammengebrochen sind (die Osterinsel, die Mayas etc.)². Was bedeutet das? Es handelt sich dabei nicht nur um den Zusammenbruch einer politisch-staatlichen Struktur, wie es beim Fall des Römischen Reiches der Fall war, sondern um einen „Ökozid“, der zur Überschreitung der „Tragfähigkeit“ und zum Untergang eines großen Teils der Bevölkerung oder gar der Mehrheit davon führen wird. Die Resonanz auf diese These wurde durch die Übertragung vermeintlicher Vorgänge auf der Osterinsel erzielt. Laut Diamond vermehrten sich die Inselbewohner zunächst auf 30 000 und hätten dann das Ökosystem zerstört, indem sie die Palmenwälder gefällt hätten, um ihre Statuen aufstellen zu können. Damit wäre die Bevölkerung um 80 % dezimiert worden. Der heutige Planet sei in der gleichen Situation und ein globaler Zusammenbruch stehe bevor.

Diese Sichtweise wird von Pablo Servigne und Raphaël Stevens aufgegriffen. Bloß ist es so, dass diese Ereignisse auf der Osterinsel überhaupt nicht so passiert sind. Inzwischen steht fest, dass die Insulaner nie mehr als 3500 gezählt haben. Die Palmenwälder sollen durch die Vermehrung von Nagetieren, die von den Polynesiern eingeschleppt worden waren, vernichtet worden sein. Das Geheimnis, weswegen die Errichtung von Statuen eingestellt worden ist, lässt sich durch soziale Faktoren erklären. Den Gnadenstoß erhielt die dortige Zivilisation von außen: dem Einfall der Sklaveneintreiber, die die Bevölkerung dezimiert haben.

Fachleute für die verschiedenen von Diamond zitierten Beispiele haben sich zusammengetan, um gemeinsam ein lesenswertes Buch zu schreiben: *Questioning Collapse*³. Es ist eine wissenschaftliche Arbeit, kein weit verbreitetes Buch, hatte also nicht die Resonanz wie der „Zusammenbruch“. Aber warum zitieren Wissenschaftler wie Pablo Servigne und Raphaël Stevens immer wieder Diamond und erwähnen nicht *Questioning Collapse*, das zu dem Schluss kommt, dass die These vom ökologischen Untergang von Zivilisationen in der Vergangenheit unbegründet ist? Sie könnten dies getrost tun, weil in Bezug auf die Gegenwart die „Kollapsologen“ völlig Recht haben: Die Umweltzerstörung bildet eine echte Gefahr für den Untergang der

Zivilisation. Die Ökosozialist*innen teilen diese Sorge voll und ganz. Andererseits sind wir überhaupt nicht einverstanden mit der resignativen Art und Weise, diesen Untergang als ein unvermeidliches und daher hinzunehmendes Ereignis zu betrachten.

Pablo Servigne erklärt in einem Interview, dass diese Unvermeidlichkeit durch ein „Bündel wissenschaftlicher Erkenntnisse“ gestützt werde⁴. Diese Aussage ist äußerst fragwürdig. In Wahrheit, wenn Fachleute für Umweltgefahren von der strikten Tatsachenfeststellung ausgehen, ergeben sich zwei grobe Orientierungen.

Die erste ist diejenige von Wissenschaftler*innen, für die das Wachstum eine heilige Kuh ist. Sie glauben, dass Wundertechnologien Katastrophen werden verhindern können, ohne etwas am Wirtschaftssystem zu ändern. Diese Ausrichtung repräsentiert eindeutig die Mehrheit. Im fünften Weltklimaratsbericht (der die bestehenden Arbeiten zusammenfasst) basieren mehr als 90 % der Szenarien, um unter der Zwei-Grad-Grenze der Erwärmung zu bleiben, auf der Annahme eines massiven Einsatzes von Bioenergie mit CO₂-Abscheidung und -Speicherung (eine Form des Geo-Engineerings voller ökologischer und sozialer Risiken).

Die zweite, stark minderheitliche Orientierung kommt von Forscher*innen, für die Wachstum unheilvoll ist, die aber die Verantwortung für die Katastrophe der Menschheit zuschreiben. Technologie und gesellschaftliche Produktion, so argumentieren sie, seien per definitionem produktivistisch. Die Vorstellung, dass die heutige Gesellschaft direkt an die Wand fährt, weil sie auf den Profit von Kapitalist*innen abzielt, die um Marktanteile kämpfen, kommt ihnen gar nicht in den Sinn. Infolgedessen ist die Reduzierung der Bevölkerung die einzige Lösung für diese Leute. Einige von ihnen sagen, dass die Erde an der Menschheit krankt. Der Untergang der Menschheit scheint ihnen leichter vorstellbar als der des Kapitalismus, der notabene erst seit zweihundert Jahren existiert.

Generell haben diese beiden Denkschulen gemeinsam, dass sie so tun, als würden die sozialen Beziehungen der kapitalistischen Gesellschaft durch Naturgesetze geregelt. Anstatt „die Wissenschaft“ in diesem Punkt zu kritisieren, öffnen die „Kollapsologen“ sie jedoch nach.

In dem oben zitierten Interview erklärt Pablo Servigne, dass der Zusammenbruch unvermeidlich sei, weil „unsere Gesellschaft sowohl auf fossilen Brennstoffen als auch auf dem Schuldenwesen basiert“: „Um zu funktionieren, braucht sie immer mehr Wachstum“, oder „ohne fossile Brennstoffe gibt es kein Wachstum mehr“, „daher werden die Schulden nie zurückgezahlt“, „und demnach wird unser

gesamtes sozioökonomisches System zusammenbrechen“, sagt er. Die gleiche Analyse wird in dem Buch ausgebreitet, das er mit Stevens verfasst hat.

Man darf jedoch nicht Äpfel (fossile Brennstoffe) mit Birnen (Schulden) vergleichen. Die fossilen Energiekonzerne und ihre Aktionäre wollen nicht aufhören, die fossilen Energiereserven auszubeuten, weil sie damit eine Finanzblase platzen lassen würden, einverstanden. Aber diese Blase besteht aus fiktivem Kapital und ist das Ergebnis von Spekulationen. Das hat nichts mit der physischen Welt zu tun. Es gibt kein Naturgesetz, das besagt, dass die Rechnung für das Platzen der „Kohlenstoffblase“ vom Rest der Gesellschaft bezahlt werden muss. Und ebenso wenig ist es ein Naturgesetz, dass das Platzen dieser Blase den Zusammenbruch der Weltbevölkerung zur Folge hätte. Genauso wenig besagt ein Naturgesetz, dass der einzige Weg, dieser Bedrohung zu entkommen, darin besteht, zu „trauern“ und sich aufs Land zurückzuziehen, um kleine widerstandsfähige Gemeinschaften aufzubauen (interessante Erfahrungen übrigens; sie sind jedoch nicht Gegenstand der Debatte). Sollen die Aktionär*innen die Kosten ihres Missmanagements tragen und das Schuldenproblem ist gelöst.

Mehr als die Hälfte der Treibhausgasemissionen ist auf die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung zurückzuführen. Mit anderen Worten: Mehr als die Hälfte des Energieverbrauchs wird für die Bedürfnisse der Reichen verwendet. Wenn wir die Energieverschwendung bei der Herstellung von Waffen (zur Verteidigung der Interessen der Reichen) und von Produkten mit programmierter Obsoleszenz (zur Steigerung der Gewinne der Reichen) sowie die Verschwendung von fast der Hälfte der weltweiten Nahrungsmittelproduktion (hauptsächlich aufgrund des von den Reichen verantworteten Profitstrebens) hinzurechnen, ergibt sich eine grundlegend andere Analyse. Ist die Situation äußerst ernst? Jawohl! Besteht die Gefahr eines Zusammenbruchs? Jawohl! Aber dieser Ausgang ist keineswegs „unvermeidlich“. Er kann unvermeidlich werden, wenn wir keine antikapitalistischen Alternativen durchsetzen. Nuance! Die alternativen Gemeinschaftsprojekte müssen daher mit einer sozialen Strategie und antikapitalistischen Kämpfen kombiniert werden, insbesondere um die Expansionspläne des fossilen Kapitals zu blockieren.

Indem sie sich weigern, diese einfache Schlussfolgerung zu ziehen, begeben sich die Kollapsologen auf sehr rutschiges Gelände, nämlich das der fatalistischen Resignation gegenüber der Gefahr, dass Hunderte von Millionen Menschen mit ihrem Leben für die Zerstörung der Umwelt durch den wachstumsfixierten Wahnsinn des Kapitals bezahlen.

Servigne und Stevens beschwören in ihrem Buch völlig kritiklos die Prognosen des Untergangs von mehr als der Hälfte der Weltbevölkerung. Ihr fatalistischer Aufruf, „die Trauer hinzunehmen“, könnte daher eine unheimliche Bedeutung annehmen. Diese drohende Entgleisung ergibt sich exakt daraus, dass die „Kollapsologie“ die sozialen Beziehungen als genauso naturgegeben ansieht wie die Forscher*innen, die die oben genannte zweite Orientierung verfechten, von denen einige (z. B. Diamond) Neomalthusianer sind. Pablo Servignes zögerliche Einlassungen zu Malthus sind übrigens aufschlussreich: Sein „kollapsologisches“ Leseraster hindert ihn zu erkennen, dass der Autor des *Bevölkerungsgesetzes* kein Ökologe ante litteram⁵ war, sondern der zynische Ideologe der Ausrottung der Armen zugunsten der Akkumulation durch die Reichen⁶.

In einem zweiten Buch (geschrieben mit Gauthier Chappelle) greift Pablo Servigne Kropotkins Gedanken über die gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt auf⁷. Das ist ein zentraler Punkt. Insbesondere, dass die Zusammenarbeit ein Merkmal des Homo sapiens als soziales Tier ist. Der Kapitalismus, der auf dem Kampf aller gegen alle basiert, ist daher eine unnatürliche Produktionsweise. Es ist zu hoffen, dass diese Feststellung es den „Kollapsologen“ ermöglicht, aus ihrer Trauer und Resignation herauszukommen. Aber es reicht nicht aus, die Biologie zu Hilfe zu rufen. Denn die menschliche Natur existiert konkret nur durch ihre historischen Formen. Wahre gegenseitige Hilfe, die sich spontan, aber flüchtig in Katastrophenfällen offenbart, kann sich nur in der Selbstorganisation des Kampfes gegen die kapitalistische Zerstörung festigen. Letztendlich muss sie, um sich durchzusetzen, die Grundlagen für eine andere Gesellschaft legen, die auf der Befriedigung der echten menschlichen Bedürfnisse beruht, die demokratisch und umsichtig unter Achtung der Ökosysteme bestimmt werden. Es ist dieser Kampf und diese historische Form, was wir Ökosozialismus nennen.

Aus *Moins!*, Zeitschrift für politische Ökologie in der französischsprachigen Schweiz

■ Übersetzung: MiWe.

1 *Comment tout peut s'effondrer. Petit manuel de collapsologie*, Pablo Servigne und Raphaël Stevens, Seuil, 2015.

2 Jared Diamond, *Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen.*, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2005

3 *Questioning Collapse. Human Resilience, Ecological Vulnerability, and the Aftermath of Empire*, Patricia A. McAnany et al., Cambridge University Press, 2010

4 *Reporterre*, 7. Mai 2015

5 Ökologe ante litteram svw. Vorläufer der Ökologie, ein Ökologe, bevor es diesen Begriff überhaupt gab

6 Interview in *Contretemps* vom 7. März 2018. Die Kollapsologen sagen, dass die armen Bevölkerungen des Südens vom Zusammenbruch am wenigsten betroffen sein werden, weil sie ein weniger künstliches Dasein führen. Das ist das genaue Gegenteil dessen, was zu passieren droht und bereits vor unseren Augen passiert – aber wundert uns das?

7 *L'entraide. L'autre loi de la jungle*, Pablo Servigne und Gauthier Chapelle, Les liens qui libèrent, 2017.



Neu bei ISP

Daniel Tanuro

Klimakrise und Kapitalismus



Daniel Tanuro

Klimakrise und Kapitalismus

181 Seiten, 19,80 Euro
ISBN 978-3-89900-146-4

Neuer ISP Verlag GmbH

Belfortstr. 7, D-76133 Karlsruhe

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

SYRIZA HAT DER RECHTEN DAS NEST GEBAUT

„Im Grunde sind Alexis Tsipras und seine Regierung der Ausdruck der tragischen Rolle, die die radikale Linke in Griechenland historisch in Krisenzeiten mehrfach gespielt hat: Da die liberalen und konservativen Parteien politisch nicht in der Lage sind, bürgerliche Interessen zu repräsentieren oder gar einen bürgerlichen Staat nach konventionellen Maßstäben zu führen, hat die Linke diese Funktion ausgefüllt. Das beste Beispiel dafür ist die Beilegung des Namensstreits mit Nord-Mazedonien, den auch die Nea Dimokratia und ihr nationalistischer Flügel wie vieles andere kaum rückgängig machen wird. Nun setzen sich die alten Eliten und ihre Vertreter (Vertreterinnen sind stark unterrepräsentiert) wieder ins gemachte Nest.“ (Gregor Kritidis)

Nachfolgend veröffentlichen wir ein Interview mit dem LAE-Mitglied Stathis Kouvelakis über die Ursachen dieses Wahlergebnisses und einen Beitrag des britischen Marxisten Michael Roberts über die wirtschaftlichen Hintergründe.

„TSIPRAS HAT DIE HOFFNUNG VERNICHTET“

Interview von **Mathieu Dejean** mit **Stathis Kouvelakis**

Wie erklären Sie sich das wohl einschneidendste Resultat dieser Wahlen: die bittere Niederlage von

Syriza vier Jahre nach ihrem Wahlerfolg?

Kouvelakis: Die Gründe dafür sind recht einfach: Syriza war damals für ihr Versprechen gewählt worden, die Partei zu sein, die mit der Sparpolitik bricht. Während der ersten sechs Regierungsmonate (nach ihrem ersten Regierungsmandat vom Januar bis September 2015) hat sie versucht, Widerstand (gegen die Troika) zu leisten, um dann zu kapitulieren und die zuvor kritisierten Vorgaben aus dem Memorandum punktgenau umzusetzen. Mit ihrer Sparpolitik hat sie die absehbaren Folgen in Form sozialer und wirtschaftlicher Verheerungen geschaffen. Somit wurde Syriza wie alle linken Parteien abgestraft, die, wenn sie an die Macht gelangt sind, das Gegenteil dessen

tun, was sie versprochen hatten. Damit hat Syriza den Weg für die Rückkehr der Rechten geebnet, obwohl diese in Griechenland besonders stark diskreditiert war.

Welche Bilanz ziehen Sie aus den vier Amtsjahren einer Partei, die anfänglich als linksradikal galt und unter der Linken in Europa große Hoffnungen geweckt hatte?

Ein einziges Desaster. Syriza hat die Politik ihrer Vorgängerregierungen bis auf ein paar eher symbolische Gesten schlicht fortgesetzt. Den Zahlen nach gab es einen kleinen wirtschaftlichen Aufschwung, tatsächlich jedoch hat das Land seit Ausbruch der Krise ein Viertel seines Vermögens verloren, die Arbeitslosigkeit liegt bei fast 20 % und Griechenland liegt an dritter Stelle in Europa, was das Armutrisiko angeht – bloß Rumänien und Bulgarien sind noch schlechter. Fast eine halbe Million Griech*innen – und zwar ganz überwiegend hochqualifizierte – haben das Land seit Beginn der Krise verlassen – mit wachsender Tendenz, was übrigens die leichte Abnahme der Arbeitslosigkeit erklärt.

Hat Tsipras nicht auch einige Erfolge vorzuweisen, wie die Einbürgerung der Immigrantenkinder, die Anhebung des Mindestlohns oder das Recht auf soziale Versorgungsleistungen?

Im Vorfeld der Wahlen hat Tsipras ein paar populäre Maßnahmen durchgeführt. Die Wiederherstellung des allgemeinen Zugangs zur Gesundheitsversorgung ist bloß ein Mindeststandard, wie er von den internationalen Institutionen, die Griechenland unter ihrer Kuratel halten, empfohlen wird. Diese Wahlgeschenke haben kaum darüber hinwegtäuschen können, dass er mit seiner vorigen Politik die Sozialausgaben, besonders im Gesundheits- und Erziehungswesen, drastisch beschnitten hatte. Hinzu kommt, dass Tsipras, als im Sommer 2018 die Memoranden mit den Gläubigern ausliefen, ein Abschlussabkommen unterzeichnete, das das Land bis 2060 zur Sparpolitik verpflichtet, also auf einen Haushaltsüberschuss von 3,5 % bis 2022 und von 2,5 % bis 2060 – das alles nur, um eine Schuldenlast zu bedienen, die nie getilgt werden wird. Er hat Griechenland damit auf Jahre hinaus zum Sparen verdammt. Der jetzigen rechten Regierung wurden dadurch Tür und Tor für die geplanten politischen Maßnahmen geöffnet.

Noch im Januar 2015 glaubten Sie, dass ein Wahlsieg von Syriza „der radikalen Linken in Europa als Lokomotive dienen würde“. Was ist heute aus dieser radikalen Linken in Europa geworden?

Darin liegt womöglich noch ein größeres Desaster, ohne dass ich die Leiden der griechischen Bevölkerung banalisieren möchte. Mit seiner Kapitulation vor den europäischen Institutionen im Sommer 2015, eine Woche nachdem 62 % der Wähler*innen ein Sparpaket abgelehnt hatten, das weniger schwerwiegend war als das, was letztlich angenommen wurde, hat Tsipras verdeutlicht, dass die radikale Linke nichts anderes als ihre Vorläuferregierungen macht, wenn sie mal an der Macht ist. Darin liegt der schwerwiegendste und nachhaltigste Schaden: Er hat die Hoffnungen im eigenen Land erstickt, daneben aber dem übrigen Europa zu verstehen gegeben, dass die Linke – ob sozialdemokratisch oder radikal – genauso ist wie die Systemparteien. Danach kam es zum Aufschwung der extremen Rechten auf europäischer Ebene als scheinbar einziger Alternative. Bis zum Sommer 2015 war das Klima durchaus günstig für neue radikal linke Formationen wie bspw. Podemos. Nach Tsipras' Kapitulation jedoch gab es eine Trendwende, wonach außerhalb von Griechenland die extreme Rechte als die Kraft auf die Bühne trat, die den Unmut innerhalb der Bevölkerung i. W. für sich vereinnahmen konnte.

In Griechenland hingegen hat die neonazistische Goldene Morgenröte bei diesen Wahlen keinen Sitz mehr erringen können, aber die traditionelle Rechte hat gewonnen. Wie ist der neue Premierminister Kyriakos Mitsotakis einzuschätzen?

Das einzige positive Moment dieser Wahlen ist tatsächlich das Ausscheiden der Goldenen Morgenröte aus dem Parlament. Der Prozess gegen die Mörder von Pávlos Fýssas, ein junger Antifaschist, der von einem Neonazi getötet wurde, hat unter den Wähler*innen einen heilsamen Denkprozess ausgelöst. Dafür ist jedoch eine andere rechtsextreme Partei ins Parlament gekommen, auch wenn sie weder neonazistisch noch gewalttätig ist, nämlich die Griechische Lösung. Mitsotakis ist der Sprössling einer politischen Dynastie, die in den 60er und 90er Jahren mehrfach auf nationaler und regionaler Ebene an der Macht war. Er verkörpert die offenen neoliberalen Rechte und ist bspw. stolz darauf, mehrere

Tausend Beamte in seiner Amtszeit als zuständiger Minister entlassen zu haben.

Diese politische Sippe vertritt traditionell eine proatlantische, an Deutschland orientierte und extrem neoliberale Politik. Mitsotakis hat in seiner Wahlkampagne angekündigt, jedwede Beschränkung der Arbeitszeit aufheben und das Renten- und Gesundheitssystem privatisieren zu wollen. In seiner Partei der Nea Dimokratia sind ehemalige Politiker der extremen Rechten in Schlüsselpositionen und werden sicherlich der neuen Regierung angehören. Es handelt sich bspw. um Adonis Georgiádis und Makis Voridis, die zuvor in der harten, rechtsextremen Szene aktiv waren.

Mera25, die Partei des ehemaligen Finanzministers und tsiprasabtrünnigen Yanis Varoufakis hat neun Sitze errungen. Bedeutet dies, dass ein Teil der Wähler*innen noch an eine linke Wahlalternative glaubt?

Varoufakis hat erfolgreich einen Teil eines seit September 2015 stabilen Wählerstamms für sich gewinnen können, der zuvor für Gruppierungen links von Syriza mit zusammen 10 % gestimmt hat. Die größte von ihnen ist die stark sektiererische und stalinistische KKE, die ihre 5,5 % der Stimmen halten konnte. Die Partei von Varoufakis, die 2015 noch nicht existierte, kann zu einem Anziehungspol für bestehende kleine Formationen werden. Wichtig aber scheint mir, dass diese Partei nur durch die Persönlichkeit und mediale Präsenz ihres Vorsitzenden besteht und keine Verankerung in der Gesellschaft besitzt. Sie betreibt eine Metapolitik, die sich in den Medien und sozialen Netzwerken abspielt. Für die radikale Linke geht es nunmehr um einen langwierigen Wiederaufbau, für den neue Formen gefunden werden müssen.

Existiert eine Bewegung in der Bevölkerung, die nach einer Alternative zum Neoliberalismus in Griechenland strebt oder herrscht allgemeine Resignation?

Wir haben es mit einer traumatisierten und demoralisierten Gesellschaft zu tun, wo die Menschen nur noch damit beschäftigt sind, um ihr Überleben zu kämpfen. Syriza hat besser als erwartet abgeschnitten, indem sie von der Logik des kleineren Übels angesichts der wieder erstarkten neoliberalen Rechten profitiert hat. Aber Tsipras hat alle Hoffnung vernichtet und seit vier Jahren dominiert die Passivität in der Bevölkerung. Ich

ERGEBNIS DER PARLAMENTSWAHLEN

An den Parlamentswahlen am 7. Juli 2019 beteiligten sich knapp 5,8 Millionen von knapp 10 Millionen stimmberechtigten Wähler*innen. Die Enthaltung lag mit 42 % ähnlich hoch wie im September 2015. Im Einzelnen kam es zu folgenden Ergebnissen:

- Die Nea Dimokratia (ND) erzielte 39,85 % und 158 Sitze im Parlament, wobei ihr durch den „Siegerbonus“ 50 zusätzliche Sitze gewährt wurden. Im September 2015 hatte sie 28,09 % oder 75 Sitze errungen.
- Syriza („Koalition der Radikalen Linken“) erhielt 31,53 % oder 86 Sitze gegenüber 35,46 % oder 145 Sitzen (2015), was damals nicht für eine absolute Mehrheit langte.
- Die PASOK-Nachfolgeorganisation KINAL („Bewegung für den Wandel“) erzielte 8,1 % oder 22 Sitze vs. 6,29 % oder 17 Sitze 2015.
- Die KKE (Kommunistische Partei) erhielt 5,3 % oder 15 Sitze (5,55 % und 15 Sitze in 2015).
- Die neu gegründete rechtspopulistische Elliniki Lysi („Griechische Lösung“) erhielt 3,7 % und 10 Sitze.
- Die von dem ehemaligen Finanzminister unter Syriza neu gegründete MERA25 („Bündnis für realistischen europäischen Ungehorsam“) erreichte 3,44 % und 9 Sitze.
- Die faschistische Chrysi Avgi („Goldene Morgenröte“) fiel von 6,99 % und 18 Sitzen auf 2,93 % und damit unter die Drei-Prozent-Hürde.
- Die von der ehemaligen Parlamentspräsidentin und linken Syriza-Abgeordneten Zoé Konstantopoulou gegründete Plefsi Eleftherias erhielt mit 1,46 % ebenfalls kein Mandat.
- Die antikapitalistische Koalition Antarsya fiel von 0,85 % auf 0,41 % und die von ehemaligen linken Syriza-Mitgliedern gegründete LAE (Volkseinheit) gar von 2,86 % auf 0,28 %.

habe Griechenland noch nie so erlebt, dass einerseits die soziale Lage so ernst war und andererseits eine solche kulturelle und moralische Apathie herrschte.

Aus *Les Inrockuptibles* vom 8. Juli 2019

■ Übersetzung: MiWe

DER KREIS SCHLIESST SICH

Michael Roberts

Die letzten vier Jahre, als Syriza an der Regierung war, verliefen so stürmisch wie traurig zugleich. Syriza war mit dem Mandat an die Regierung gekommen, sich der Politik der Troika aus EZB, IWF und EU zu widersetzen, die der griechischen Bevölkerung im Gegenzug für die „Rettung“ der griechischen und ausländischen Banken und der Staatsschulden infame Sparmaßnahmen abverlangt hat. Am Anfang tat Syriza das auch und versuchte über Tsipras und [den damaligen Finanzminister] Varoufakis, ein Abkommen mit den führenden Vertretern der Eurozone zu erzielen, das ohne eine Austeritätspolitik auskäme. Als diese sowie die Troika unter der Federführung Deutschlands und der Niederlande ein solches Abkommen ablehnten, richtete Tsipras ein Referendum über das dritte „Memorandum“ der Troika aus, in dem die Griech*innen entscheiden sollten, ob sie die Sparpolitik hinnehmen oder ablehnen wollten. Obwohl es eine massive Propagandakampagne seitens der unternehmerfreundlichen Medien in Griechenland und im Ausland gab und Syriza eher kraftlos dagegenhielt, haben sich über 60 % der Abstimmenden gegen das Diktat der Troika entschieden. Einen Tag später jedoch ignorierte die Regierung das Ergebnis und kapitulierte vor der Troika.

In den folgenden vier Jahren hat die Syriza-Regierung alle Forderungen der Troika pflichtbewusst zu erfüllen versucht. Die Renten wurden gekürzt, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst entlassen und die Löhne eingefroren, Staatsbesitz wurde verkauft und die Steuern wurden drastisch erhöht. Varoufakis trat nach der Kapitulation im Juli zurück und sammelte Unterstützung auf einer Tour quer durch Europa und die Parteilinke trat aus Syriza aus und gründete eigene Parteien, aber ohne Erfolg. Die Syriza-Regierung hingegen zog ihre Politik durch, in der Hoffnung, dass, wenn sie die Sparmaßnahmen getreulich umsetzen würde, sie schlussendlich das Wirtschaftswachstum wieder ankurbeln und etwas Spielraum bei der Haushaltsgestaltung zurückgewinnen könne. Ihr Ziel dabei

war, wieder auf den „Markt“ zurückzukehren und neue Staatsanleihen zu begeben.

Die ersten Darlehen, die die Regierung von der Troika erhalten hatte, dienten dazu, die Milliarden schweren und praktisch wertlos gewordenen Staatsschulden bei den französischen und deutschen Banken zurückzuzahlen. Nachdem der Privatsektor derart gerettet worden war, wurden die Folgedarlehen dafür genutzt, die Verbindlichkeiten aus den früheren „Rettungsdarlehen“ seitens des IWF, der EZB und anderer Staaten zu bedienen. Dieser Teufelskreis führte dazu, dass mehr Schulden gemacht werden mussten, bloß um die alten Verbindlichkeiten zu tilgen, während die griechische Bevölkerung davon keine Mark sah, um die wirtschaftliche Depression zu mindern und die Lebensbedingungen zu verbessern. Die griechische Wirtschaftsleistung ging um 30 % zurück, die Renten und Löhne gar um 40 %. Tausende junger Menschen emigrierten auf der Suche nach Arbeit, die öffentlichen Dienste wurden dezimiert und die dort Beschäftigten entlassen. Auch in der Privatwirtschaft, ob Industrie, Bau, Handwerk oder Handel, wurden Stellen gestrichen.

Haben sich die Opfer gelohnt, um die kapitalistische Wirtschaft in Griechenland wieder in Gang zu bringen und Produktion, Beschäftigung und Einkommen steigen zu lassen? Die Antwort lautet schlicht Nein. Die Arbeitslosenzahlen sind nach wie vor hoch, besonders unter den Jugendlichen, wie die Grafik 1 zeigt.

Die Kapitalinvestitionen, die während der Schuldenkrise eingebrochen waren, liegen nach wie vor danieder. (Grafik 2)

Im Zuge der Austeritätspolitik wurden die Staatsausgaben verringert. (Grafik 3)

Das alles jedoch hat die Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP nicht gemindert, sondern die Schuldenquote vielmehr auf horrende 180 % erhöht, woran sich auf absehbare Zeit nichts ändern wird. Alle Sparmaßnahmen haben nichts an der Staatsverschuldung geändert, deren Ziel lediglich darin bestand, die aus- und inländischen Banken und die übrigen Gläubigerstaaten finanziell zu sanieren. Das Versagen der Privatwirtschaft, der griechischen Unternehmen sowie des internationalen Finanzkapitals wurde einfach auf die Bilanz des griechischen Staates umgebucht und lastet nunmehr als Hypothek auf den kommenden Generationen. (Grafik 4)

Die immensen Darlehen, die die EU-Instanzen der griechischen Regierung gewährt haben (IWF und EZB wurden ausbezahlt), sind niedrig verzinslich und müssen frühestens nach 10 Jahren zurückbezahlt werden. Aber

die Schulden werden damit nicht abgeschrieben, sondern müssen am Ende zurückgezahlt werden. Dafür muss die griechische Regierung einen enormen Haushaltsüberschuss generieren, um diese künftigen Zahlungen einschließlich der Zinsen leisten und neue Darlehen auf dem internationalen Finanzmarkt erhalten zu können.

Die gesamte Strategie der Syriza-Regierung beruhte auf der Annahme, dass ein mögliches künftiges Wirtschaftswachstum in der Eurozone die griechische Wirtschaft quasi automatisch mitziehen würde. Die dann eintretende Konjunktur würde zu mehr budgetärer Gestaltungsfreiheit führen, wovon wiederum die öffentlichen Dienste und die Rentenansprüche profitieren würden, ohne dass die Bedienung der Gläubiger dadurch beeinträchtigt würde.

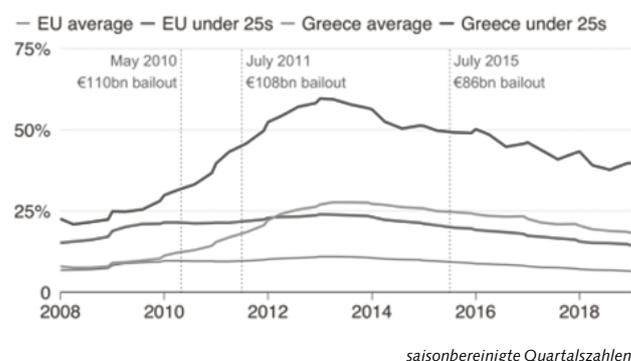
Die Entwicklung jedoch verlief anders. Das Wirtschaftswachstum im Euroraum seit der Schuldenkrise war erbärmlich, kam kaum über 2 % pro Jahr und stürzt nun wieder ab. Ich ging davon aus, dass die griechische Wirtschaft während der Schuldenkrise und der Kapitulation der Regierung Syriza um durchschnittlich mindestens 3 % pro Jahr wachsen müsste, um die Sparpolitik beenden zu können, wenn die Regierung ihre Verpflichtungen gegenüber der Troika weiter einhalten würde. Tatsächlich jedoch lag das Wachstum unter Tsipras gerade einmal knapp über 1 % pro Jahr, erreichte ein kurzes Hoch von 2 % und geht nun wieder auf 1,3 % zurück. (Grafik 5)

Die Regierungsübernahme durch den konservativen Mitsotakis erfolgt zu einem Zeitpunkt, zu dem sich das Wirtschaftswachstum (Investitionen und Handel) in der Eurozone und im weiten Rest der Welt bestenfalls abschwächt, schlimmstenfalls jedoch in eine Rezession einmündet.

Die wirtschaftliche Strategie der Syriza-Führung, das Troika-Diktat hinzunehmen, die Schuldenlast zu begleichen und in der EU zu bleiben, ist gescheitert. Die Folge daraus war eine völlige Desillusionierung über die Politik von Syriza, vor allem unter den Jugendlichen. Viele sind ins Ausland gegangen, um dort Arbeit zu finden, und diejenigen, die geblieben sind, haben entweder an der Wahl nicht teilgenommen oder haben für einen Regierungswechsel und damit für die Nea Dimokratia gestimmt. Diese Haltung wurde in den Medien breit dokumentiert.

Wie viele junge Griechen, plant Tasos Stavridis, das Land nach seinem politikwissenschaftlichen Diplom zu verlassen. „Unsere Finanzkrise hat viel länger gedauert, als wir erwartet haben, und wir sind es mittlerweile leid“, sagt der 22-Jährige. „Die meisten meiner Freunde wollen auch

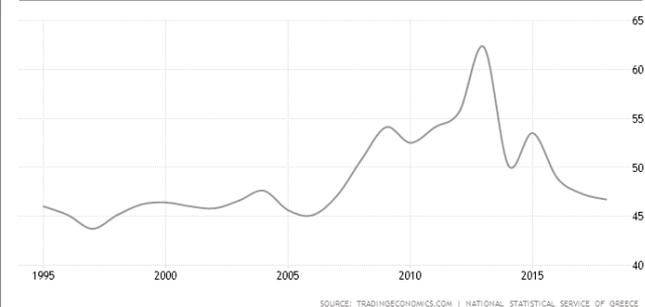
GRAFIK 1: HOHE ARBEITSLOSENQUOTE BEI DEN UNTER 25-JÄHRIGEN GRIECH*INNEN



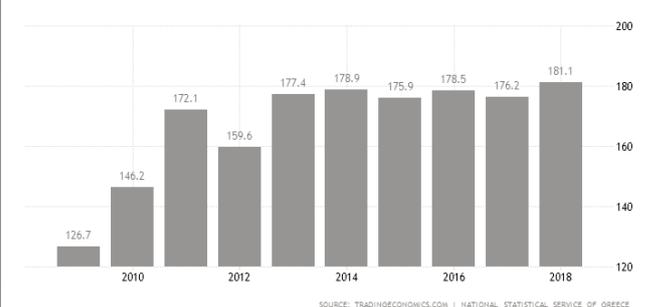
GRAFIK 2: BRUTTOINVESTITIONEN



GRAFIK 3: STAATSAUSGABEN IM VERHÄLTNIS ZUM BIP



GRAFIK 4: SCHULDENQUOTE



ins Ausland gehen. In Griechenland sind die Gehälter zu niedrig und die wirtschaftliche Situation zu schlecht,“ Was ist mit der Nea Dimokratia? „In Wahrheit sind ‚die‘ auch Schuld an der Krise“, gesteht Stavridis zu. „Aber ich glaube, Mitsotakis hat viele Veränderungen vorgenommen. Ich stimme mit dem Wirtschaftsprogramm dieser Partei überein und ich glaube, es wird uns helfen, aus dieser Misere zu entkommen. Wir müssen uns auf den Privatsektor konzentrieren, um unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern“, glaubt er. „Unser öffentlicher Sektor ist ineffizient und faul.“ Und Zoï Babaolou, eine 19-Jährige aus Thessaloniki, die bei den Europawahlen für die Nea Dimokratia stimmte, sagt: „Als meine Familie das letzte Mal etwas Linkes unterstützte, erwies es sich als viel schlimmer. Es ist besser, sich wieder in einen sicheren Hafen zu begeben.“ Und sie fügt hinzu: „Wir haben 2015 für eine Ideologie gestimmt, aber keine Veränderungen erlebt. Also geht es mir nunmehr eher um konkrete wirtschaftliche Maßnahmen.“

Hätte es eine Alternative zur Strategie von Tsipras und der Syriza-Führung gegeben, als im Juli 2015 das Referendum über die Ablehnung der Sparpolitik der Troika von der Mehrheit der griechischen Bevölkerung unterstützt wurde? Meines Erachtens ja. Eine Option, die von der linken Fraktion der Syriza-Abgeordneten unterstützt wurde, bestand darin, mit der EU und dem Euro zu brechen, zur griechischen Drachme zurückzukehren, die Währung abzuwerten, Kapitalkontrollen durchzusetzen, um eine Kapitalflucht zu verhindern, die Schulden nicht mehr anzuerkennen und wieder auf staatliche Konjunkturprogramme zu setzen.

Dafür sprach sich zum Beispiel der sozialistische Wirtschaftswissenschaftler und Syriza-Abgeordnete Costas Lapavistas aus. Lapavistas war grundsätzlich gegen diese Kapitulation und trat aus Syriza aus. Aber er argumentierte auch: „Der nächstliegende und, volkswirtschaftlich betrachtet, optimale Ausweg für Griechenland wäre im Moment ein geregelter Austritt. Also nicht notwendigerweise ein Austritt im Streit, sondern eben ein geregelter.“ Dies hätte bedeutet, die Schulden gegenüber der EU zur Hälfte abzuschreiben und die neue griechische Währung (die nur um 20 % abgewertet werden sollte) unter den Liquiditätsschutz der EZB zu stellen.

Mein Position war damals, dass, selbst wenn die Troika einem solchen „geregelten Austritt“ zustimmen würde (was durchaus vorstellbar war) und die neue griechische Drachme nur um 20 % abgewertet würde (was extrem unwahrscheinlich war), die griechische Wirtschaft immer

noch am Boden läge und außerstande wäre, den Lebensstandard für die Mehrheit der Bevölkerung wieder anzuheben. Durch die Abwertung und die Inflation würden alle Erlöse aus billigeren Exporten wieder aufgefressen werden. Lapavistas schien dies Problem auch zu erkennen, als er damals meinte: „Die Löhne müssen steigen, aber selbst wenn sie steigen, wird man nicht mehr den alten Zustand wiederherstellen können. Das ist im Moment einfach nicht machbar. Dafür brauchen wir eine Wachstumsstrategie.“

Aber Lapavistas lehnte eine Wachstumsstrategie ab, die auf einer sozialistischen Planung beruht. „Ich denke nicht, dass Syriza im Moment mit einem breiten Verstaatlichungsprogramm aufwarten sollte. Natürlich müssen die Banken verstaatlicht werden, allein um sicherzustellen, dass die Privatisierung des Energiesektors, gerade bei der Stromerzeugung, gestoppt wird. Auch die Privatisierung anderer Schlüsselsektoren muss unterbunden werden. Wir müssen eine Strategie für einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung unmittelbar nach dem Austritt aus der Eurozone umsetzen und anschließend einen mittelfristigen Entwicklungsplan erstellen.“ In meinen Augen konnte eine Strategie, wonach Griechenland den Euroraum verlässt und zunächst ein breites keynesianistisches Konjunkturprogramm umsetzt, während regelrechte sozialistische Programmpunkte auf später vertagt würden, nicht funktionieren, weil die kapitalistischen Kräfte auf internationaler und nationaler Ebene davon unberührt blieben.

Für mich gab es eine andere Option, nämlich ein umfassendes Programm, den Kapitalismus in Griechenland durch ein anderes System zu ersetzen, ob in oder außerhalb der Eurozone. Dies hätte bedeutet, alle Konzerne und das ausländische Kapital in Griechenland zu verstaatlichen und die Arbeiter*innen für eine demokratische Kontrolle der Betriebe und der wirtschaftlichen Abläufe entlang eines Investitions- und Produktionsplans zu mobilisieren. Eine wirklich sozialistische Syriza-Regierung hätte dabei die europäische Gewerkschaftsbewegung zur Unterstützung aufrufen können, damit diese ihre Regierungen zwingen, ihre Sparpolitik zu beenden, die Schulden zu annullieren und ein gesamteuropäisches Investitionsprogramm aufzulegen, das auch Griechenland umfasst.

Eine solche Strategie hätte mehr Unterstützung unter den Lohnabhängigen in den anderen europäischen Ländern und in Griechenland erfahren als die Strategie, bloß den Euro als Übel aller Dinge anzuprangern. Zumal es in Griechenland noch immer eine Mehrheit für den Verbleib in der EU und die Beibehaltung des Euro gab. Die kapi-

talistische Wirtschaft ist in Griechenland vergleichsweise schwach und kann sich nicht alleine weiterentwickeln, wenn sie nicht auch im übrigen Europa floriert. Dasselbe gilt auch für ein sozialistisches Griechenland. Aber zumindest hätte das griechische Volk somit schon mal die Kontrolle über sein eigenes Kapital und über die Verteilung der Arbeitsplätze gehabt.

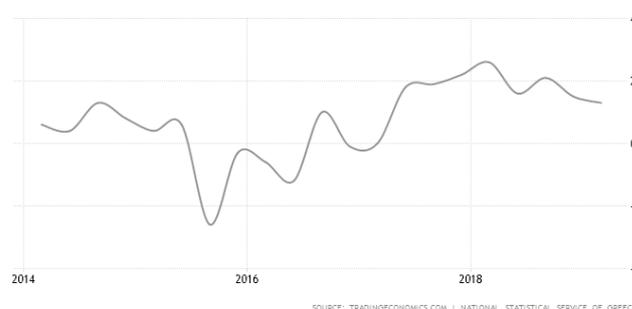
Aber wie auch immer die jeweiligen Vorzüge einer keynesianistischen oder einer marxistischen Vorgehensweise im Jahr 2015 gewesen wären, sind wir heute wieder mit einer Regierung konfrontiert, die von der kapitalfreundlichen, korrupten und dynastisch geführten Nea Dimokratia gestellt wird, die bereits 2010 zu Beginn der Finanzkrise und der Rezession in der Verantwortung war. Das Regierungsprogramm von Mitsotakis bedeutet Privatisierungen, Steuersenkungen für die Reichen und die ausländischen Investoren unter Aufrechterhaltung der Hungerlöhne und -renten und der Kürzung der öffentlichen Dienste auf ein Minimum – ein Neoliberalismus reinsten Wassers. (Grafik 6)

Das wahre Ziel besteht darin, die Rentabilität des griechischen Kapitals zu steigern (als angebliche Lösung der wirtschaftlichen Probleme) und dann darauf zu hoffen, dass die Kapitalist*innen wieder in Griechenland investieren. Wie die obenstehende Grafik 6 zeigt, ist die Nettokapitalrendite in Griechenland zwischen 2007 und 2012 um 35 % gefallen. Unter der Syriza-Regierung hat sie sich dann wieder um 20 % erholt, liegt aber noch immer 15 % unter dem Niveau von 2007. Die neue Regierung will nun das Werk von Syriza zur Rettung des Kapitalismus fortsetzen, bloß mit noch mehr Nachdruck und Revanchegelüsten. Unterdessen zeichnet sich am Horizont eine neue Rezession der Weltwirtschaft ab.

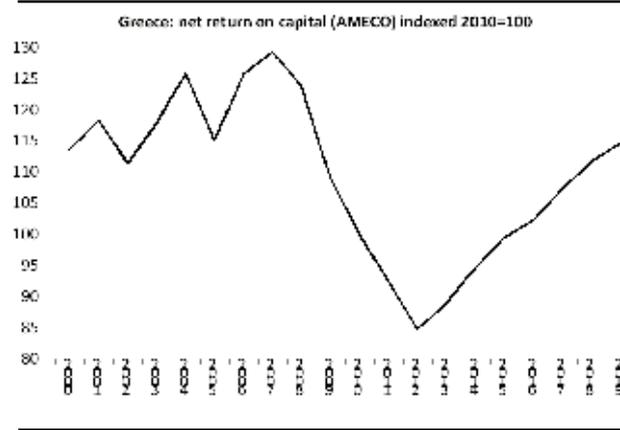
Dem Blog des britischen Marxisten Michael Roberts *The Next Recession* vom 11. Juli 2019 entnommen.

■ Übersetzung: MiWe

GRAFIK 5: JÄHRLICHES WACHSTUM DES BIP (IN PROZENT)



GRAFIK 6: NETTOKAPITALRENDITE LAUT DER JÄHRLICHEN MAKROÖKONOMISCHEN DATENBANK DER EU



NICARAGUA 1979–2019

Am 19. Juli jährte sich der Sturz der Diktatur von Anastasio Somoza zum vierzigsten Mal. Kein Grund für einen wehmütigen Rückblick, denn schon die Geburtsfehler der Revolution standen ihrer Vollendung im Wege.

■ **Eric Toussaint und Nathan Legrand**

Die gewaltsame Unterdrückung von Demonstrant*innen, die gegen die brutale neoliberale Politik der nicaraguanischen Regierung protestierten und in deren Verlauf seit April 2018 mehr als 300 Menschen durch Regierungskräfte ihr Leben verloren, ist nur einer der Gründe, warum zahlreiche linke soziale Bewegungen das von Präsident Daniel Ortega und Vizepräsidentin Rosario Murillo angeführte Regime verurteilen.

Für die Linke gibt es aber noch viele weitere Gründe, die Politik des Regimes zu kritisieren. Um dies zu verstehen, müssen wir zurück ins Jahr 1979 gehen. Damals siegte eine echte Revolution in Nicaragua, die von einer Kombination aus Volksaufstand, durch Rebellion entstandener Selbstorganisation in Städten und Stadtvierteln sowie den Aktionen der FSLN (Frente Sandinista de Liberación Nacional – Sandinistische Nationale Befreiungsfront), einer von einem marxistisch-guevaristisch-castristischen Modell inspirierten politisch-militärischen Organisation, getragen wurde.

Die Revolution setzte der seit 42 Jahren andauernden autoritären Herrschaft der Somoza-Dynastie ein Ende. Diese Dynastie hatte sich den Staat samt seines Militärs, seiner Administration sowie bedeutender Teile seiner wirtschaftlichen Vermögenswerte angeeignet und eine starke Allianz mit den USA geschmiedet. Die Somoza-Diktatur erwies sich als wirksames Bollwerk gegen progressive politische Kräfte. Durch Zahlung üppiger Provisionen an die herrschende Familie, die deren bereits immensen Reichtum immer noch weiter anwachsen ließen, konnten multinationale Konzerne im Gegenzug Nicaraguas nationale Ressourcen weiterhin und in immer größerem Maße ausbeuten.

Die FSLN wurde in den 1960er-Jahren als linke Gruppe gegründet, die hauptsächlich in Form eines Guerillakrieges Widerstand gegen die Regierung leistete. Erst, nachdem einige der Guerilleros im Dezember 1974 hochrangige Mitglieder der nicaraguanischen herrschenden Klassen als Geiseln nahmen, wurde die FSLN als potenziell ernsthafte Gefahr für die Diktatur betrachtet. Nach der spektakulären Aktion der sandinistischen Guerilla rief das Regime den Ausnahmezustand aus, verstärkte den repressiven Würgegriff, mit dem es die nicaraguanische Gesellschaft unterdrückte, und machte Jagd auf die FSLN.

Bereits zuvor hatten liberale Teile der Bourgeoisie, die sich der Konzentration von Reichtum und Macht in den Händen der herrschenden Somoza-Clique widersetzen, die UDEL (Unión Democrática de Liberación – Demokratische Befreiungsunion) unter Führung von Pedro Joaquín Chamorro Cardenal, Herausgeber der liberalen Zeitung *La Prensa*, ins Leben gerufen. Sie hofften, damit genügend politische Dynamik zu erzeugen, um dem Regime eine Liberalisierung aufzuzwingen.

Die FSLN spaltete sich schließlich in drei Teile auf. Die Fraktion des „verlängerten Volkskriegs“ folgte weiterhin der Strategie, in abgelegenen Gebieten Kämpfer*innen zu rekrutieren, bis sie stark genug wäre, ganze Regionen des Landes zu befreien und einen finalen Angriff auf Somozas Armee zu starten.

Die „proletarische Tendenz“ entstand als Gegengewicht gegen diesen „verlängerten Volkskrieg“, den sie aufgrund des Fehlens einer permanenten Besatzungsarmee als inadäquat betrachtete. Sie argumentierte, dass sich die ländliche Bevölkerung der Guerilla nicht scharenweise

anschließen würde, weil sie die imperialistischen Bestrebungen nicht direkt am eigenen Leib erlebte.

Außerdem war durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktion im Land mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der 1950er- und 1960er-Jahre ein landwirtschaftliches und ein industrielles Proletariat entstanden, dem im Jahr 1978 vierzig bzw. zehn Prozent der aktiven Bevölkerung angehörten. Die „proletarische Tendenz“ konzentrierte sich daher auf die Koordinierung von Massenorganisationen der Arbeiterklasse in den Städten, wo sie sich die Unterstützung von Industriearbeiter*innen sichern konnte, um schnell einen Aufstand auf die Beine stellen zu können, wenn sich die Umstände dazu anboten.

Die „Terceristas“ schließlich, zu deren wichtigsten Persönlichkeiten Daniel Ortega und sein Bruder Humberto gehörten, vertraten ebenfalls eine Strategie des Aufstands, zeigten sich jedoch offen für taktische Allianzen mit den liberalen Fraktionen der Bourgeoisie, die Somoza ablehnten. Während die „proletarische Tendenz“ die Notwendigkeit eines Massenaufstands und einer Selbstorganisation betonte, neigten die „Terceristas“ zu Substitutionstendenzen, die besagten, dass ein von organisierten Guerilleros angeführter, bewaffneter Aufstand ohne gleichzeitigen Massenaufstand genüge, um das Regime zu stürzen und die Macht zu übernehmen.

Im Jahr 1977 hob das Regime den Ausnahmezustand wieder auf, in der Annahme, dass die Guerillabewegung besiegt und die Bedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen mit der liberalen Opposition günstig wären. Die Fraktionen der FSLN nahmen daraufhin sehr schnell ihre bewaffneten Aktionen in städtischen Gebieten wieder auf. Im Januar 1978 wurde die Ermordung von Pedro Joaquín Chamorro Cardenal durch Soldaten des Regimes auf Video festgehalten. Sie sorgte nicht nur bei der liberalen Opposition, sondern auch bei der Bevölkerung für einen wütenden Aufschrei.

Ein von der liberalen Bourgeoisie unterstützter Generalstreik begann, während FSLN-Gruppen bewaffnete Aktionen gegen Somozas Nationalgarde ausführten. Im August wurde ein weiterer Generalstreik ausgerufen. Sandinistische Guerilleros stürmten den Nationalpalast, in dem eine gemeinsame Sitzung beider Kammern des Parlaments stattfand, und nahmen hunderte Geiseln. Als Ergebnis kamen mehrere politische Gefangene aus Somozas Gefängnissen frei.

Wichtiger waren jedoch die spontanen Aufstände, die gegen das Regime stattfanden. Sie ermöglichten es der Linken, an Schwung gegenüber der liberalen Opposition

zu gewinnen. Nachdem die FSLN zum Aufstand aufgerufen hatte, brachen im September 1978 mehrere Revolten aus, die von der Nationalgarde brutal niedergeschlagen wurden. Daraufhin wollten Repräsentant*innen der durch diese Vorgänge verängstigten liberalen Opposition Verhandlungen mit dem Regime aufnehmen, die durch die von den USA dominierte Organisation amerikanischer Staaten (OAS) vermittelt werden sollten. Die „Terceristas“ verurteilten diese neue Wendung der Ereignisse und zogen sich von der „Front“ zurück, bei deren Aufbau sie zusammen mit der liberalen Opposition geholfen hatten.

Im Januar 1979 erteilte Somoza den Vorschlägen der liberalen Opposition eine Absage. Die Dynamik war damit auf Seiten der Sandinisten, die sich wieder vereinten und im darauf folgenden Monat die neue FPN (Frente Patriótico Nacional – Nationale Patriotische Front) aus der Taufe hoben, in der sie die politisch dominierende Kraft stellten.

Während sich die FSLN auf eine großangelegte Militäroffensive vorbereitete, rief sie für den Juni zu einem Generalstreik auf. Als die Massenerhebungen in den Städten begannen, agierten die bewaffneten Aufständischen schnell und befreiten nacheinander immer mehr Gebiete des Landes. Somozas Armee war in Auflösung begriffen. Als der Armeestützpunkt in der Hauptstadt am 19. Juli 1979 schließlich ebenfalls befreit wurde, blieb den noch verbliebenen Soldaten keine andere Wahl, als zu fliehen, und zwar bevorzugt ins benachbarte Honduras.

In der neuen FPN-Regierung versprachen die politischen Revolutionskräfte, eine demokratische Regierung einzusetzen, außenpolitisch eine Politik der Blockfreiheit zu verfolgen (damit faktisch das Bündnis mit den USA zu beenden) und eine „gemischte Wirtschaftsform“ zu entwickeln. Die Entwicklung von Kooperativen und staatlichen Unternehmen sollte unterstützt und die Existenz von privatem Kapital nicht grundsätzlich infrage gestellt werden, vorausgesetzt, es galt als „patriotisch“, das heißt, es wurde als loyal zur sandinistischen Revolution und nicht zum gestürzten Somoza-Regime oder zum amerikanischen Imperialismus erachtet.

Während der nächsten beiden Jahre zeigten diverse Entwicklungen deutlich, wie sehr sich Nicaragua von anderen Ländern Lateinamerikas unterschied, in denen die Linke durch Wahlen an die Macht gekommen war. Das war der Fall in Chile 1970, in Venezuela 1998/99, in Brasilien 2002/03, in Bolivien 2005/06 und in Ecuador 2006/07.

Da Anastasio Somozas Armee vernichtet und der Diktator geflohen war, übernahm die FSLN nicht nur die Regierungsgewalt, sondern ersetzte auch das Somoza-Militär

durch eine neue Armee, die im Dienste des Volkes stand. Des Weiteren übernahm sie die Kontrolle über die Banken und verfügte ein staatliches Außenhandelsmonopol.

Die 1980er-Jahre sahen große soziale Fortschritte in puncto Gesundheitswesen, Bildung, verbesserter Wohnverhältnisse (auch wenn diese sehr einfach blieben), erweiterter Versammlungs- und Demonstrationsrechte sowie Zugang zu Krediten für Kleinerzeuger*innen (dank der Verstaatlichung des Bankensystems). All das waren unbestreitbare Fortschritte.

Die FSLN-Regierung war jedoch über ein Jahrzehnt gezwungen, einen Krieg gegen konterrevolutionäre Kräfte zu führen, die sogenannten, von den USA massiv unterstützten Contras. Da Washington seine Ambitionen bezüglich einer direkten Militärintervention nicht ausleben konnte, begnügten sich die USA mit einem Konflikt „auf Sparflamme“, der Nicaragua wirtschaftlich die Luft abschneiden und die FSLN politisch isolieren sollte. Für den amerikanischen Imperialismus und seine Vasallen (wie das Regime von Carlos Andrés Pérez in Venezuela und regionalen Diktaturen wie in Honduras, das als Basis für die Contras diente) war es wichtig, eine Ausbreitung dieses außergewöhnlichen Experiments auf dem Gebiet der sozialen Befreiung und der Wiederherstellung der nationalen Würde zu verhindern. Denn gesellschaftliche Revolten kochten überall in der Region hoch, vor allem in El Salvador und in Guatemala, wo den Sandinisten nahestehende revolutionäre Kräfte seit Jahrzehnten aktiv waren.

1990 verlor die FSLN bei der Parlamentswahl jedoch ihre Mehrheit an die Rechte, und Violeta Chamorro, die Witwe von Pedro Joaquín Chamorro Cardenal, wurde zur Präsidentin gewählt. Unter Chamorro unterwarf sich Nicaragua komplett den neoliberalen Sparmaßnahmen, die vom „Washingtoner Konsens“ gefordert wurden. Am Ende des Jahrzehnts war Nicaragua das zweitärmste Land des amerikanischen Doppelkontinents, mit Haiti als Schlusslicht.

Aus der sandinistischen Epoche gewonnene Erfahrungen

Als Ergebnis enttäuschter Hoffnungen wurde in den 1990er-Jahren von einigen postuliert, dass man versuchen müsse, „die Gesellschaft zu verändern, ohne die Macht zu ergreifen“. Leider ist es jedoch unmöglich, eine Gesellschaft zu verändern, wenn nicht das Volk die Macht im Staat übernimmt. Die Frage lautet eher: Wie kann man eine echte Demokratie aufbauen, das heißt, eine zum Zwecke der Emanzipation direkt vom Volk ausgeübte Macht?

In Nicaragua musste die Somoza-Diktatur durch die kombinierte Aktion eines Volksaufstandes und dem Eingreifen einer politisch-militärischen Organisation gestürzt werden. Insofern ist und bleibt der Sieg vom Juli 1979 ein Triumph des Volkes, der einer Feier würdig ist. Ohne den Einfallsreichtum und die Hartnäckigkeit der Menschen während dieses Kampfes wäre es der FSLN niemals gelungen, den entscheidenden Schlag gegen die Somoza-Diktatur zu führen.

Dabei stellen sich mehrere Fragen. Ist die FSLN bei den Veränderungen, die sie der Gesellschaft zumutete, zu weit gegangen? Hat sie die falsche Richtung eingeschlagen? Oder sind die darauf folgenden enttäuschenden Entwicklungen das Ergebnis einer Aggression durch den nord-amerikanischen Imperialismus und dessen Verbündete in Nicaragua und anderen Teilen der Region?

Tatsächlich waren die Anführer der FSLN jedoch nicht radikal genug:

Erstens ist die FSLN-Führung bei der Implementierung radikaler Maßnahmen zur Unterstützung von den Teilen der Bevölkerung, die am meisten ausgebeutet und unterdrückt worden waren, nicht weit genug gegangen. Zu diesen Menschen gehört die arme Landbevölkerung genauso wie die unterbezahlten Fabrikarbeiter*innen und die ebenfalls unterbezahlten Arbeiter*innen in den Gesundheits- und Bildungssektoren. Die FSLN hat stattdessen den ländlichen und städtischen Kapitalist*innen zu viele Zugeständnisse gemacht.

Zweitens hat die FSLN mit ihrem Slogan „Die nationale Leitung soll das Sagen haben!“ (¡Dirección Nacional ordene!) weder der Selbstorganisation noch der Arbeiterkontrolle genügend Unterstützung gegeben. Die von ihr verfügten Einschränkungen waren für den revolutionären Prozess äußerst schädlich.

Die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges liegt natürlich ausschließlich bei den Gegnern der sandinistischen Regierung, die keine andere Wahl hatte, als sich der Aggression zu stellen. Allerdings wurden bei den Mitteln der Kriegführung Fehler gemacht: Humberto Ortega baute als Armeechef eine normale Armee auf, die mit teuren, schweren Panzern ausgerüstet und somit im Kampf gegen die Guerillamethoden der Contras unbrauchbar war. Des Weiteren war die für die Jugend des Landes obligatorische Wehrpflicht äußerst unpopulär.

All das hatte in Kombination mit Fehlern bei der Landreform äußerst negative Folgen. In einem Interview erklärte kürzlich Henry Ruiz, eines der neun Mitglieder der nationalen Führung in den 1980er-Jahren: „Die Cam-

pesinos wurden [bei der Landreform] nicht bevorzugt; im Gegenteil, sie waren die Leidtragenden des Krieges, den die Contras führten, und des Krieges, den wir führten.“

Die Landreform war völlig unzureichend und die Contras machten sich diese Tatsache gut zunutze. Den Landbewohner*innen hätten viel mehr Land und die Eigentumsrechte dafür zugeteilt werden müssen. Stattdessen verstaatlichte die sandinistische Führung zwar die größten Landgüter der Somozas, verschonte aber große kapitalistische Konzerne und mächtige Familien, die von einigen der sandinistischen Führungspersonen als Verbündete oder Weggefährten in Betracht gezogen worden waren.

Zu diesem Fehler kam erschwerend hinzu, dass die FSLN möglichst schnell einen staatlichen Agrarsektor sowie Kooperativen aufbauen wollte, um dadurch die riesigen Somoza-Ländereien zu ersetzen. Stattdessen hätte kleinen (und mittleren) privaten Farmen Priorität eingeräumt werden müssen, indem man den neuen Campesinos Eigentumstitel übertrug und ihnen Unterstützung in materieller und technischer Form gegeben hätte.

Des Weiteren hätte die Produktion für den Binnenmarkt vorrangig unterstützt werden müssen. Durch Verbesserung und Erweiterung der regionalen und einheimischen Märkte hätte man maximalen Nutzen aus ökologischen Anbaumethoden ziehen können.

Auf der einen Seite machte die Führung der FSLN den von ihr als Verbündete betrachteten bourgeoisen Kräften zu viele Zugeständnisse, auf der anderen Seite stürzte sie sich in exzessiven Zentralismus und künstliches Genossenschaftswesen. Das Ergebnis ließ nicht lange auf sich warten: Für einen Teil der von den Entscheidungen der sandinistischen Regierung enttäuschten Bevölkerung wurden die Contras attraktiv.

Letztere waren so klug, ihre Propaganda genau auf die desillusionierten Campesinos auszurichten, indem sie ihnen versprachen, ihnen beim Sturz der FSLN zu helfen. Das würde den Bauern dann eine faire Landverteilungs- und Agrarreform bringen. Es war eine verlogene Propaganda, die aber auf dem Land gern und gut Gehör fand. Einige Personen innerhalb der sandinistischen Bewegung hatten ihr Ohr am Puls der Bevölkerung und warnten die Parteiführung vor dieser Entwicklung. Zu diesen Menschen gehörte Orlando Nuñez, der, trotz seiner ursprünglich eindeutig linken Ausrichtung, auch weiterhin loyal hinter Ortega stand und diese Aufklärungsarbeit koordiniert hatte.

Weitere Untersuchungen, die von anderen, der Befreiungstheologie zugewandten und nicht von der Regierung abhängigen Experten durchgeführt wurden, kamen zu

denselben Schlussfolgerungen. Auch eine Anzahl ländlicher, mit dem Sandinismus verbundener Organisationen (UNAG, ATC usw.) war sich der Probleme bewusst, betrieb aber Selbstzensur. Internationale agrarpolitische Experten schlugen ebenfalls Alarm.

Einheimischem Großkapital, das fälschlicherweise als patriotisch und mit dem Volk verbündet betrachtet wurde, wurden Zugeständnisse gemacht. Lohnerhöhungen wurden gebremst und die Bosse erhielten steuerliche Anreize in Form von niedrigeren Steuersätzen. Eine solche Allianz hätte abgelehnt werden müssen.

Bei jedem wichtigen Schritt wurde Kritik innerhalb und außerhalb der FSLN laut. Im Jahr 1981 wurde zum Beispiel das Magazin *envío* gegründet „als eine Publikation, die Nicaraguas revolutionärem Fortschritt ‚kritische Unterstützung‘ aus der Sicht der Befreiungstheologie als Option für die Armen bot“. Derartige Kritik wurde von der Führung jedoch ignoriert, die immer stärker von Daniel Ortega, seinem Bruder Humberto und Víctor Tirado López dominiert wurde.

Alle drei unterstützten die „Tercerista“-Fraktion (die die Notwendigkeit der Selbstorganisation nicht wirklich verstand und zu Allianzen mit der Bourgeoisie neigte). Ihnen schlossen sich Tomas Borge und Bayardo Arce von der Fraktion des „verlängerten Volkskriegs“ an. Die vier anderen Mitglieder der nationalen Führung bildeten keinen geschlossenen Block, der gegen die Fortführung und Vertiefung der Fehler hätte opponieren können.

Es muss darauf verwiesen werden, dass Vorschläge für eine alternative Politik sowohl innerhalb als auch außerhalb der FSLN formuliert wurden. Konstruktive kritische Stimmen warteten nicht bis zum Wahldebakel im Jahr 1990, um eine Kursänderung vorzuschlagen. Sie fanden jedoch nur wenig Gehör und blieben weitgehend isoliert.

Illegitime und anrühige Schulden

Die Führung der FSLN hätte zudem die Rückzahlung der von der Somoza-Diktatur geerbten Staatsverschuldung in Frage stellen und mit der Weltbank sowie dem Internationalen Währungsfonds brechen sollen. Als ein mit den USA verbündetes, abhängiges Land erhielt Somozas Nicaragua in den 1970er-Jahren riesige Summen ausländischer Kredite. Neben multilateralen Institutionen wie Weltbank und IWF betätigten sich noch diverse internationale Privatbanken als Kreditgeber. Diese Kredite sollten zwar offiziell für Entwicklungsmaßnahmen verwendet werden, dienten in Wirklichkeit aber dazu, das autoritäre Regime zu stärken und den Reichtum von Somoza und seiner Clique zu vergrößern.

Als Letztere das Land mitsamt dem größten Teil ihres Reichtums verließen, benötigte die neue sandinistische Regierung dringend Finanzmittel, um progressive Maßnahmen durchzuführen und die Industrialisierung voranzubringen. Somozas Schulden verhinderten sehr schnell die Implementierung solcher Maßnahmen.

Als die FSLN an die Macht kam, beliefen sich die Auslandsschulden auf 1,5 Mrd. Dollar. Um diese Schulden zu bedienen, mussten 1981 28 % der Exporterlöse des Landes aufgewendet werden. Zugegebenermaßen wäre es für die Regierung eines Landes wie Nicaragua nicht einfach gewesen, den Kreditgebern ganz allein gegenüberzutreten. Sie hätte jedoch die Legitimität der Schulden bei genau jenen Institutionen anzweifeln können, die die Diktatur finanziert hatten. Die sandinistische Regierung hätte durch einen Aufruf zur Bürgerbeteiligung ein Schuldenschnitt in die Wege leiten können, und sie hätte für die Forderung, die Schulden zu streichen, die Unterstützung einer breiten internationalen Bewegung erhalten.

Die Zustimmung, diese Schulden zurückzahlen, bedeutete, die Interessen der nicaraguanischen Bourgeoisie zu verteidigen, die in die von Somoza ausgegebenen Schuldverschreibungen investiert und sich von amerikanischen Banken Geld geliehen hatte. Für die sandinistische Regierung bedeutete eine Rückzahlung auch, eine Konfrontation mit der Weltbank und dem IWF zu vermeiden. Aber obwohl die Regierung große Anstrengungen zur weiteren Zusammenarbeit unternahm, beschlossen diese Institutionen, ihre finanziellen Beziehungen auszusetzen, und demonstrierten damit eindrücklich, wie nutzlos die Zugeständnisse waren.

Trotzdem implementierte die FSLN-Regierung, nachdem die Auslandsschulden auf sieben Milliarden Dollar angestiegen waren, einen Strukturanpassungsplan, der die Lebensbedingungen für die Armen noch mehr verschlechterte, aber keine Auswirkungen für die Reichen hatte. Die Bedingungen des im Jahr 1988 eingeführten Plans waren den üblichen von IWF und Weltbank auferlegten Bedingungen sehr ähnlich, obwohl diese Institutionen ihre finanziellen Beziehungen noch immer nicht wieder aufgenommen hatten.

Die Politik der FSLN-Regierung fuhr den revolutionären Prozess direkt gegen die Wand. Das Ergebnis war dann der Sieg der Rechten bei den Wahlen im Februar 1990. Kurz gesagt behielt die Regierung eine wirtschaftliche Ausrichtung bei, die mit den Interessen von Nicaraguas reicher Bourgeoisie und denen großer privater ausländischer Firmen konform ging. Es war eine exportorientierte, auf

niedrigen Löhnen basierende Wirtschaft, die Nicaragua auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig machen sollte.

Was ein Vorankommen der Revolution verhinderte, war, dass statt Menschen allzu radikale politische Maßnahmen in den Mittelpunkt des Übergangs, der auf den Sturz der Somoza-Diktatur folgte, gestellt wurden. Dabei hätte sich das nicht zwangsläufig so entwickeln müssen, die Regierung hätte einfach den Bedürfnissen und Hoffnungen der Bevölkerung in ländlichen wie in städtischen Gebieten mehr Aufmerksamkeit schenken sollen.

Um vom exportorientierten extraktivistischen Modell, das von der Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt abhängt, wegzukommen, hätten sich die Sandinisten gegen die Interessen der Kapitalisten stellen können, die die extraktivistische Industrie noch immer dominierten. Sie hätten mehr dafür tun können, nach und nach protektionistische Maßnahmen einzuführen, die den kleinen und mittleren den heimischen Markt versorgenden Produzent*innen zugutegekommen wären, und sie hätten Importe einschränken sollen. Dann hätten Bauern sowie kleine und mittlere Unternehmen keine Opfer für den internationalen Markt bringen müssen.

Anstatt die Massen aufzufordern, den von den oberen Rängen der FSLN ausgegebenen Befehlen zu folgen, hätte man eine Selbstorganisation durch Bürger*innen auf allen Ebenen fördern und ihnen die Kontrolle sowohl über die öffentliche Verwaltung als auch über die Konten privater Firmen übertragen sollen. Die unter der FSLN-Regierung entwickelten politischen Institutionen unterschieden sich nicht grundlegend von denen in einer parlamentarischen Demokratie mit einem mächtigen Präsidenten. Diese Struktur konnte keine Basis für eine Gegenmacht sein und sie war es auch nicht, als im Jahr 1990 die Rechte die Wahl für sich entschied.

Die Weigerung, Geldgebern, die eine Rückzahlung illegitimer Schulden fordern, die Stirn zu bieten, zieht generell die Abkehr von jeglicher Veränderung nach sich. Wenn die Last illegitimer Schulden nicht angeprangert wird, ist das Volk dazu verdammt, diese Bürde zu tragen.

Wir machen auf das Problem illegitimer Schulden aus einem bestimmten Grund aufmerksam: Sollte das repressive Regime von Daniel Ortega und Rosario Murillo abgelöst werden, wäre es für eine Volksregierung überlebenswichtig, die Schuldenschnitt zu hinterfragen. Sollte beim Sturz des Regimes die Rechte an die Macht gelangen, können wir sicher sein, dass sie die Schulden nicht infrage stellen wird.

1989 handelte die FSLN-Regierung mit den Contras ein Abkommen aus, das dem Kampf ein Ende setzte. Das

war natürlich eine positive Entwicklung, die sich nur leider als Pyrrhussieg herausstellte.

Als die sandinistische Führung im Februar 1990 eine Parlamentswahl ausrief, war sie sich ihres Sieges sicher. Da sie gerade einen Friedensvertrag ausgehandelt hatte, erwartete sie, bei dieser Wahl 70 % der Stimmen zu erhalten. Ihre Niederlage traf sie völlig unvorbereitet. Das Ergebnis versetzte die sandinistische Führung in totale Panik. Die Rechte gewann die Wahl zum Teil mit der Drohung, ein Sieg der FSLN würde ein Wiederaufflammen des Krieges bedeuten. Die FSLN-Führung hatte die wachsende Unzufriedenheit innerhalb eines großen Teils der Bevölkerung einfach nicht gesehen. (Viele Beobachter führten das Ergebnis darauf zurück, dass Daniel Ortega die obligatorische Wehrpflicht nicht abschaffte – [Red. v. *Against the Current*])

Das zeigt sehr deutlich die Kluft zwischen der Mehrheit der Bevölkerung und einer Regierung, der das Erteilen von Befehlen zur Gewohnheit geworden war. Viele Leute wollten einfach nur ein weiteres Blutvergießen verhindern und stimmten, wenn auch nur widerwillig, aber in der Hoffnung auf ein endgültiges Ende des Krieges, für die Rechte. Andere waren von der Politik der FSLN-Regierung in ländlichen Regionen (unzulängliche Landreform) und Städten (negative Auswirkungen der erzwungenen Sparmaßnahmen des 1988 begonnenen Strukturanpassungsprogramms) enttäuscht, obwohl die sandinistischen Organisationen noch immer auf die Unterstützung durch junge Leute, Arbeiter*innen und Staatsbedienstete sowie eine nicht unerhebliche Anzahl von Landarbeiter*innen bauen konnten.

Nach diesem historischen Wahldebakel veränderte sich Daniel Ortegas Haltung: Er schwankte jetzt hin und her zwischen Kompromissen mit der Regierung und Konfrontation. Die sandinistische Führung mit Daniel und Humberto Ortega an der Spitze handelte den Übergang mit Violeta Chamorros neuer Regierung aus.

Humberto war noch immer Oberbefehlshaber einer extrem verkleinerten Armee. Die am weitesten links stehenden Mitglieder der Armee waren entlassen worden. Darüber hinaus waren vier sandinistische Offiziere auf seinen Befehl hin ins Gefängnis geworfen worden unter dem Vorwand, sie hätten der FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional = Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí), die in El Salvador einen Aufstand plante, Raketen geliefert.

Wenige Monate nach Violeta Chamorros Regierungsübernahme nahm eine Protestbewegung gegen Massenentlastungen im öffentlichen Dienst immer mehr Fahrt

auf. Gewerkschaften riefen einen Generalstreik aus, in Managua und anderen Städten landesweit wurden sandinistische Barrikaden aufgebaut. Der Kampf währte jedoch nur kurz, da die FSLN mit Chamorros Regierung einen Kompromiss aushandelte.

Zwar wurden einige Sparmaßnahmen zurückgenommen, andere jedoch blieben bestehen. Ein Teil der sandinistischen Basis war mit den Bedingungen der Übereinkunft unzufrieden. Das wurde zu einem sich wiederholenden Muster: Die Basis machte mobil, die FSLN handelte einen Kompromiss aus, und die Sparmaßnahmen gingen weiter. Der gemeinwirtschaftliche Anteil sowohl an der landwirtschaftlichen als auch der industriellen Produktion wurde reduziert, der staatliche Bankensektor wurde aufgelöst und das staatliche Außenhandelsmonopol beendet. Chamorro integrierte ehemalige Contras in den Polizeiapparat. Die Sparmaßnahmen gingen weiter.

Hier muss nun eingeräumt werden, dass sich nach dem Sieg der Rechten einige sandinistische Führungspersonen eines erheblichen Teils der nach dem Sieg im Jahr 1979 von den Somocistas eingezogenen Ländereien bemächtigte. Jene, die diese „Piñata“ organisierten, behaupteten, Dinge nur für die FSLN in Sicherheit zu bringen, da die Gefahr bestünde, dass die Regierung Besitz der Partei konfiszieren wolle.

Daniel Ortegas Festigung der Macht

Ein Teil der Sandinisten aus der revolutionären Zeit lehnte die in den folgenden Jahren eingeschlagene Ausrichtung der Führungsriege immer mehr ab. Bis es so weit war, dauerte es allerdings, und Daniel Ortega nutzte die Zeit dieses langsamen Erwachens, um seinen Einfluss innerhalb der FSLN zu festigen und all jene, die eine andere Richtung vertraten, an den Rand zu drängen oder auszuschließen.

Gleichzeitig gelang es ihm, privilegierte Beziehungen zu einigen Führern sandinistischer Basisorganisationen zu unterhalten, die das Gefühl hatten, dass angesichts des Fehlens von Alternativen Ortega die Führungsperson war, die die in den 1980er-Jahren erlangten Errungenschaften wohl am ehesten verteidigen würde. Das erklärt zumindest ansatzweise, warum das Ortega-Regime 2018 noch immer von einem Teil der Bevölkerung unterstützt wurde. Daran änderte auch sein Einsatz extrem brutaler Unterdrückungsmethoden nichts.

Ortegas Festigung der Macht innerhalb der FSLN in den 1990er-Jahren wird am besten in einem 2014 erschienenen Artikel von Mónica Baltodano zusammengefasst, einer einstigen Guerillakommandantin, einstigem Mitglied

der FSLN-Führung und jetzigem Mitglied der MpRS (Movimiento por el Rescate del Sandinismo = Bewegung zur Rettung des Sandinismus):

„Durch den Streit innerhalb der FSLN zwischen 1993 und 1995 [der darin gipfelte, dass sich eine große Anzahl von Fachleuten, Intellektuellen und anderen Personen von ihr abwandten, von denen dann viele die MRS (Movimiento Renovador Sandinista = Bewegung der sandinistischen Erneuerung) gründeten, eine Bewegung, die sich von der später von Mónica Baltodano gegründeten MpRS unterscheidet] wurde Ortega und seinem engsten Zirkel klar, wie wichtig es war, den Parteiapparat zu beherrschen. Konkretisiert wurde das auf dem Kongress der FSLN 1998, in dessen Verlauf das, was von der Nationalen Leitung noch übrig war, wie z. B. die Sandinistische Versammlung und der FSLN-Kongress selbst, durch eine Versammlung ersetzt wurde, deren Teilnehmer hauptsächlich aus Anführern loyal zu Ortega stehender Basisorganisationen bestanden. Mit der Zeit hörten aber auch die Treffen selbst dieser Versammlung auf. Dann kam es zu einem wichtigen Bruch. Zu diesem Zeitpunkt war es bereits offensichtlich, dass sich Ortega immer weiter von linken Positionen entfernte und sich seine ganze Strategie nur noch darum drehte, wie er seine Macht noch weiter ausbauen konnte. Sein Interesse war die Macht um der Macht Willen.“

Danach erklärt Mónica Baltodano, wie Allianzen geschmiedet wurden, die letztendlich dazu führten, dass Daniel Ortega ins Präsidentenamt zurückkehrte:

„Dann begann der Aufbau von Allianzen, die seine Macht stärken sollten. Die erste Allianz kam mit Präsident Arnoldo Alemán zustande, die die Verfassungsreformen von 1999 und 2000 nach sich zog. Ortegas zentrale Ziele in dieser Allianz bestanden darin, die Prozentzahl abzusenken, die für einen Sieg bei Präsidentenwahlen in der ersten Runde nötig war, die höchsten Posten in allen staatlichen Institutionen [wie Wahlrat, Rechnungshof und Oberster Gerichtshof] unter ihren beiden Parteien aufzuteilen, und den im persönlichen Besitz von FSLN-Anführern befindlichen [während und nach der Piñata erlangten] Grundstücken und Firmen Sicherheitsgarantien zu verschaffen. Als Gegenleistung garantierte er Alemán ‚Regierbarkeit‘, indem er Streiks und anderen Kämpfen für Forderungen von unten ein Ende machte.

Die FSLN hörte auf, gegen die neoliberale Politik zu opponieren. In den folgenden Jahren wurden die wichtigsten Anführer der einstigen Massenorganisationen der Partei Repräsentanten der Nationalversammlung oder stiegen in die Strukturen von Ortegas Zirkel der Macht auf.

Daraufhin hörten sie natürlich auf, Widerstand zu leisten und für all die Dinge zu kämpfen, an die sie einst geglaubt hatten. In diesen Jahren entwickelten sich auch ‚Verbindungen‘, ich würde sie nicht Allianzen nennen, zum Oberhaupt der Katholischen Kirche, zu Kardinal Obando. Der Hauptzweck dieser Verbindung war, über Roberto Rivas, einen engen, persönlichen Freund von Obando und Leiter der Wahlkommission seit dem Jahr 2000, die Kontrolle über eben diese Kommission zu erlangen. Des Weiteren vergrößerte Ortega durch diese Verbindung auch seinen Einfluss sowohl auf die gläubigen Katholiken als auch auf die Kirchenhierarchie.“

Nachdem Alemán der Korruption angeklagt und zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, erwies sich sein mit Ortega geschlossenes Abkommen als sehr vorteilhaft: Ortega sorgte dafür, dass die Männer, die er ins Justizsystem eingeschleust hatte, für Alemán eine Sonderbehandlung arrangierten, sodass er seine Haftstrafe unter Bedingungen eines Hausarrests verbüßen konnte.

2009, zwei Jahre nach seiner Wahl zum Präsidenten von Nicaragua, unterstützte Daniel Ortega dann die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, Alemáns Verurteilung aufzuheben und ihn freizulassen. Wenige Tage später revanchierte sich Alemán für diesen Gefallen, indem er sicherstellte, dass die Parlamentariergruppe der von ihm geführten Liberalen Partei für die Wahl eines Sandinisten an der Spitze der Nationalversammlung stimmte.

Die Verfassungsreformen von 1999 und 2000 verringerten den für den Sieg bei einer Präsidentenwahl in der ersten Runde nötigen Stimmenanteil auf 35 Prozent, wenn der Kandidat einen Vorsprung von fünf Prozent auf den Zweitplatzierten hat. Ortega wurde im November 2006 mit 38,07 % der Stimmen gewählt und trat sein Amt im Januar 2007 an. Im November 2011 wurde er dann zum ersten und im November 2016 zum zweiten Mal wiedergewählt. Bei der Wahl im Jahr 2016 bewarb sich zudem Ortegas langjährige Partnerin Rosario Murillo erfolgreich um die Vizepräsidentschaft. (Sie war lange Zeit Regierungssprecherin gewesen.)

Die verratene Revolution

Die Art der seit 2007 von Ortega und Murillo implementierten Maßnahmen entspricht mehr der Politik der drei rechtsgerichteten Regierungen, die zwischen 1990 und 2007 aufeinander folgten, als einer Weiterführung der zwischen 1979 und 1990 propagierten sandinistischen Politik.

Während der vergangenen 12 Jahre hat Daniel Ortegas Regierung keinerlei Strukturreformen durchgeführt:

Banken wurden nicht vergesellschaftet, es gab keine neue Landreform trotz der übermäßigen Konzentration von Land in den Händen von Großgrundbesitzern, und keine Steuerreform, die für mehr soziale Gerechtigkeit sorgt.

Freihandelszonenmodelle wurden erweitert. Verträge über Inlands- und Auslandsschulden wurden unter denselben Bedingungen weitergeführt, die die Kreditgeber durch an sie zu zahlende Zinsen begünstigen und durch die sie mittels Erpressung Maßnahmen zu ihrem eigenen Vorteil durchdrücken können.

2006 stimmte die sandinistische Parlamentsfraktion gemeinsam mit den Abgeordneten der Rechten für ein Gesetz, das jegliche Abtreibungen verbietet. Es gibt absolut keine Ausnahmen, selbst wenn die Gesundheit oder das Leben der schwangeren Frau in Gefahr oder die Schwangerschaft das Ergebnis einer Vergewaltigung ist. Unter seiner Präsidentschaft weigerte sich Ortega, diese Maßnahme zu hinterfragen. Das Verbot fand dann Eingang in das neue Strafgesetzbuch, das im Juli 2008 in Kraft trat.

Diese reaktionäre Rechtsvorschrift wurde von heftigen Angriffen auf Organisationen, die Frauenrechte verteidigten, begleitet. Sie gehören zu jenen, die seit vielen Jahren am aktivsten gegen die Ortega-Regierung opponieren. Eine weitere besorgniserregende Entwicklung besteht darin, dass das Regime systematisch Verweise auf die katholische Religion für sich nutzt. Vor allem Rosario Murillo prangert ganz bewusst Frauenrechtsorganisationen und die Unterstützung, die diese Organisationen in ihrem Kampf für das Recht auf Abtreibung aus dem Ausland erhalten, als „Teufelswerk“ an.

Charakteristisch für Nicaragua sind noch immer die niedrigen Löhne. ProNicaragua, die offizielle Agentur zur Förderung von ausländischen Investitionen im Land, prahlt damit, „[der] Mindestlohn [sei] in der Region der konkurrenzfähigste, was Nicaragua für Betriebe mit personalintensiver Produktion zu einem idealen Standort macht.“ In den letzten Jahren hat die Prekarisierung auf dem Arbeitsmarkt bedrohlich zugenommen: Die Schattenwirtschaft machte im Jahr 2009 sechzig Prozent der Gesamtbeschäftigung aus, im Jahr 2017 waren es gar 80 Prozent.

Während die Anzahl der Millionäre zunahm, war keinerlei Fortschritt in Richtung auf eine Verringerung der sozialen Ungleichheit zu sehen. Der mit Hilfe von Daniel Ortegas Regierung wachsende Wohlstand kam hauptsächlich nationalem und internationalem Kapital zugute, und auch Ortega und seine Familie wurden erheblich reicher.

Der Auslöser für die sozialen Proteste, die im April 2018 begannen, war die Ankündigung von Ortegas Regierung,

das soziale Sicherungssystem nach neoliberalen Vorstellungen umzubauen, was vor allem bei der Rentenreform zum Tragen kommen würde. Diese Maßnahmen wurden vom IWF gefordert, zu dem Ortega seit seinem Amtsantritt exzellente Beziehungen unterhielt.

In einem im Februar 2018 veröffentlichten Statement gratulierte der IWF der Regierung zu ihren Erfolgen: „Die wirtschaftliche Leistung übertraf 2017 alle Erwartungen und die Aussichten für 2018 sind sehr gut ... Es wird empfohlen, dass der Reformplan des INSS [Instituto Nicaragüense de Seguridad Social = Nicaraguanisches Institut für Sozialsicherung] auf eine langfristige Rentabilität ausgelegt und die Unausgewogenheit innerhalb des Systems korrigiert wird. Der IWF begrüßt die Anstrengungen der Behörden, den Finanzierungsbedarf des INSS zu verringern.“

Die unpopulärsten Maßnahmen waren eine 5%ige Senkung der Renten, um Krankheitskosten zu finanzieren, sowie eine an die Inflationsrate gekoppelte Begrenzung der jährlichen Anpassung dieser Renten. Zukünftige Rentenleistungen für die fast eine Million von dem Rentensystem betroffenen Arbeiter*innen sollten auf einer weniger günstigen Kalkulation basieren, was zu tiefen Einschnitten bei den Leistungen führen wird.

Diese Maßnahmen lösten eine Massenprotestbewegung aus, die zunächst hauptsächlich von Student*innen und jungen Leuten getragen wurde. Andere Protestbewegungen, besonders die vor allem von Bauern und der indigenen Bevölkerung getragenen Bewegungen gegen den Bau eines interozeanischen Kanals, schlossen sich ihnen sehr schnell an. (Sollte der als Alternative zum Panamakanal geplante Kanal wirklich gebaut werden, wären damit sowohl die Umwelt als auch die Existenzgrundlagen der Bauern entlang der beabsichtigten Route in großer Gefahr.)

Ortega verschob daraufhin zwar die Reform der sozialen Sicherungssysteme, aber erst, nachdem er eine Spirale der Unterdrückung in Gang gesetzt hatte, bei der mehr als 300 Demonstrant*innen durch die Hand von Sicherheitskräften und regimetreuen Milizen ihr Leben verloren hatten. Den Demonstrierenden schloss sich eine von der repressiven Reaktion der Regierung zutiefst entsetzte Bevölkerung an. Die Proteste wurden immer radikaler. Nun wurde nicht mehr nur die Freilassung der Inhaftierten, sondern auch der Sturz des Regimes gefordert.

Die Regierung beschuldigte, ohne Beweise dafür vorlegen zu können, die Demonstrant*innen, rechtsextreme „Putschisten“ und „Terroristen“ zu sein, die mithilfe des amerikanischen Imperialismus einen Regierungswechsel herbeiführen wollten. Darüberhinaus verstärkten Ortega

und Murillo ihre Nutzung religiös-fundamentalistischer Referenzen und beschuldigten die Demonstranten, „satanische“ Rituale und Praktiken auszuüben, anders als der Rest des nicaraguanischen Volkes, „denn das nicaraguanische Volk ist ein Volk Gottes“.

Am 19. Juli 2018 wiederholte Ortega während einer Versammlung zum Jahrestag der sandinistischen Revolution in einem Versuch, seine Legitimität in Stein zu meißeln, diese absurden „Satanismus“-Vorwürfe und rief die katholischen Bischöfe dazu auf, die Demonstranten zu exorzieren und den Teufel auszutreiben, der angeblich in sie gefahren sei.

Mitte Juli hatte die Regierung mit ihrer repressiven Vorgehensweise die Kontrolle über die Straßen wiedererlangt. Daraufhin erfolgten Massenverhaftungen, und mehrere hundert Menschen, von der Regierung als „Terroristen“ verunglimpft, sitzen noch immer im Gefängnis, einige von ihnen gefoltert und zu falschen Aussagen gezwungen.

Zusammenfassung

Die sandinistische Revolution begann als außergewöhnliche Erfahrung in puncto sozialer Befreiung und Wiederaufbau nationaler Würde in einem abhängigen Land, dessen Status als Hinterhof des amerikanischen Imperialismus jahrzehntelang von seinen autoritären, dynastischen Herrschern akzeptiert worden war.

Die Erfolge der sandinistischen Regierung in den Jahren zwischen 1979 und 1990 brachten für die meisten Nicaraguaner zwar eine deutliche Verbesserung der Lebensbedingungen, sie brachen jedoch nicht mit dem vom Großkapital dominierten exportorientierten, extraktivistischen Modell. Auch förderten sie keine aktive Bürgerbeteiligung bei wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsfindungen.

Die Tatsache, dass die politischen Institutionen und die interne Organisation der FSLN nicht weiterentwickelt wurden, ermöglichte dem Neoliberalismus, erneut Fuß zu fassen. Außerdem gab es keine Instrumente, mit deren Hilfe das Volk das Ortega-Regime hätte daran hindern können, die anderen Regierungsinstitutionen zu korrumpieren.

Dieses Verständnis der nicaraguanischen Revolution und ihrer Degeneration unterstreicht die Notwendigkeit für Revolutionäre und gesellschaftliche Aktivisten, eine größtmögliche Partizipation der Massen im Kampf für ihre Emanzipation und die Bewahrung ihrer Selbstorganisation zu erreichen.

Als logische Folge ergibt sich für Revolutionäre die Notwendigkeit, die Bürokratisierung ihrer Organisationsführung zu bekämpfen. Das fängt schon damit an, dass sie Organisationen aufbauen müssen, die interne Demokratie

respektieren. Die FSLN, die nach der Erlangung der Macht eine politisch-militärische Organisation blieb, hatte dies unterschätzt. Erst im Jahr 1991 richtete sie ihren ersten Kongress als politische Organisation aus.

Nach dem Sieg der Rechten im Jahr 1990 sollten die daraufhin von der FSLN-Leitung unter Daniel Ortega eingeleiteten Schritte eindeutig seine Rückkehr an die Macht um der Macht Willen vorbereiten. Der linke Flügel der FSLN, der in den 1990er-Jahren kritische Strömungen ausgestaltete, war in seiner Opposition zu zaghaft.

Zu guter Letzt benötigt die internationale Linke eine materialistische Analyse sozialer und politischer Prozesse. Es gibt keinen Grund, fantastischen Ideen eines „real existierenden Sozialismus“ weiter anzuhängen. Die Evolution der FSLN und die Politik, die sie seit 2007 in Nicaragua betrieb, sollten als das analysiert werden, was sie sind, statt auf der Basis dessen, wofür Daniel Ortega und Rosario Murillo als FSLN-Aktivisten während der 1970er- und 1980er-Jahre mutmaßlich standen.

Die Vertiefung der von ihren rechten Vorgängern betriebenen neoliberalen Politik durch Ortega und Murillo sowie ihr totales Abtreibungsverbot sollte von der internationalen Linken klar und deutlich verurteilt werden. Außerdem sollte die Linke die momentan gegen die Demonstranten eingesetzte Unterdrückung ganz entschieden ablehnen und die sofortige Freilassung sämtlicher politischer Gefangenen fordern.

Wenn die Linke zu einer solchen Haltung kommt, darf sie sich aber auf keinen Fall selbst kompromittieren, indem sie eine rechtsgerichtete, proimperialistische Opposition unterstützt. Im Gegenteil, diese Haltung sollte mit der Bemühung einhergehen, sich mit kritischen Sandinisten und anderen Mitgliedern der progressiven Opposition gegen Ortega und Murillo zu verbinden und sie zu stärken. Wir müssen auf die Jugend blicken, die seit April 2018 breit mobilgemacht hat, auf die feministische Bewegung und auf die von Bauern und Bäuerinnen sowie der indigenen Bevölkerung getragenen Bewegungen, die sich gegen den interozeanischen Kanal und andere mit dem exportgesteuerten Kapital verbundenen, zerstörerischen Projekten gestellt haben.

18. Juli 2019

Quelle: <https://solidarity-us.org/atc/201/nicaragua-at-40/>

■ Übersetzung: Antje Hink

EIN ABKOMMEN DES „UNGLEICHEN TAUSCHS“

Mehr als zwei Jahrzehnte nach Aufnahme der Verhandlungen zwischen der EU und dem Mercosur wurde der Abschluss eines strategischen Assoziierungsabkommens angekündigt.

■ **Eduardo Lucita**

Das von den Unterhändlern unterzeichnete Dokument legt in einem knappen Text die politischen Leitlinien und die zentralen Achsen des Handels zwischen den beiden Blöcken fest.

Die gesetzlichen Anpassungen und die Zustimmung durch die Parlamente stehen noch aus. Es handelt sich um ein Abkommen zwischen zwei krisengeschüttelten Blöcken. Der Mercosur stagniert seit Jahren ohne klare Ausrichtung. Die EU durchläuft eine schwere Handelskrise und ist sowohl im Inneren als auch von außen von Zerfallstendenzen betroffen.

Was hat sich seit letztem November geändert?

Es ist kein Geheimnis, dass der amtierende Präsident Mauricio Macri alles daran gesetzt hat, dieses Abkommen im Rahmen des WTO-Treffens in Buenos Aires Ende letzten Jahres unter Dach und Fach zu bekommen, was aufgrund der Haltung der EU und des politischen Bebens in Brasilien unter der Präsidentschaft von Michel Temer nicht möglich war. Es ist ein strategisches Element von Macris Politik der „intelligenten Eingliederung“ in die Welt.

Ohne Zweifel bestärkte die Wahl von Jair Bolsonaro zum brasilianischen Präsidenten und insbesondere die Ernennung des Wirtschaftsministers, des Ultraliberalen Pablo Guedes, die Position der Macri-Regierung, das Abkommen durchsetzen zu wollen. Bekanntlich spielte

der spanische Regierungschef eine entscheidende Rolle bei der Förderung bilateraler Treffen mit dem französischen Präsidenten, und die positive Haltung Deutschlands wurde durch die Automobilindustrie dieses Landes gestützt. Tatsache ist auch, dass es sich um ein übereiltes Abkommen handelt. Die wichtigsten Behörden Europas werden bald aus ihrem Amt ausscheiden und die erwarteten politischen Veränderungen spielen dem Abkommen nicht in die Hände.

Seitens der EU geht es darum, wieder international mitzuspielen, in den Handelsströmen präsent zu sein und einen Ersatzmarkt zu bieten. Damit antwortet sie auf die durch die Trump-Regierung blockierten Freihandelsabkommen (TPP und TTIP), auf den Brexit und den Aufstieg nationalistischer Strömungen. Das Abkommen zeugt auch von der Effizienz des Bündnisses zwischen Frankreich und Deutschland (Angela Merkel – Emmanuel Macron), die genauso wie China bereit sind, bei der Globalisierung des Handels die Führung zu übernehmen und den von den Vereinigten Staaten unter Trump aufgegebenen Raum einzunehmen.

Zu diesen Herausforderungen für die Außenpolitik der Trump-Regierung kommt noch der Beschluss, dem Iran einen Kredit zu gewähren, damit dieses Land die nordamerikanischen Wirtschaftssanktionen überstehen und die Handelsbeziehungen mit der EU aufrechterhalten.

ten kann. Im Gegenzug dafür ist Teheran angehalten, das Atomabkommen nicht aufzukündigen.

Ein unausgewogenes Gleichgewicht

Von nun an wird der Mercosur nicht nur seine internen Asymmetrien lösen müssen, sondern auch diejenigen gegenüber der EU, die mit dem für die Union sehr vorteilhaften Abkommen nicht gelöst sind. Zwar werden mit dem Abkommen die Zölle für 90 Prozent der zwischen den Blöcken ausgetauschten Waren und Dienstleistungen gesenkt – für europäische Waren quasi sofort und für Waren aus dem Mercosur innerhalb von 10 bis 15 Jahren. Dennoch liegt die steuerliche Belastung für die EU niedriger (ihr durchschnittlicher Zolltarif liegt bei 11 Prozent) als für die Länder des Mercosur (mit Zolltarifen von 14 bis 35 Prozent).

Andrerseits sind die „Vorteile“ für die südamerikanische Region durch Zollkontingente beschränkt (feste nichttarifäre Mengen) und über diese Quoten hinaus wird es keine bedeutenderen Vergünstigungen geben, während die Exporte aus der EU mengenmäßig nicht beschränkt sind und nach Erreichen der Vergünstigungen zollfrei erfolgen.

Genauso bedeutend ist die Frage der Ursprungsregeln: Die EU kennt keine besonderen Kontrollen und der europäische Markt ist bekanntlich stark von Importen aus Asien durchdrungen. Dazu kommt die Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens und der Auftragsvergaben auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene, was die großen europäischen Konzerne auf dieselbe Stufe stellt wie nationale Unternehmen, die im Normalfall KMU [kleine und mittlere Unternehmen, Anm. d. Red.] sind. Die Märkte für Dienstleistungen und E-Commerce, die sich meist den Steuervorschriften und -zahlungen entziehen, und die Besteuerung von geistigem Eigentum, Marken und Patenten, die multinationale Konzerne zu monopolisieren versuchen, werden durch dieses Abkommen ebenfalls tangiert.

Eine untergeordnete Integration

In Argentinien wird letztlich der Exportsektor profitieren. Das betrifft in erster Linie das Agrobusiness und wird den Landwirten in Frankreich, Irland, Polen etc. zu schaffen machen, für die das Gemeinsame Landwirtschaftsprogramm (GAP), eine der Säulen der EU, einen Schutz bietet; ebenso die Fischerei. Probleme wird es im Obst- und Gemüsektor, im Weinbau und bei anderen Regionalprodukten geben. Auch Dienstleistungen (Software und Fachkräfte) werden profitieren. Die große Verliererin

wird die Industrie mit den in diesem Sektor geschaffenen Arbeitsplätzen sein, was den Binnenmarkt schwächen wird. Der Rückgang in der Industrie wird die sogenannte Primarisierung, also den primären Sektor mit Vorprodukten und Rohstoffen, begünstigen. Kein Wunder, dass die Kammern des agroindustriellen Sektors positiv reagierten, während diejenigen der Industrie sich besorgt gezeigt haben oder das Abkommen sogar ablehnen.

Gleichzeitig wird durch das Abkommen der Druck steigen, die von der Marcri-Regierung vorgeschlagene Umwandlung des produktiven Sektors zu konkretisieren. Dabei wird unterschieden zwischen wettbewerbsfähigen Sektoren, solchen, die nicht mithalten können und verschwinden sollen, und solchen, die aufgewertet werden sollen. Berücksichtigt man zudem, dass in der Neuverhandlung mit dem IWF über die Fälligkeit der Schulden als Gegenleistung die gemäß der neoliberalen Ideologie anstehenden Reformen (Arbeit, Sozialversicherung, Steuern) verlangt werden, dann wird deutlich, dass die generelle Ausrichtung des Abkommens an globalen Trends die völlige Neustrukturierung des lokalen marktwirtschaftlichen Kapitalismus bedeutet.

Für den Mercosur wird dieses strategische Assoziationsabkommen zu einer Integration führen, die den Schwankungen des Weltmarkts unterworfen sein wird. Nun muss es rechtlich geprüft und dann vom europäischen Parlament wie auch den Parlamenten der 28 EU-Mitgliedsländer und der 4 Mercosur-Länder genehmigt werden. Auch die Ausarbeitung des Kleingedruckten steht noch aus (das angeblich in den nächsten Tagen veröffentlicht werden soll). Darin wird eine Liste von sensiblen Waren enthalten sein, die geschützt werden. Das alles wird Zeit in Anspruch nehmen. Es ist nicht auszuschließen, dass analog zum Fall des Abkommens der EU mit Kanada, Kolumbien, Peru und Mittelamerika auf ein Verfahren zurückgegriffen wird, in dem die Europäische Union eine provisorische Anwendung beantragt, die vom EU-Rat genehmigt werden muss. Dann müsste nicht die Ratifizierung durch die nationalen Parlamente abgewartet werden, bevor das Abkommen in Kraft tritt, was 2021 erfolgen könnte.

Die geopolitische Dimension

Das Abkommen hat eine starke geopolitische Bedeutung. Grundsätzlich wird es den wirtschaftlichen und politischen Einfluss der EU in der Region ausweiten. Immerhin fiel die offizielle Ankündigung mit der Eröffnung des G20-Treffens in Osaka zusammen. Damit wird das Abkommen

Teil des Streits zwischen dem von Europa und China angepriesenen Multilateralismus und seinem Gegenpol, dem Protektionismus der USA unter Trump. Gleichzeitig bedeutet es eine starke Unterstützung der EU-Führung für die Regierung Macri zum Auftakt des Wahlkampfes, bei dem dessen Wiederwahl auf dem Spiel steht.

Neue Untersuchungen über den „Blackout des Jahrhunderts“ [zwölfstündiger, länderübergreifender Stromausfall, A. d. Red.] mit Epizentrum in Argentinien und Ausläufern in Brasilien und Uruguay zeigen, dass er durch den Zustrom von Energie aus Brasilien über das Verbundnetz ausgelöst worden ist. Ein Omen für die „intelligente Eingliederung“, die der Macri-Regierung vorschwebt?

4.7.2019

■ **Eduardo Lucita** ist Mitglied von EDI – Economistas de Izquierda, einem Kollektiv linker Ökonomen.

■ *Aus dem Spanischen von Birgit Althaler.*

■

DIE PROTESTE IN HONGKONG VERSCHÄRFEN SICH

„Jacobin“-Mitarbeiter **Kevin Lin** sprach mit dem langjährigen Sozialisten und Autor **Au Loong Yu** über die zunehmenden Demonstrationen, die inhaltliche Ausrichtung der Protestbewegung, die Rolle der Gewerkschaften und die Auswirkungen verschiedener geopolitischer Beziehungen (Peking–Hongkong, USA–China) auf die sich zuspitzende Revolte. Das Interview ist am 1. August erschienen.

Massenproteste in Hongkong haben die Regierung gezwungen, eine Gesetzesvorlage zurückzustellen, die kritische Stimmen zum Schweigen bringen soll. Trotzdem sind die Demonstrant*innen weiterhin auf der Straße – und sie fordern den Rücktritt von Hongkongs Regierungschefin.

Die anhaltenden Demonstrationen in Hongkong rufen uns eindrucksvoll in Erinnerung, dass sich scheinbar unabwendbare Gesetze durch Massenproteste verhindern lassen.

Die millionenstarken Kundgebungen im Juni haben die Regierung von Hongkong gezwungen, ein Gesetz, das Auslieferungen an China ermöglichen soll, vorerst auf Eis zu legen. Kritiker*innen gehen davon aus, dass Peking mit diesem Gesetz Andersdenkende in der ehemaligen britischen Kolonie zum Verstummen bringen könnte. Die Protestierenden wollten sich mit dem bloßen Zurückstellen der Vorlage nicht zufrieden geben, sondern forderten ihre vollständige Aufhebung sowie den Rücktritt der von Peking gestützten Regierungschefin Carrie Lam.

Anders als Hongkongs Regenschirm-Bewegung von 2014, die verschiedene Wortführer hatte, lehnen die jungen Demonstrant*innen jede Führung ab und scheinen nicht daran interessiert, ihren Protest in Richtung Wahlen zu kanalisieren. Stattdessen haben sie ihre direkten

Aktionen ausgeweitet. Sie lieferten sich Schlachten mit der Polizei, besetzten vorübergehend den Legislativrat (Parlament der chinesischen Sonderverwaltungsregion) und demonstrierten in Hongkongs internationalem Flughafen.

Chinas Regierung hat die Protestierenden davor gewarnt, die Grundformel „Ein Land, zwei Systeme“ infrage zu stellen (dieses von Deng Xiaoping in den frühen 1980er-Jahren erstmals formulierte Prinzip betrachtet Hongkong als Teil von China, gewährt der Sonderverwaltungszone jedoch ein gewisses Maß an Autonomie). Peking deutete sogar eine mögliche Militärintervention an, verzichtete bislang aber darauf, direkter einzugreifen. Trotzdem schwebt die Gefahr eines harten Durchgreifens über den Kämpfen, deren physische Gewalt bedrohlich ansteigt. Seit den Demonstrationen der letzten zwei Monate sind zum ersten Mal vierundvierzig Protestierende wegen Ausschreitungen angeklagt.

Weder Hongkong und Peking noch die Demonstrant*innen zeigen Anzeichen von Schwäche. Und angesichts der weit verbreiteten Unzufriedenheit in der Bevölkerung Hongkongs – die noch immer keine Möglichkeit hat, ihre Regierung ohne Beteiligung Pekings zu wählen – ist anzunehmen, dass selbst der Rücktritt von Carrie Lam die Pattsituation nicht lösen könnte.

Kevin Lin: Nach den Massenkundgebungen im Juni führten Gruppen von Demonstrierenden vermehrt militante Aktionen gegen die Hongkonger Behörden durch. Was ist von dieser Eskalation zu halten?

Au Loong Yu: Im Lager der „Gelben Bänder“, die demokratische Reformen anstreben, gibt es zwei Gruppen: einerseits die radikale Jugend (die die führende Rolle übernimmt) und andererseits die erwachsenen Anhänger*innen und die Pan-Demokrat*innen (die liberale Opposition seit den 1980er-Jahren, die sich für ein allgemeines Wahlrecht unter Beibehaltung des „freien Marktes“ von Hongkong einsetzt). Die junge Generation fordert entschlossener als die ältere, dass die Regierung das umstrittene Auslieferungsgesetz zurückzieht. Unter den Jungen machen sich Sorge und Verzweiflung breit – und die Angst, dass sie in Zukunft immer verlieren werden, wenn sie jetzt nicht gewinnen.

Nach dem 6. Juli fanden drei große Kundgebungen in verschiedenen Bezirken statt. Dabei waren auch einige Gewaltakte zwischen den beiden Seiten zu beobachten. Es ist allerdings immer die Polizei, die am provokantesten und gewalttätigsten auftritt. Trotz der Ausschreitungen werden die Jugendlichen vom größten Teil der Gelben Bänder weiterhin unterstützt. Wie groß ist das Lager der Gelben Bänder? An den Kundgebungen vom 9. Juni, 16. Juni und 1. Juli betrug die Teilnehmerzahl eine Million, zwei Millionen resp. eine halbe Million. Im Gegensatz dazu konnte das Pro-Peking-Lager der Blauen Bänder höchstens 150 000 mobilisieren.

Auch unter den älteren Bürger*innen nimmt die Unzufriedenheit zu. Sie sind frustriert, dass Peking sein Versprechen, ein universelles Wahlrecht einzuführen, nicht eingehalten hat. Und nun werden wohl auch ihre Kinder auf die gleiche Weise enttäuscht und erleben vielleicht noch schlimmere gesellschaftliche Unsicherheiten (z. B. soziale „Durchlässigkeit“ nach unten).

Wie würden Sie die Beziehung zwischen den Regierungen in Peking und Hongkong charakterisieren?

Die Situation ist völlig absurd: Jeder weiß, dass es Pekings Entscheidung war, das Auslieferungsgesetz durchzusetzen, aber sowohl Peking wie auch Carrie Lam tun weiterhin so, als ob es sich ausschließlich um die Entscheidung der Regierungschefin gehandelt und Peking nur unterstützend gewirkt hätte.

Peking und Carrie Lam sind selbst schuld, dass nur wenige an sie glauben. Seit Xi Jinping 2012 an die Macht gekommen ist, agiert das Verbindungsbüro in Hongkong nicht mehr so zurückhaltend wie zuvor. Es ist in allen Bereichen der Lokalpolitik sichtbar geworden und mischt sich auch in die Wahlen ein. Carrie Lam hat die Intervention Pekings seit ihrem Amtsantritt vor zwei Jahren freudig und öffentlich unterstützt. Außerdem betrifft das Auslieferungsgesetz auch Taiwan, es geht also über die normale Zuständigkeit der Regierung Hongkongs hinaus. Wie kann man da behaupten, das Gesetz werde allein von Carrie Lam vorgelegt?

Viele gehen davon aus, dass Peking den Gesetzesentwurf als Trumpfkarte in Xis Verhandlungen mit Trump über den Handelskrieg nutzen will. Deshalb die Eile. Die chinesische Zentralregierung versuchte, die Situation zu entschärfen, indem sie Carrie Lam anwies, das Auslieferungsgesetz am 15. Juni auf Eis zu legen. Peking will aber nicht, dass Lam noch weiter zurückkriecht und das Gesetz aufhebt.

Im Moment befindet sich Hongkong in einer Sackgasse. Carrie Lam hat bereits angekündigt, dass „das Gesetz tot ist“, aber weil ihre Regierung keine Glaubwürdigkeit genießt und jeder weiß, dass nicht sie, sondern das Verbindungsbüro das Sagen hat, wird ihr niemand glauben, solange sie das Gesetz nicht offiziell zurückzieht.

Laut Medienberichten kann Carrie Lam das Gesetz aber nicht aufheben, denn dies würde implizieren, dass auch die chinesische Regierung Fehler gemacht hat – etwas Unmögliches, denn für Peking ist die Gesichtswahrung stets von zentraler Bedeutung. Bei der Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) führt der Zwang, einen Gesichtsverlust um jeden Preis zu vermeiden, zu extremer Starrheit. Doch weil Peking überhaupt nicht transparent ist, stellt dies für die KPCh kein großes Problem dar. Hongkong hingegen hält immer noch an bestimmten Elementen der liberalen Staatsführung fest – Rechenschaftspflicht, Meinungsfreiheit, Verfahrensgerechtigkeit, Unabhängigkeit der Justiz. Dies gibt der Bevölkerung mehr Möglichkeiten, herauszufinden, was hinter den verschlossenen Türen des Verbindungsbüros und der Regierungschefin passiert.

Vor diesem Hintergrund wirken die starre Haltung und die Lügen der Regierungen von Hongkong und Peking umso lächerlicher und verwerflicher. Die jungen Demonstrant*innen zögerten denn auch nicht, ihrer tiefen Verachtung für die KPCh Ausdruck zu verleihen: Am Abend des 21. Juli besprühten sie das nationale Emblem

im Verbindungsbüro mit Farbe. Unter dem Zwang der Gesichtswahrung bleibt sowohl dem Verbindungsbüro als auch Carrie Lam offenbar keine andere Wahl, als an der alten Politik festzuhalten und bei der radikalen Jugend hart durchzugreifen.

Viele vermuten, dass Peking den Demonstrant*innen Fallen stellt. Tatsächlich ist es ziemlich merkwürdig, dass das Hongkonger Parlament am 1. Juli besetzt werden konnte. Die Polizei zog sich während der Belagerung zurück, sodass die jungen Protestierenden eindringen konnten. Auch im Anschluss an die große Kundgebung vom 21. Juli erfolgte plötzlich aus dem Nichts der Aufruf, zum Verbindungsbüro weiterzumarschieren. Bevor der Zug dort ankam, waren die Polizeikräfte vor dem Gebäude schon abgezogen worden. Die Demonstrant*innen konnten ungehindert Farben und Graffiti an die Wände sprühen. In derselben Nacht griffen Banden wahllos Passagiere in der Yuen Long West Rail an und ein weiterer Jugendlicher beging Selbstmord. All dies hat das Lager der Gelben Bänder zusätzlich angestachelt und könnte die Bewegung weiter radikalisieren.

Die KPCh provozierte in der Vergangenheit schon mehrmals überraschende Ausschreitungen in der Bevölkerung, um später das blutige Durchgreifen zu legitimieren. Wir sollten also genau hinschauen, ob dies zurzeit wieder der Fall ist. Die beunruhigende Seite der Geschichte: Wenn das Pekinger Regime standhaft bleibt, wird ein Volksaufstand in Hongkong wahrscheinlich nicht gut enden.

Eine der ermutigendsten Aktionen während der Proteste war der Streikaufruf der Gewerkschaften. Leider gelang es ihnen aber nicht, die Arbeiter*innen zu überzeugen. Wie erklären Sie sich diesen Misserfolg?

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt in Hongkong bei 25 Prozent (2017), was keineswegs niedrig ist. Aber diese Zahl wird durch lächerlich niedrige Gewerkschaftsbeiträge erreicht – so niedrig, dass sich die Finanzen der wichtigsten Gewerkschaften nicht auf Mitgliederbeiträge stützen, sondern auf laufende, von der Regierung finanzierte Umschulungsprogramme, auf den Betrieb gewinnorientierter Unternehmen oder auf Mittel aus dem Ausland, insbesondere aus den Vereinigten Staaten. Nur wenige Mitglieder sind wirklich aktiv. Obwohl es viele „Industriegewerkschaften“ gibt, sind die meisten von ihnen entweder sehr klein oder betreffen nur Einzelarbeitsplätze.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass der Streikaufruf (Montag, 17. Juni) keinen Erfolg hatte. Am Tag des Aufrufs rief der Hongkonger Gewerkschaftsverband (HKCTU) auch zu einer Kundgebung in der Nähe der Regierungszentrale auf, aber nur ein paar Hundert Menschen nahmen daran teil.

Die HKCTU-Führung ist zwei Jahrzehnte lang kritiklos der Linie der Pan-Demokraten gefolgt, die für eine Demokratie innerhalb der Grenzen des Grundgesetzes eintreten. Auch als der HKCTU-Führer Lee Cheuk-yan 2011 eine kleine Labour Party gründete, hielt diese an der Politik der liberalen Rechten fest.

In Sachen Arbeitsrechte sind sowohl die Labour Party als auch der HKCTU in den letzten zehn Jahren offener geworden und ein wenig näher zur linken Mitte gerückt. Doch eine Verbindung mit der aufstrebenden jungen Generation war aufgrund der langjährigen politischen Ausrichtung schwierig. Die Jungen stehen den Pan-Demokraten eher ablehnend gegenüber. Die Unfähigkeit, während der Regenschirm-Bewegung von 2014 einen erfolgreichen Streik zu lancieren, trug zweifellos zum Scheitern bei. Schließlich verloren Lee und ein anderer Abgeordneter der Labour Party in den Parlamentswahlen 2016 ihre Sitze, und Lee konnte dies auch bei den Nachwahlen 2018 nicht korrigieren. Diese Niederlagen haben dazu geführt, dass sowohl der HKCTU wie auch die Labour Party in der jetzigen Bewegung bisher nur eine marginale Rolle spielen konnten.

Die Protestbewegung hat in Hongkong erneute Diskussionen über das Verhältnis der Sonderverwaltungszone zum chinesischen Festland ausgelöst. Dabei spielen die sogenannten Lokalist*innen, die dem Festland mit Verachtung begegnen, eine wichtige Rolle. Welche Politik verfolgen sie und wie einflussreich sind sie innerhalb der Bewegung?

Westliche Mainstream-Medien tendieren dazu, die Hongkonger Lokalist*innen positiv zu beurteilen, denn sie betrachten sie als demokratische Kämpfer*innen gegen Peking. In Wahrheit ist die Sache aber weit komplizierter. Als die sozialen Bewegungen den chinesischen Begriff „Lokalismus“ neu übernahmen, verwendeten ihn vor allem die Linken. Doch dann wurde der rechte Flügel immer größer und größer, und diese Lokalist*innen sind eher wie Nativist*innen, nämlich sehr fremdenfeindlich.

Einige Jahre vor der Regenschirm-Bewegung fand diese Strömung unter jungen Menschen immer mehr

Anhänger*innen. Ihre Sprecher waren Raymond Wong und der Wissenschaftler Chin Wan-kan. Zusammen mit Raymond Wongs Schützling Wong Yeung-tat bildeten sie ein fremdenfeindliches Trio. Ihre Aktionen in den von der Bewegung besetzten Stadtteilen bestanden darin, die Stimmen anderer Demokrat*innen zum Schweigen zu bringen, unter Anwendung oder Androhung von Gewalt. Sie äußerten sich rassistisch über das chinesische Volk („Heuschrecken“, die man entfernen sollte) und griffen chinesische Einwanderer in Hongkong mit der Behauptung an, sie seien nur auf staatliche Sozialleistungen aus.

Während der Regenschirm-Bewegung attackierte das fremdenfeindliche Trio auch den Studentenverband HKFS (Hong Kong Federation of Students). Nach einem Aufruf von Chin Wan-kan gingen die Lokalist*innen am 12. Oktober 2014 in den Stadtteil Mong Kok, um die Straßenforen des HKFS zu stören. Dass dies in der Folge zur Zerstörung seiner Redtribünen, zu Angriffen auf seine Sicherheitsleute und schließlich zur Demontage des HKFS führte, ist nicht verwunderlich.

Das fremdenfeindliche Trio gab sich radikaler als andere Strömungen. Sein Slogan lautete „Der HKFS vertritt uns nicht“, zudem lehnte es jegliche Führungszeichen oder -symbole ab, insbesondere Tribünen, Fahnen und Versuche, Versammlungen einzuberufen. Wann immer der HKFS ein Diskussionsforum mit einer Redtribüne veranstaltete, waren sie vor Ort, um „Chaidatai“ bzw. den „Abbruch der Tribüne“ zu fordern und in die Praxis umzusetzen.

Bei den Wahlen 2016 musste sich das Trio aber geschlagen geben, wahrscheinlich aufgrund seiner Plumpheit. Stattdessen wurde eine jüngere Generation von fremdenfeindlichen Lokalist*innen gewählt, zum Beispiel aus der Partei Youngspiration. Obwohl diese etwas niveauvoller waren, übernahmen sie die Grundidee des Trios. Ihre Forderung „Abbruch der Tribüne!“ hat auch die junge Generation in der Bewegung gegen das Auslieferungsgesetz beeinflusst. Viele junge Radikale bevorzugten eine „führerlose“ Bewegung, ohne „zentrale Tribüne, die Anweisungen erteilt“.

Der rechte Flügel der Lokalisten-Strömung wird von bestimmten sozialen Schichten unterstützt. Im April 2016, zwei Jahre nach den Besetzungen, zeigte eine Studie, dass die Lokalist*innen 8,4 Prozent Unterstützung genossen, bei Jugendlichen im Alter zwischen 18 und 29 waren es sogar noch mehr.

Menschen, die den Begriff „Lokalismus“ bevorzugen, meinen allerdings nicht immer das Gleiche. So zeigt die

Bewegung gegen das Auslieferungsgesetz viel weniger fremdenfeindliche Tendenzen als die Regenschirm-Bewegung. Der Grund dafür ist wohl, dass das alte Trio heute unmodern wirkt. Außerdem haben Lokalist*innen wie jene von Youngspiration erlebt, wie ihre zwei Abgeordneten nach dem von der Regierung erzwungenen Ausschluss aus dem Legislativrat in Untätigkeit verharrten und die jungen Radikalen weitgehend im Stich ließen. Ein Teil der Jungen hegt zwar Vorurteile gegenüber den Festlandchines*innen, aber dies hat sich nicht in einem politischen Programm oder Projekt niedergeschlagen. Anstatt von außen Kritik zu üben, sollte sich die Linke in der Bewegung engagieren und versuchen, die Jungen für sich zu gewinnen.

Was halten Sie von der Solidarität der Festlandchines*innen mit der Hongkonger Protestbewegung respektive vom Fehlen einer solchen Unterstützung?

Die Repression in Festlandchina unterbindet und isoliert die Solidarität mit dem Widerstand in Hongkong. Neben diesem direkten Vorgehen ist das chinesische Regime aber auch sehr geschickt darin, die öffentliche Meinung zu manipulieren. Selektive Berichterstattung oder komplette Falschmeldungen über Hongkong sind die plumpsten Tricks in diesem Spiel.

Peking hat aber auch auf raffiniertere Weise versucht, das Band zwischen der Bevölkerung Hongkongs und den Festlandchines*innen zu zerschneiden. Manche glauben, dass das fremdenfeindliche Trio und seine wichtigsten Anhänger*innen Provokateure der Kommunistischen Partei sind. Im Jahr 2016 sprachen zwei frisch gewählte Abgeordnete von Youngspiration bei ihrer Vereidigung das Wort China als Chee-na aus, eine abwertende Bezeichnung für die Chines*innen. Danach bewirkte Peking ihren Ausschluss, nebst vier weiteren Unabhängigkeitsbefürwortern. Die unkluge und rassistische Aktion der beiden Lokalist*innen löste in der Folge eine Diskussion über ihre wirkliche Identität aus.

Es ist schwierig zu sagen, inwieweit die Bewegung tatsächlich von Provokateuren infiltriert ist. Objektiv gesehen haben die Lokalist*innen Peking tatsächlich geholfen, Hongkong noch fester in den Griff zu nehmen: Mit ihrer rassistischen Politik und ihren Angriffen auf Besucher*innen vom chinesischen Festland, auf Immigrant*innen und auf demokratische Kräfte haben sie China unnötig provoziert. Zudem haben sie Peking geholfen, die Entfremdung zwischen den Festlandchines*innen und Hongkonger*innen voranzutreiben.

Wie stark hat die Rivalität zwischen China und den USA die Protestbewegung beeinflusst und welche strukturellen Wurzeln hat diese Rivalität?

Einer der Gründe, warum Peking Carrie Lam dazu brachte, den Gesetzesentwurf am 15. Juni zurückzustellen, war, dass Präsident Xi Jinping am zwei Wochen später stattfindenden G20-Gipfel in Osaka nicht schlecht dastehen wollte. Was die Vereinigten Staaten betrifft, so hatten diese sicher Grund genug, schwierige Fragen zum Auslieferungsgesetz zu stellen. Es soll ja für alle Menschen in Hongkong gelten, auch für ausländische Investor*innen oder für ausländische Besucher*innen auf der Durchreise.

Pekings Entscheidung, den Gesetzesentwurf auf Eis zu legen, erleichtert zwar die Verhandlungen von Xi mit Trump, die Hongkonger Demonstrant*innen haben sich dadurch aber nicht besänftigen lassen. Generell herrscht in den liberalen Medien Hongkongs große Sympathie für die US-Regierung, insbesondere in der *Apple Daily*. Diese Zeitung ist zwar sehr wichtig, um die Ansichten der Opposition zu verbreiten, gleichzeitig sympathisiert sie aber auch ganz klar mit der US-Regierung und manchmal sogar mit Trump. Die Logik „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ könnte Hongkongs Demokratiebewegung in eine unerwünschte Richtung lenken.

Chinas Kapitalismus ist eine Art „bürokratischer Kapitalismus“, in dem die herrschende Klasse die Zwangsbefugnisse des Staates und die Macht des Kapitals vereint. Diese Art von Kapitalismus ist sehr ausbeuterisch, monopolistisch und insbesondere auch expansionistisch. Daher die Rivalität zwischen den USA und China. Wir müssen dabei aber beachten, dass sich China in vielen Bereichen noch lange nicht auf gleicher Augenhöhe mit den USA befindet.

Angesichts des enormen US-Handelsdefizits gegenüber China klagt Trump permanent über die Ausbeutung der USA durch China. Dieser Vorwurf ist recht einseitig. Tatsächlich stammt die Hälfte der chinesischen Exporte von ausländischen Unternehmen, die in China investieren, darunter auch US-Unternehmen. Insofern dürfen wir nicht davon ausgehen, dass von diesem US-Handelsdefizit ausschließlich chinesische Unternehmen profitieren. Trumps Handelskrieg wird daher beiden Seiten schaden. Handel Jones hat vor einiger Zeit ein Buch mit dem Titel *Chinamerica* geschrieben, das die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern beschreibt. Trumps Handelskrieg gegen China gleicht m. E. eher einer doppelköpfigen Schlange, die sich selbst bekämpft: Keiner der beiden Köpfe kann sich vor dem Angriff des

anderen verstecken. So verkaufte General Motors in China mehr Autos als in den USA. Laut einem JP Morgan-Bericht von 2015 sind die Umsätze der im S&P 500 vertretenen Technologieunternehmen und namentlich der Komponentenhersteller stark von China abhängig.

Trump will das Handelsdefizit gegenüber China drastisch senken, aber das ist schwer zu erreichen, wenn die Sparquote in den USA weiterhin so niedrig bleibt. Selbst wenn es Trump gelingt, das Defizit zu verringern, bedeutet das nur, dass andere Länder in die entstehende Lücke springen werden und das Handelsdefizit weiter bestehen wird. Die Arbeitsplätze dadurch zu sichern, wird erstrecht schwer fallen. Denn wenn der Handel schrumpft, werden als erstes die Arbeitsplätze betroffen sein.

In den Verhandlungen mit China erheben die USA viererlei Forderungen: kein erzwungener Technologietransfer, Streichung staatlicher Subventionen für Staatsunternehmen, besserer Marktzugang für ausländische Investoren und mehr Schutz für geistiges Eigentum. Peking lehnte letztlich diese Forderungen ab. Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua teilte am 25. Mai mit, dass diese Forderungen der USA Chinas wirtschaftliche Souveränität bedrohten. Die Handelsgespräche wurden ausgesetzt.

Ihren letzten Handelskrieg begannen die USA in den 1980er-Jahren mit Japan, der (damals noch) zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt. Die Auseinandersetzung endete im Wesentlichen mit dem Zustandekommen des von den USA vermittelten Plaza-Abkommens. Es erzwang eine deutliche Aufwertung des japanischen Yen, gefolgt von einem Strafzoll von 100 Prozent auf Importe aus Japan. Der japanischen Wirtschaft wurde so ein harter Schlag versetzt, trotzdem blieb die Allianz zwischen den USA und Japan intakt.

Doch diesmal ist es anders, zum Teil weil Peking aus dem japanischen Fall gelernt hat. Seit den 1980er-Jahren haben chinesische Ökonom*innen, Strateg*innen und Nationalist*innen immer wieder über den japanischen Fall diskutiert. Das Argument der Nationalist*innen zog dabei immer am stärksten: China kann sich als Entwicklungsland keine von den USA zugefügte Niederlage im Stil Japans leisten und China muss sich gegen die USA wehren, wenn Washington seine Zähne zeigt. Genau das hat Xi bisher getan.

Im Verständnis der Pekinger Hardliner folgt aus der Geschichte noch eine weitere Lektion: Will ein zweit-rangiges Land nicht überfallen oder schikaniert werden, so kann es nur versuchen, selbst die führende Hegemonialmacht zu werden. Im Gegensatz zu Japan wird es die

KPCh unter Xi nicht ewig akzeptieren, in der zweiten Reihe zu stehen. Anders als Japan will Xi die „westliche“ Version der Globalisierung durch seine „chinesische“ Version ersetzen, und zwar hier und jetzt.

Während die früheren US-Regierungen China als „strategischen Partner“ bezeichnet haben, gilt China nun laut US National Defence Strategy Report vom vergangenen Jahr als „strategischer Wettbewerber“. Sicherlich hat auch G.W. Bush einmal den gleichen Begriff in Bezug auf China verwendet. Aber das war bloße Taktik in dem sog. „Spannungs- und Stabilisierungskreislauf“ in den Beziehungen zwischen den USA und China in den letzten vier Jahrzehnten. In der Regel wettern US-Präsidenten während des Wahlkampfes gegen China, und sobald sie im Amt sind, treiben sie mit dem Land wieder Geschäfte. Doch dieses Muster scheint nun vorbei zu sein, zumal Pence im vergangenen Oktober eine Rede gegen China gehalten hat, die von einigen Beobachtern als Ankündigung eines neuen Kalten Krieges angesehen wird. Trump will China unbedingt daran hindern, seine Technologie weiter zu modernisieren. Daher beabsichtigt er, die Strategie Made in China 2025 zu blockieren oder auch speziell Huawei ins Visier zu nehmen.

In der Regel wettern US-Präsidenten während des Wahlkampfes gegen China, und sobald sie im Amt sind, treiben sie mit dem Land wieder Geschäfte. Doch dieses Muster scheint nun vorbei zu sein. Wahrscheinlich wird uns Trump in naher Zukunft mit taktischen Wendungen überraschen, besonders wenn die Wahlen von 2020 näherücken. Der allgemeine Trend einer sich verschärfenden Rivalität zwischen den USA und China dürfte jedoch anhalten, denn diesmal sind sich die Demokraten und die Republikaner in der China-Politik einig.

Es handelt sich hier nicht um einen gewöhnlichen Handelskrieg, sondern um die erste Schlacht in einem länger dauernden USA-China-Wettbewerb, eine Schlacht, die sich verheerend auf die Welt auswirken könnte.

Was sollten fortschrittliche Kräfte in Festlandchina, Hongkong, den USA und anderswo tun, um demokratische Bewegungen in Hongkong zu unterstützen und den Spannungen zwischen den USA und China entgegenzuwirken?

Die beiden rivalisierenden Lager verlangen von den Menschen, sich zu entscheiden: „entweder für Washington oder für Peking“. Alle fortschrittlichen Kräfte, sei es in oder außerhalb von Honkong, sollten sich dieser Forderung verweigern. Für die arbeitende Bevölkerung

in Hongkong, China oder den USA kann dies keine echte Wahl sein. Für die Arbeiter*innen gibt es in diesem Wettbewerb nichts zu gewinnen.

Trump verfolgt das Projekt, die amerikanische Armee und ihre Unternehmen wieder groß zu machen und dafür die Arbeitnehmer*innen und die Umwelt zu opfern, in den USA, in China und im Rest der Welt. Xis Projekt der Modernisierung Chinas, das im Namen des Volkes durchgeführt wird, entspricht nicht den Interessen der Arbeitnehmer*innen. Xi verteidigt seine Interessen im Südchinesischen Meer und setzt gleichzeitig die Zukunft Chinas aufs Spiel – seine natürlichen Ressourcen, sein ökologisches Gleichgewicht und die Gesundheit seiner Bevölkerung. Er kämpft für die Vermögen und die Stellung der Mandarine und zerstört gleichzeitig die Lebensgrundlagen der Menschen. Hongkong war für den Aufstieg Chinas von zentraler Bedeutung, und nun begleicht Peking seine Schuld, indem es sein Versprechen bricht, Hongkong das allgemeine Wahlrecht zu gewähren.

Wir dürfen nicht in die nationalistische Falle tappen, die Aggression der USA oder die Aggression Chinas zu unterstützen. Das ist der erste Schritt, um der Rivalität zwischen den USA und China entgegenzutreten und zu verhindern, dass sie zu einem Krieg führt.

Aus: Jacobin, 01.08.2019, <https://www.jacobinmag.com/2019/08/hong-kong-protest-china-carrie-lam-umbrella-movement-extradition-bill-xi-jinping>, ergänzt um einige Passagen aus einem anderen Artikel des Autors

■ **Au Loong Yu** ist Autor und Aktivist in verschiedenen NGOs. Der Titel seines neuesten Buchs lautet „China’s Rise: Strength and Fragility“.

■ **Kevin Lin** setzt sich für Arbeitsrechte ein und forscht zu China.

■ *Übersetzung: Alena W.*

Solidarität mit den Kämpfen in Hongkong

Es waren Peking und die Chefin der Exekutive der lokalen Regierung, Carrie Lam, die die Verantwortung für die seit fast vier Monaten dauernde Krise tragen, indem sie den Status dieses Gebiets als Sonderverwaltungsregion offen in Frage stellten. Dieser Status ist das Ergebnis der Übergabvereinbarungen der ehemaligen britischen Kolonie. Er sichert ihr in vielerlei Hinsicht ein hohes Maß an Autonomie. Er sollte bis mindestens 2047 in Kraft bleiben.

Die fünf Hauptforderungen der Demonstrant*innen betreffen sämtlich demokratische Grundrechte:

- Die endgültige Rücknahme des Gesetzentwurfs, der Peking ermächtigt, die Auslieferung einer Person aus Hongkong für eine Gerichtsverhandlung auf dem Festland zu fordern. Damit hätte sie keinen Anspruch mehr auf die Mindestgarantien, die das Hongkonger Justizsystem zuschreibt.
- Die Rücknahme der Charakterisierung der Demonstrationen als „Unruhen“, ein Begriff, der sie politisch diskreditiert und mit dem besonders schwere Repressionen gerechtfertigt werden können.
- Die bedingungslose Freilassung aller Demonstrant*innen, die ohne Anklage verhaftet wurden.
- Eine unabhängige Untersuchung von Polizeigewalt und Machtmissbrauch.
- Der Rücktritt von Carrie Lam und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Der derzeitige Legislativrat wird nur zum geringen Teil in allgemeiner Wahl gewählt, was den Einfluss der Wirtschaft und Vasall*innen des Pekinger Regimes verstärkt.

Seit Jahren arbeitet das Pekinger Regime daran, die direkte Kontrolle über Hongkong zu auszubauen. Heute sind wir an einem Wendepunkt angelangt. Eine Niederlage des gegenwärtigen demokratischen Kampfes hätte sehr schwerwiegende Folgen.

Dies ist keine Konfrontation zwischen einer „kommunistischen“ Macht (Peking) und einer „kapitalistischen“ Enklave (Hongkong). Xi Jinpings China ist eine kapitalistische Macht und macht Geschäfte mit dem internationalen Kapital! Die Zurückhaltung, die Donald Trump bisher trotz des Handelskriegs mit Peking bei der aktuellen

Krise gezeigt hat, und die übergroße Zurückhaltung von Emmanuel Macron zeugen davon!

Die Repräsentativität dieser demokratischen Bewegung wurde in diesen vier Monaten der Mobilisierung mehr als einmal unter Beweis gestellt:

- Mehr als zwei Millionen Menschen waren am 16. Juni auf den Straßen, die Mehrheit der dazu fähigen Bevölkerung.
- Am Sonntag, den 18. August, waren 1,7 Millionen Bürger*innen trotz starken Regens und trotz des Verbots dieser neuerlichen Demonstration auf der Straße.
- Zum Auftakt dieses Protesttages gab es zuvor eine eigene Demonstration der Lehrer*innen mit 22 000 Teilnehmer*innen.
- Am 5. August wurde Hongkong durch einen Generalstreik, der mit dem Luftverkehr und dem Finanzsektor zwei Schlüsselsektoren besonders stark betraf, sowie durch Blockaden teilweise lahmgelegt.
- Die Beamt*innen, die am 2. und 5. August massiv mobilisiert hatten, haben neue Aktionen durchgeführt.
- Unter den Student*innen und Schüler*innen gibt es Aufrufe zu einem Unterrichtsboykott zu Beginn des nächsten Schuljahres.

Die militärische Intervention Pekings wäre nur die Ultima Ratio. Während es mit dem Säbel rasselt, kann das chinesische Regime in verschiedenster Weise am Ort des Geschehens selbst eingreifen, indem es auf die Uhr und Spaltungen setzt und auf die Abnutzung der laufenden Bewegung hofft.

So oder so verdient der Kampf für die Grundfreiheiten in Hongkong unsere volle Unterstützung.

Nouveau parti anticapitaliste (NPA, Frankreich),
August 2019

■ Übersetzung: MiWe